

■ EXPORTGETRAGENES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 1997

Die internationale Konjunkturbelebung und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit hatten in Österreich 1997 einen Exportboom zur Folge, der auch auf die Investitionstätigkeit ausstrahlte. Die Inlandsnachfrage blieb dagegen wegen der entschieden betriebenen Budgetkonsolidierung gedämpft. Die Inflationsrate wurde durch die schwache Konsumnachfrage und die Nachwirkungen des EU-Beitritts weiter gedrückt, die Arbeitslosigkeit stieg trotz zunehmender Beschäftigung weiter.

Die österreichische Wirtschaft trat 1997 in einen Konjunkturaufschwung ein. Das Wachstum beschleunigte sich auf 2,5% (nach +1,6% 1996) und erreichte damit wieder den mittelfristigen Trend. Die günstige Entwicklung war primär vom Export getragen. Hohes Marktwachstum und verbesserte preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit lösten einen Exportboom aus.

Die rege Exportnachfrage ließ die Sachgütererzeugung kräftig expandieren (+4,6%) und gab auch der Investitionstätigkeit Impulse. Die Bauwirtschaft verbuchte dank verschiedener Sonderfaktoren – mildes Winterwetter und Auflösung der Mietzinsreserven – Zuwächse, privater und öffentlicher Konsum kamen jedoch kaum über das Vorjahresniveau hinaus.

Die Inlandsnachfrage wurde durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gedämpft – aber relativ wenig, da die Österreicher das schwache Wachstum der verfügbaren Einkommen durch eine Verringerung der Sparquote ausglich und die Gewinne im Gefolge des Exportbooms stiegen. Das Defizit der öffentlichen Haushalte konnte 1997 auf 2,5% des BIP gedrückt werden – Österreich erreichte die Fiskalkriterien für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion.

Das Defizit der Leistungsbilanz stabilisierte sich auf einem Niveau von etwa 47,7 Mrd. S (1,9% des BIP). Es bildet kein ernstes wirtschaftspolitisches Problem, da es wenig mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, sondern eher mit Nettozahlungen an die EU und Defiziten in der Transferbilanz zusammenhängt.

Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zeigte positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienler und

Entstehung des realen Bruttoinlandsproduktes

	1993	1994	1995	1996	1997
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Land- und Forstwirtschaft	- 0,1	+5,0	-3,5	+2,0	+1,7
Bergbau ¹⁾	- 1,9	-8,4	+4,1	-2,5	-7,7
Sachgütererzeugung	- 2,3	+3,2	+0,9	+1,3	+4,6
Energie- und Wasserversorgung	+ 1,9	-1,4	+1,3	+0,1	+2,6
Bauwesen	+ 2,5	+7,6	-0,2	+2,8	+3,0
Handel ²⁾	- 0,5	+1,3	+6,2	+1,2	+2,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	- 1,4	-1,0	-1,5	-2,5	+0,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,9	+5,8	+4,8	+4,2	+3,0
Kredit- und Versicherungswesen	+10,6	-8,7	+5,6	+2,3	+2,8
Realitätenwesen ³⁾	+ 0,4	+3,7	+3,9	+3,3	+2,5
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	+ 2,8	+1,7	+3,3	+3,5	+2,0
Öffentliche Dienste	+ 2,6	+2,2	+0,7	+0,1	+0,9
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	- 2,0	+4,7	+0,4	+1,4	+1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 1,0	+2,0	+2,5	+1,7	+2,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	+2,5	+2,1	+1,6	+2,5
Ohne Land- und Forstwirtschaft	+ 0,5	+2,5	+2,2	+1,6	+2,6
Primärsektor	- 0,1	+5,0	-3,5	+2,0	+1,7
Sekundärsektor	- 1,0	+3,4	+0,8	+1,5	+3,9
Tertiärsektor	+ 2,1	+1,1	+3,7	+1,8	+2,0

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. - ⁵⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

Bezieher von Karenzurlaubsgeld) stieg 1997 um 12.800, der Zuwachs konzentrierte sich allerdings auf Teilzeittätigkeiten. Eine Wende zum Besseren verzeichnete die Sachgütererzeugung: Hier ging der seit Jahren anhaltende Beschäftigungsabbau zur Jahreswende 1997/98 praktisch zu Ende.

Die Preisstabilität blieb auch bei anziehender Konjunktur gewahrt. Die Inflationsrate erreichte 1997 mit 1,3% einen Tiefstwert. Die EU-Beitrittsffekte wurden zunehmend auch im Dienstleistungssektor wirksam, und das umfangreiche Wohnungsangebot drückte die Mieten bei Neuvermietung.

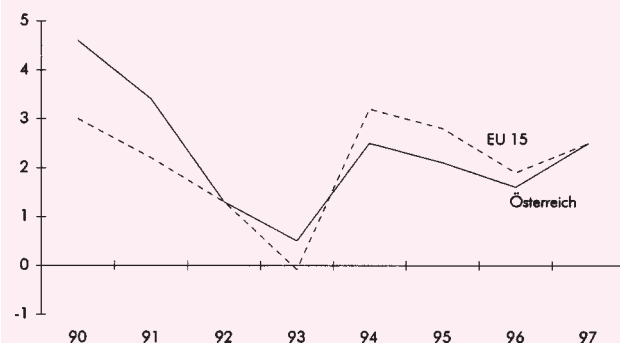
Im internationalen Vergleich weist Österreich eine gute makroökonomische Performance auf: Das Wirtschaftswachstum war 1997 ebenso hoch wie im Durchschnitt der EU-Länder und um ¼ Prozentpunkt höher als in Deutschland. Auch im Zeitraum 1990/1997 war es nicht hinter der EU zurückgeblieben – ein Hinweis auf die gute Bewältigung von Währungsturbulenzen, Ostöffnung und EU-Beitritt. Inflationsrate und Arbeitslosenquote sind im internationalen Vergleich sehr niedrig. Auf der Passivseite der wirtschaftspolitischen Bilanz stehen eine relativ langsame Strukturanpassung sowie anhaltende Budget- und Leistungsbilanzdefizite.

EXPORTBOOM

Die Wirtschaftsentwicklung war 1997 durch einen Exportboom gekennzeichnet: Laut Außenhandelsstatistik des ÖSTAT erhöhten sich die österreichischen Exporte real um 14,9%, viel rascher als die Importe (+7,9%). Die Außenhandelsbilanz hat sich damit deutlich verbessert. Entscheidend war der stark steigende Überschuß mit

Konjunkturzyklen

Reales Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Drittstaaten (außerhalb der EU), aber auch das Passivum mit der EU konnte verkleinert werden.

Der Export verdankte seine Dynamik 1997 vor allem zwei Faktoren: Die Konjunktur in Westeuropa gewann zusehends an Schwung, und die österreichischen Anbieter konnten dank verbesserter preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit Marktanteile gewinnen.

Die Erholung der Konjunktur kam in den meisten Branchen gut voran. In der Grundstoffindustrie, der technischen Verarbeitung und der Chemie hat sich die Lage deutlich aufgehellt. Selbst die Konsumgüterindustrie, die lange Zeit unter der verhaltenen Konsumnachfrage in Europa gelitten hatte, erhielt Impulse, seit sich das Vertrauen der Verbraucher in die Wirtschaftsentwicklung in Europa gebessert hat. Die Asienkrise hat die Industriekonjunktur bis zum Jahresende 1997 nicht getrübt.

STABILISIERUNG DER TOURISMUSNACHFRAGE

Dank der günstigen Entwicklung seit August ergab sich im Reiseverkehr eine Wende zum Besseren: Die Deviseneingänge stiegen 1997 nominell um 2%, real gingen sie nicht mehr zurück. Billigere Quartiere erlitten Einbu-

Verwendung des nominellen verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1997 Mrd. S	1997 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	2.516,9	+3,9
Minus Exporte i. w. S. ¹⁾	1.061,3	+7,3
Plus Importe i. w. S. ²⁾	1.077,5	+7,6
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	2.533,1	+4,0
Privater Konsum	1.412,5	+2,7
Öffentlicher Konsum	487,2	+1,9
Bruttoanlageinvestitionen	607,8	+5,4
Ausrüstungen	223,1	+5,0
Bauten	350,9	+5,6
Mehrwertsteuer für Investitionen	33,7	.
Lagerveränderung und Statistische Differenz	25,6	.

¹⁾ Ohne Transitverkehr (einschließlich Transitsaldo). - ²⁾ Ohne Transitverkehr.

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,7
Öffentlicher Konsum	+ 2,7	+ 2,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,0	+ 8,4	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,6
Ausrüstungen netto ¹⁾	- 7,2	+11,0	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,2
Bauten netto ¹⁾	+ 1,7	+ 7,0	+ 0,6	+ 2,8	+ 3,2
Inländische Endnachfrage	+ 0,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5
Lagerbildung	(A) + 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 0,6	+ 0,9
	(B) (4,8)	(8,6)	(11,8)	(1,4)	(16,2)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 0,8	+ 3,7	+ 2,3	+ 1,4	+ 2,4
Exporte i. w. S.	- 1,3	+ 5,6	+ 6,5	+ 9,3	+ 6,8
Importe i. w. S.	- 0,7	+ 8,3	+ 7,0	+ 8,7	+ 6,4
Außenbeitrag	(A) - 0,3	- 1,2	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,5

(A) ... Beitrag zum Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in Prozentpunkten.
 (B) ... Mrd. S zu Preisen von 1983. -) Ohne Mehrwertsteuer.

ßen, das obere Qualitätssegment legte jedoch zu. Vor allem die Wintersaison 1997/98 gibt dem österreichischen Tourismus neuen Auftrieb, die Schigebiete waren zu Saisonbeginn gut ausgelastet.

Die Tourismuswirtschaft konnte in den letzten Jahren den Ausfall der Nachfrage aus Deutschland und wechselkursbedingtem Preisdruck kaum durch Rationalisierung begegnen. Viele Betriebe leiden unter akuter Ertragsschwäche, welche die Finanzierungsbasis für Investitionen einengt. Die erwartete Verbesserung der Inlandsnachfrage in Deutschland und die Normalisierung der Wechselkurse sollten zur Stabilisierung im Tourismus beitragen.

Zum Teil hängen die Probleme im Tourismus mit geänderten Präferenzen zusammen, denen die heimischen Anbieter selbst durch die Verbesserung ihrer Leistungen nur teilweise Rechnung tragen können. Die Reiseverkehrsbilanz wird vor allem durch den Umstand belastet, daß die Österreicher ihre Reiseziele immer häufiger ins Ausland verlagern.

INLANDSNACHFRAGE VERHALTEN

Die Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ließen die Nettomasseneinkommen 1997 real um 1,8% zurückgehen. Unter diesen Bedingungen erwies sich die private Nachfrage als erstaunlich robust. Die Haushalte waren bereit, zusätzlichen Konsumbedarf auf Kosten des Sparens zu decken. Im Gegensatz zu in Umfragen vielfach geäußertem Pessimismus war „Angstsparen“ als generelles Phänomen nicht festzustellen. Vielmehr sank die private Sparquote erheblich (von 8,6% auf 7,9% des verfügbaren Einkommens).

Einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Inlandsnachfrage leistete auch die gute Gewinnlage der Unternehmen (+4%), die vom Exportboom begünstigt wurde. Trotz real deutlich sinkender Masseneinkommen blieben die realen verfügbaren Einkommen nahezu un-

Das Volkseinkommen und seine Verteilung 1997

	Zu laufenden Preisen Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr In %
Bruttoinlandsprodukt	2.516,9	+ 3,9
Faktoreinkommen aus dem/an das Ausland	- 3,4	.
Bruttonationalprodukt	2.513,6	+ 4,1
Minus Abschreibungen	344,2	+ 6,0
Nettonationalprodukt	2.169,4	+ 3,8
Minus indirekte Steuern	410,5	+ 5,9
Minus indirekte Steuern an die EG	31,7	+16,3
Plus Subventionen	75,8	+ 3,9
Plus Subventionen von der EG	12,5	+33,9
Volkseinkommen	1.834,8	+ 3,4
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit	1.276,4	+ 2,0
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung und unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	665,7	+ 5,4
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung abzüglich Zinsen für die Staatsschuld und Konsumentenschulden	- 107,4	.

verändert, der private Konsum wurde real um ¾% gesteigert.

Die Bauwirtschaft konnte durch Sonderfaktoren – mildes Winterwetter und Auflösung der Mietzinsreserven – Zuwächse verbuchen. Im Jahresdurchschnitt war ihre Wertschöpfung nach den vorliegenden Statistiken um 3% höher als im Vorjahr. Der Jahresdurchschnitt gibt die Baukonjunktur jedoch verzerrt wieder: Die Umsätze stiegen im I. Quartal wegen außergewöhnlicher Witterung um rund ein Fünftel, im 2. Halbjahr stagnierten sie. Im Wohnbau konnten noch hohe Auftragsbestände abgearbeitet werden, die zum Teil auf den steuerlich motivierten Abbau der Mietzinsreserven zurückgingen. Der Tiefbau litt unter einem Mangel an öffentlichen Aufträgen.

Die Unternehmen steigerten ihre Ausgaben für Maschinen und Ausrüstungen – nach vorläufigen Berechnungen – 1997 real um gut 4%. Rationalisierung und Modernisierung wurden fortgesetzt, wie die hohen Produktivitätssteigerungen zeigen (+5½% in der Sachgütererzeugung). Die generell gute Ertragslage und relativ niedrige Nominalzinsen boten günstige Finanzierungsbedingungen. 1997 betrug die Sekundärmarktrendite (benchmark) in Österreich 5,7%.

WENDE AUF DEM ARBEITSMARKT

Auf dem Arbeitsmarkt ergab sich im Laufe des Jahres 1997 eine Wende: Die Sachgütererzeugung, die zu Jahresbeginn noch rund 12.000 Beschäftigte (gegenüber dem Vorjahr) abgebaut hatte, hielt Anfang 1998 den Stand des Vorjahres.

Im Jahresdurchschnitt 1997 entstanden 12.800 zusätzliche Arbeitsplätze, vorwiegend Teilzeitstellen für Frauen, keine zusätzlichen Arbeitsplätze für Männer.

Trotz der steigenden Beschäftigung verstärkte sich der Angebotsüberhang. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.800, weil die neuen Arbeitsplätze per Saldo nicht mit Arbeitslosen, sondern

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Arbeitsmarktangebot					
Erwerbspersonen ¹⁾	+ 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,4
Angebot an Unselbständigen ²⁾	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
Arbeitslosenquote	in % 6,8	6,5	6,6	7,0	7,1
Arbeitsmarktnachfrage					
Erwerbstätige ³⁾	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld)	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	- 0,6	+ 0,4
Beschäftigte in der Sachgütererzeugung	.	.	.	- 2,9	- 1,4
Ausländische Arbeitskräfte	+ 1,3	+ 4,9	+ 3,2	+ 0,0	- 0,5
Geleistete Arbeitszeit in der Industrie	- 0,2	+ 1,2	- 0,6	- 0,2	+ 0,2
Erwerbsquote (brutto) ⁴⁾	in % 45,9	45,7	45,4	45,2	45,3
Erwerbsquote ⁵⁾	in % 68,0	67,8	67,5	67,2	67,2
Arbeitsstückkosten					
Gesamtwirtschaft ⁶⁾	+ 3,6	+ 1,3	+ 1,4	- 0,5	- 0,5
Industrie	+ 0,9	- 3,6	- 0,6	- 1,0	- 3,8
Arbeitsproduktivität					
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,0	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,2

¹⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld), Selbständige und Arbeitslose. – ²⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld) und Arbeitslose. – ³⁾ Selbständige und Unselbständige (laut Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). – ⁴⁾ Unselbständige, Selbständige und Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. – ⁵⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. – ⁶⁾ Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit in % des BIP, real.

mit Personen aus der „stillen Arbeitsmarktreserve“ besetzt wurden.

Im internationalen Vergleich ist die Arbeitslosenquote in Österreich mit rund 4 1/2% weiterhin niedrig. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß junge Menschen nur schwer einen adäquaten Arbeitsplatz finden können. Das gilt nicht nur für Lehrlinge, sondern ebenso für Abgänger weiterführender Schulen, die wegen fehlender finanzieller Ansprüche kaum in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen.

TIEFSTAND DER INFLATIONSRATE

Der Preisauftrieb hat sich weiter verlangsamt. Die Inflationsrate sank 1997 auf 1,3%, den niedrigsten Wert seit den fünfziger Jahren. Dieses Kriterium für die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion wurde so mit großem Spielraum erfüllt. Nur in Schweden, Finnland und Frankreich war die Teuerung geringer.

Schwache Nachfrage und schärferer Wettbewerb erschwerten die Durchsetzung von Preiserhöhungen. Sinkende Lohnstückkosten nahmen vielfach jeden Anlaß zu Preiserhöhungen.

Überdurchschnittlich stiegen 1997 die Preise von Tabak, Energie, Wohnen und Ernährung. Die Verteuerung der Nahrungsmittel, die in den letzten Jahren durch den EU-Beitritt gedrückt worden war, normalisierte sich.

LOHNERHÖHUNG BLEIBT HINTER PRODUKTIVITÄTSSTEIGERUNG ZURÜCK

Von der Lohnseite gingen preisdämpfende Effekte aus: Die Tariflöhne übertrafen das Vorjahresniveau um 1,8%,

Preise und Einkommen

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Verbraucherpreise	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,3
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,4
Exportpreise, Waren	- 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,3
Importpreise, Waren	- 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,5
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis) ¹⁾	- 2,8	+ 3,2	- 3,2	+ 8,5	+13,2
Terms of Trade					
Waren und Dienstleistungen	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,8	- 0,6
Waren	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5	- 0,4	- 0,2
Lohn- und Gehaltssumme²⁾ in der Gesamtwirtschaft					
Je Beschäftigten	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,2	+ 1,7	+ 1,6
Verfügbares persönliches Einkommen	+ 2,9	+ 6,2	+ 4,5	+ 3,2	+ 1,9
Sparquote ³⁾	in % 9,1	10,1	10,2	8,6	7,9

¹⁾ HWWA-Index. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. – ³⁾ Sparen (verfügbares persönliches Einkommen minus privater Konsum) in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

die Zuwächse waren um etwa 1/2 Prozentpunkt niedriger als 1996. Die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft sanken um gut 1/2%, d. h. die Lohnsteigerungen blieben hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück.

Bei geringem Lohnauftrieb verbesserte sich Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich, soweit sie durch die Arbeitskosten bestimmt wird. Vor allem aber begünstigte die Wechselkursentwicklung die internationale Wettbewerbsposition: Die Lohnstückkosten sanken in einheitlicher Währung gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner um 4,1%, der real-effektive Wechselkurs ging um gut 3% zurück.

STABILISIERUNG DES LEISTUNGSBILANZ-DEFIZITS

Das Defizit der Leistungsbilanz stabilisierte sich mit 47,7 Mrd. S (1,9% des BIP) etwa auf dem Niveau der letzten zwei Jahre. Dieses Passivum bildet kein schwerwiegendes wirtschaftspolitisches Problem, da es in beträchtlichem Maß auf Nettozahlungen an die EU und Defizite in der Transferbilanz zurückgeht. Überdies hat sich die Leistungsbilanz im Laufe des Jahres zum Positiven gewendet: Nach einem ungünstigen I. Quartal wurde der Negativsaldo kleiner. Der Überschuß in der

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1993	1994	1995	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Exporte, Waren					
Nominell	- 4,2	+ 9,7	+13,2	+ 5,5	+16,4
Real	- 3,4	+ 8,7	+12,1	+ 5,3	+14,9
Importe, Waren					
Nominell	- 4,9	+ 11,3	+ 6,2	+ 6,7	+ 9,5
Real	- 4,4	+ 10,4	+ 5,7	+ 6,1	+ 7,9
Terms of Trade	- 0,3	+ 0,0	+ 0,5	- 0,4	- 0,2
Handelsbilanz					
Mrd. S	-97,7	-116,4	-88,0	-100,6	-68,1
In % des BIP	- 4,6	- 5,2	- 3,8	- 4,2	- 2,7
Leistungsbilanz¹⁾					
Mrd. S	- 8,2	- 20,6	-47,0	- 43,4	-47,7
In % des BIP	- 0,4	- 0,9	- 2,0	- 1,8	- 1,9

Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut OeNB; 1997: vorläufig revidierte Werte.

Reiseverkehrsbilanz verringerte sich langsamer als in den letzten Jahren.

Die Warenverkehrsbilanz (sie läßt sich aus der Zahlungsbilanz errechnen) weist eine große Diskrepanz zur Außenhandelsstatistik des ÖSTAT auf. In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kommt dies in einem massiven Rückgang der „Nicht aufteilbaren Leistungen“ (NAL) zum Ausdruck. Eine mögliche Erklärung bieten längere Zahlungsziele für die hohen Exporte in Länder außerhalb der EU.

GROSSE FORTSCHRITTE DER BUDGET-KONSOLIDIERUNG

Die umfangreichen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte drücken die Neuverschuldung 1997 deutlich unter das angestrebte Ziel von 3% des BIP. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte sank von 5,1% (1995) auf 4,0% (1996) und auf 2,5% 1997. Gleichzeitig war die Staatsschuldenquote – dank Ausgliederungen aus dem Budget – rückläufig, sie erreichte 1997 ein Niveau von etwa 66%.

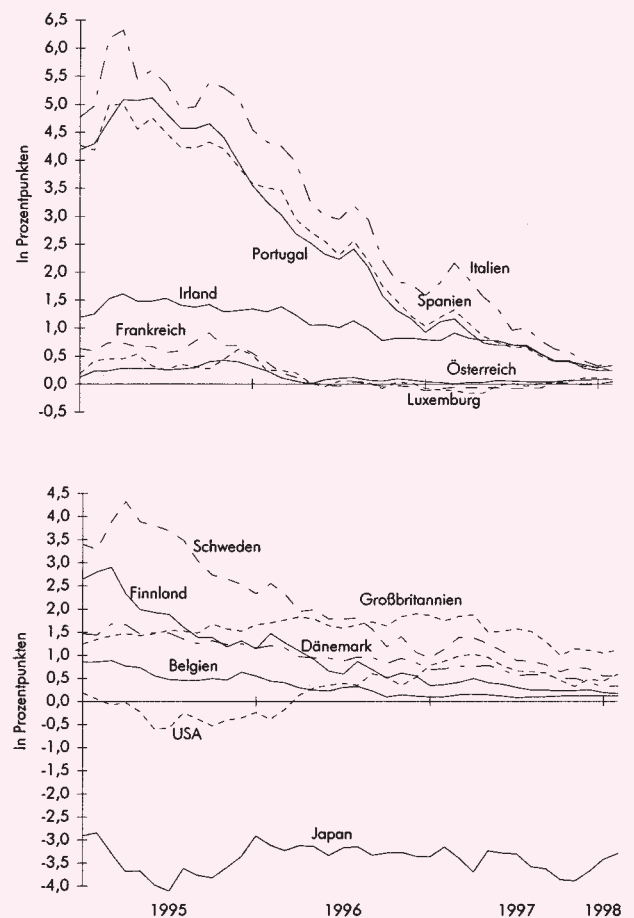
Die Notwendigkeit zur Konsolidierung ergab sich nicht nur aus den Verpflichtungen des Maastricht-Vertrags, sondern auch aus dem anschwellenden Zinsen- und Schuldendienst, der die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zunehmend einengte. Die merklichen Steuererhöhungen und Transferkürzungen dämpften den privaten Konsum 1997 weniger als befürchtet, da die Sparquote der privaten Haushalte um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte sank und insbesondere die Gewinne im Gefolge des Exportbooms zunahm: Während die Nettomasseneinkommen real um 1,8% zurückgingen, blieben die verfügbaren persönlichen Einkommen real nahezu unverändert (-0,1%).

Statistik: Christine Kaufmann

ÜBERGANG ZUR WÄHRUNGSUNION UND ASIENKRISE KENNZEICHNEN INTERNATIONALE FINANZMÄRKTE

Die langfristigen Zinssätze konvergieren in den EU-Staaten seit Anfang 1995 teilweise deutlich zum weiter sinkenden deutschen Niveau. Ursachen dieser Entwicklung waren die sehr hohe Preisstabilität, weiter geringe Inflationserwartungen, die positiven Markterwartungen über das Zustandekommen der Europäischen Währungsunion und der wegen der Programme zur Budgetkonsolidierung in ganz Europa geringere Finanzierungsbedarf des öffentlichen Sektors. Das langfristige Zinsdifferential zwischen den USA und Deutschland hat sich im Jahresverlauf seit März 1997 deutlich verringert; ausschlaggebend waren dafür die sinkenden Inflationserwartungen

Zinsdifferenzen zu Deutschland für langfristige Staatsanleihen



in den USA (mäßige Zinserhöhung durch die Federal Reserve, Verkleinerung des Output-gap in der ersten Jahreshälfte).

Bedeutend uneinheitlicher entwickelten sich die kurzfristigen Zinssätze. Die Taggeldsätze (sie müssen in einer Währungsunion ein einheitliches Niveau aufweisen) konvergieren in den Ländern, die an der WWU teilnehmen werden, noch nicht im selben Ausmaß wie im langfristigen Bereich. Für 1998 ergibt sich damit erheblicher Anpassungs- bzw. Koordinationsbedarf der europäischen Geldpolitik.

EFFEKTIVE SCHILLINGABWERTUNG SETZT SICH FORT

Abgesehen von der Südostasienkrise und einigen anderen „emerging market economies“ entwickelten sich die Devisenmärkte 1997 aus österreichischer Sicht wenig turbulent. Dollar und britisches Pfund gewinnen seit 1995 an Wert. Im Jahresdurchschnitt 1997 wertete der Schilling gegenüber dem Dollar um 15,3% und gegenüber dem Pfund um 20,8% ab. Dem stand – gemessen am Gewicht im Wechselkursindex – als bedeutsame abschwächende Gegenbewegung nur eine Aufwertung des Schillings zur türkischen Lira (38,2%) entgegen. Im effek-

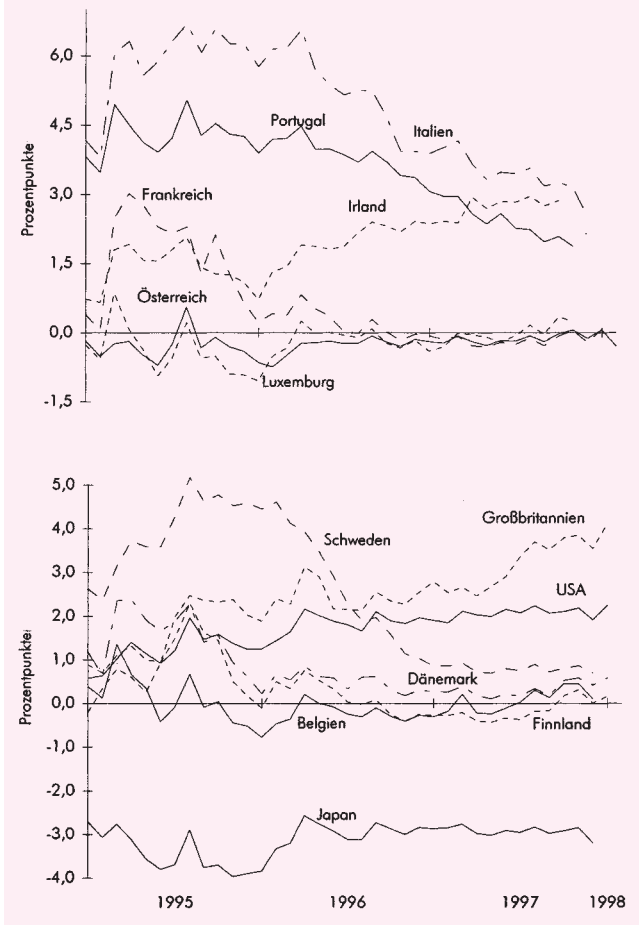
Währungskrise in Südostasien

Vor dem Ausbrechen der Finanzkrise in Südostasien waren markante Ungleichgewichte in der Wirtschaftsentwicklung dieser Länder nicht wahrgenommen worden: stark zunehmende interne wie externe Verschuldung, letztere vor allem kurzfristig und in Dollar, steigende Leistungsbilanzdefizite, mangelhaft regulierte bzw. überwachte Bankensysteme (bei impliziten Regierungsgarantien), überzogene Preis- und Ertragserwartungen einiger Wirtschaftssektoren. Aufgrund der hohen Liquidität vor allem europäischer und japanischer Banken und der undifferenziert hohen Ertragserwartungen angesichts raschen Wirtschaftswachstums, unterstützt durch fixe Wechselkurse zum Dollar (eine wesentliche Ursache der Krise), floß reichlich internationales, insbesondere kurzfristiges Kapital in diese Länder. Die Regierungen der beteiligten Länder mußten die Stützung ihrer Währungen nach und nach aufgeben (eine Ausnahme bildete der Hongkong-Dollar); in der Folge werteten diese gegenüber dem Dollar dramatisch ab. Am stärksten betroffen waren zunächst Thailand – wo die Krise ihren Ausgang nahm – und Indonesien. Der thailändische Baht und die indonesische Rupiah werteten von Juli 1997 bis Jänner 1998 gegenüber dem Dollar um 52% bzw. 75% ab. Der Kurs des koreanischen Won wurde erst im Oktober 1997 freigegeben, er fiel seither gegenüber dem Dollar aber umso stärker (-46% bis Jänner 1998). Die Lage auf den Devisen- und Aktienmärkten in Südostasien beruhigte sich erst im Laufe des I. Quartals 1998. Bisher vorliegende Prognosen gehen von deutlichen Wachstumseinbußen der Region im Jahr 1998 aus. Der Internationale Währungsfonds revidierte seine Wachstumsprognose für die ASEAN 4 um 3,7 Prozentpunkte nach unten. Die realwirtschaftlichen Rückwirkungen auf Österreich werden nach dem vorliegenden Wissensstand gering eingeschätzt¹⁾.

¹⁾ Eine detaillierte Analyse der Währungskrise in Südostasien, insbesondere auch ihrer realwirtschaftlichen Auswirkungen findet sich in International Monetary Fund, World Economic Outlook, Interim Assessment, Washington D.C., December 1997. Die Wirkungen auf Österreich untersuchten Hahn, F. R., Marterbauer, M., Schulmeister, St., Stankovsky, J., „Finanzkrise in Südostasien – Auswirkungen auf Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(3).

tiven Wechselkursindex spiegeln sich die bilateralen Kursänderungen als nominell-effektive (-2,3%) bzw. real-effektive Abwertung (-3,3%) des Schillings. Der Unterschied zwischen dem Verlauf des nominell- und des real-effektiven Wechselkursindex ist überwiegend auf die relativ höhere Inflation in der Türkei und (in geringerem Ausmaß) in Deutschland, Italien und Großbritannien zurückzuführen. Die real-effektive Aufwertung des Schillings der Jahre 1992 bis 1995 wurde in den letzten zwei

Zinsdifferenzen zu Deutschland für Taggeldsätze



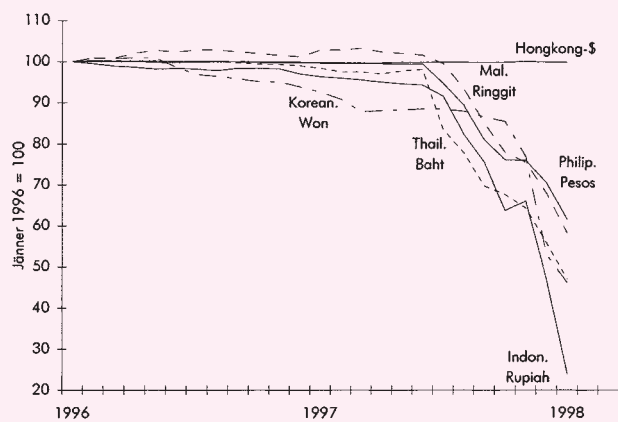
Jahren beinahe völlig korrigiert: Der Schilling war 1997 real-effektiv nur noch um 2,5% höher bewertet als 1991.

AUSGEGLICHENE LIQUIDITÄTSSITUATION AUF DEM GELDMARKT

Die Deutsche Bundesbank setzte 1997 einen Zinserhöhungsschritt – der Tendersatz für Wertpapierpensionsgeschäfte wurde im Oktober um 0,3 Prozentpunkte auf 3,3% erhöht. Diese Zinssatzänderung wurde von der OeNB nicht vollständig nachvollzogen: Die Anhebung des Tendersatzes um nur 0,2 Prozentpunkte auf 3,2% trug der von Deutschland etwas abweichenden Situation auf dem Geldmarkt Rechnung. Weder der österreichische Diskontsatz (2,5%), der Lombardsatz (4,75%) noch der GOMEX-Satz (3,4%) wurden im letzten Jahr geändert.

Die Zuteilung von Zentralbankgeld durch Offenmarktgeschäfte in Form von Tendergeschäften nahm 1997 stark zu. Mit Jahresbeginn 1997 wurde – als weiterer institutioneller Harmonisierungsschritt im Vorfeld der Währungsunion – auf Tender mit einer Laufzeit von 14 Tagen umgestellt. Insgesamt wurden 1997 57 Mengentender durchgeführt; im Jahresdurchschnitt stand den in-

Wechselkurse ausgewählter asiatischer Währungen gegenüber dem Dollar



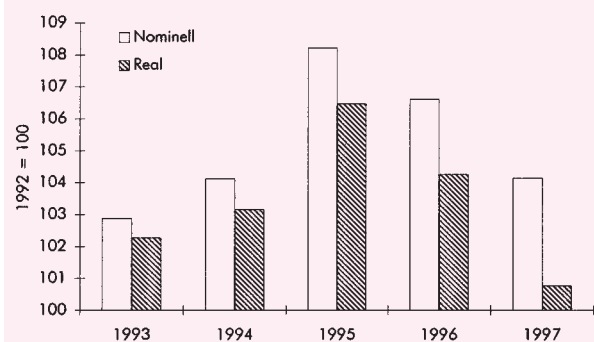
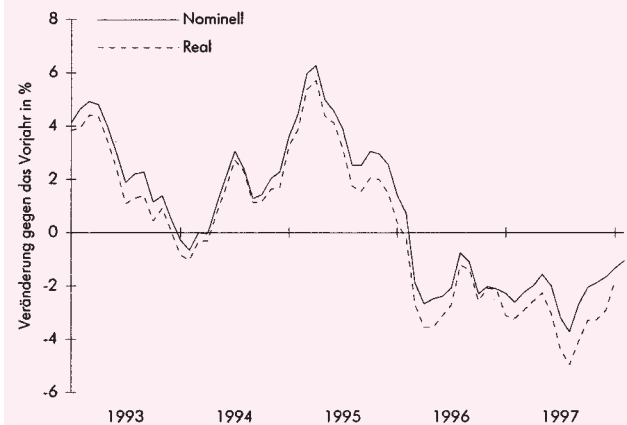
ländischen Kreditinstituten mit 24,4 Mrd. S über diese Refinanzierungsform mehr als dreimal soviel Zentralbankgeld zur Verfügung wie im Jahr zuvor. Insgesamt stieg die Zentralbankgeldversorgung der inländischen Kreditinstitute von 40,0 Mrd. S auf 60,9 Mrd. S.

Der Taggeldsatz blieb im Jahresverlauf 1997 recht konstant. Erst die Erhöhung des Tendersatzes im Oktober brachte einen leichten Anstieg. Im Jahresdurchschnitt stieg der Taggeldsatz nur geringfügig um 10 Basispunkte auf 3,3%, er war bis zum Oktober um bis zu 20 Basispunkte höher als in Deutschland. Durch das unterschiedliche Ausmaß der Tendersaterhöhung kehrte sich das Vorzeichen der Zinsdifferenz um.

Die langfristigen Zinssätze sanken auch 1997. Im Jahresdurchschnitt verringerte sich die Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren von 6,3% auf 5,7%. Der Zinsabstand zu Deutschland betrug im Durchschnitt +2 Basispunkte und nahm gegen Jahresende etwas zu (Jänner 1998 +9 Basispunkte). Die Sekundärmarktrendite für den gesamten Rentenmarkt fiel im Jahresdurchschnitt um 0,5 Prozentpunkte auf 4,8% und lag – wie im Vorjahr – um 24 Basispunkte unter der deutschen.

Mit Anfang 1998 wird die von der OeNB seit März 1995 geführte, aber bisher nicht öffentlich zugängliche Zinsstatistik der inländischen Kreditinstitute rückwirkend publiziert. Damit wurde eine im internationalen Vergleich bestehende Informationslücke geschlossen. Das WIFO verwendet die Untergrenze der Bandbreite für Kommerzkredite als Indikator für die Prime Rate (kurzfristiger Kreditzinssatz für Unternehmen bester Bonität). Das Niveau der Prime Rate entwickelte sich – mit Ausnahme von 1996 – annähernd parallel zur Sekundärmarktrendite; 1996 schlugen die Leitzinssatzsenkungen (von Mai 1995 bis April 1996 wurde Diskontsatz in 4 Schritten um 2 Prozentpunkte gesenkt) auf den Kreditmarkt besonders stark durch.

Effektiver Wechselkursindex des Schillings

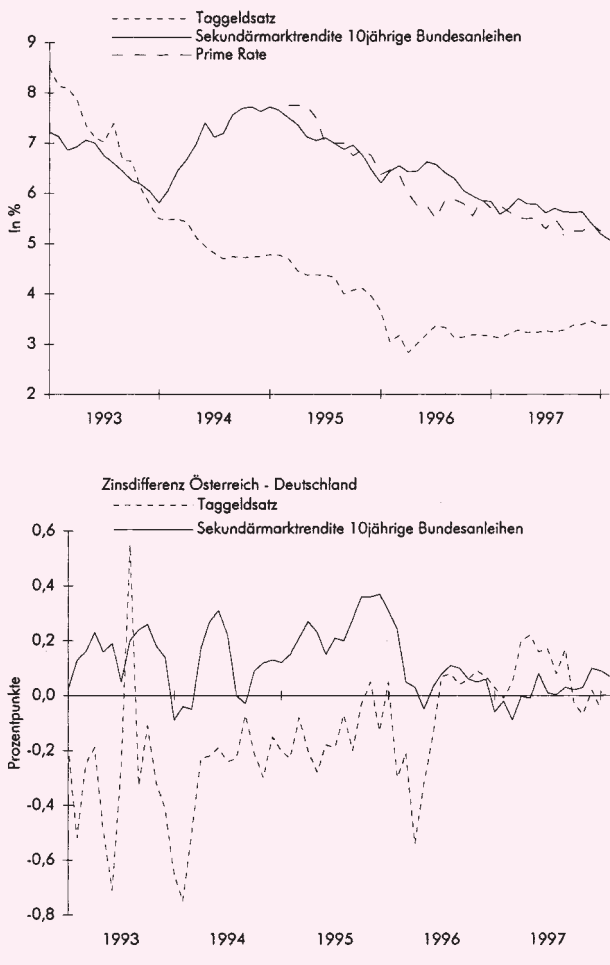


DAUERHAFTE STRUKTURÄNDERUNGEN DOMINIEREN LEISTUNGSBILANZ- ENTWICKLUNG

Das österreichische Leistungsbilanzdefizit fiel 1997 nach den vorläufig revidierten Daten mit 47,7 Mrd. S (1,9% des BIP) geringfügig höher aus als im Vorjahr (43,4 Mrd. S, seit 1994 kumuliert 159 Mrd. S). Diese Entwicklung ist vor allem strukturbedingt und resultiert – wie schon in den letzten Jahren – aus dem Bereich des Reiseverkehrs und der Transferbilanz: Seit 1992 sinkt der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz – 1997 erreichte er mit 18,8 Mrd. S nur noch ein Viertel seines Höchstwertes von 1991. Die Verringerung resultiert sowohl aus einer Ausgabensteigerung als auch aus einem Einnahmerückgang:

- Die Ausgaben der Österreicher im Ausland stiegen 1997 um 6,2% auf 131,6 Mrd. S; diese Entwicklung verlor in den letzten zwei Jahren durch den Rückgang der Einkaufsausgaben im Ausland etwas an Dynamik. Die Ausgaben für Auslandsreisen i. e. S. betragen nach Angaben der OeNB 1997 109,5 Mrd. S (+14,7%). Für Urlaubsreisen wandten die Österreicher dabei um 17,5% mehr auf als im Vorjahr, der Anteil dieser Kategorie an den gesamten Reiseverkehrsausgaben i. e. S. stieg auf beinahe 90%. Die Einkaufsausgaben im Ausland (Direktimporte) blieben

Zinsentwicklung in Österreich



mit 22 Mrd. S um 7,5 Mrd. S unter dem Vorjahresniveau, weil ausländische Güter abwertungs- und wettbewerbsbedingt relativ teurer wurden, die Einkommensentwicklung durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gedrückt wurde und der Neuigkeitseffekt wegfiel; am stärksten verringern sich die Direktimporte aus Italien (-3 Mrd. S)¹⁾.

- Die Reiseverkehreinnahmen sanken in den Jahren 1992 bis 1995 durchschnittlich um 2,7% und stiegen in den letzten zwei Jahren schwächer als die Ausgaben (1996 +0,3%, 1997 +2,0%). 1997 wurde die leichte Ausweitung auf 150,4 Mrd. S bei weiter rückläufigen Ausländernachtungen in Österreich (-4,3%, vor allem von deutschen Gästen) erreicht.

Mit dem Beitritt zur EU im Jahr 1995 hat sich aufgrund der Nettozahlerposition Österreichs der Saldo der Transferbilanz gravierend verschlechtert. Die relative Verbesserung im Jahr 1996 war auf höhere Überweisungen von der EU zurückzuführen, die teilweise verspätete Zahlungen für 1995 enthielten. Das Defizit der

¹⁾ Kratena, K., Wüger, M., „Volkswirtschaftliche Effekte von Kaufkraftabflüssen in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(1).

Transferbilanz erhöhte sich 1997 gegenüber 1996 um über 7 Mrd. S auf 18 Mrd. S. Laut Finanzministerium trug Österreich zum EU-Haushalt 1997 31,6 Mrd. S bei (1996 26,9 Mrd. S), die Zahlungen der EU an Österreich machten 16,7 Mrd. S aus (1996 20,7 Mrd. S).

In der Kapitalverkehrsbilanz ergab sich 1997 ein Saldo von 15,2 Mrd. S (1996 48 Mrd. S), der Nettokapitalimport ging damit abermals stark zurück. Der Nettoexport an langfristigen Finanzierungsmitteln war mit 20,7 Mrd. S beinahe doppelt so hoch wie im Vorjahr. Die Hauptursachen dieser Entwicklung lagen zum einen in der neuerlich verstärkten Nachfrage der Inländer nach langfristigen ausländischen Wertpapieren (+45,9 Mrd. S gegenüber dem Vorjahr), besonders nach ausländischen Aktien und Investmentzertifikaten (+171,3%). Zum anderen floß 1997 nur halb soviel Kapital über ausländische Direktinvestitionen nach Österreich wie 1996; nach diesem „Ausreißerjahr“ (Billa-Übernahme, Beteiligung der Bayrischen Landesbank an der BAWAG, der Deutschen Genossenschaftsbank an der ÖVAG) stellte sich hier wieder eine Normalisierung ein. Abgeschwächt wurden diese beiden Tendenzen durch eine verstärkte Auslandsnachfrage nach österreichischen festverzinslichen Wertpapieren, die den starken Rückgang des Vorjahres zum Teil wettmachte. Die Verringerung des kurzfristigen Nettokapitalimports um 21,5 Mrd. S auf 35,9 Mrd. S ist hauptsächlich auf eine Zunahme der kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Ausland um 23,4 Mrd. S zurückzuführen²⁾.

Die offiziellen Währungsreserven nahmen erstmals seit 1990 ab (-6,2 Mrd. S). Die Bewertungsgewinne von 27,5 Mrd. S glichen die Überschußdevisennachfrage (Leistungsbilanzdefizit minus Kapitalimport) von 32,5 Mrd. S nicht ganz aus. Der Bestand an offiziellen Währungsreserven betrug Ende 1997 263,5 Mrd. S und setzt sich u. a. aus folgenden Forderungen zusammen: an das Europäische Währungsinstitut 39,1 Mrd. S (+0,9 Mrd. S), Devisen und Valuten 195,3 Mrd. S (-4 Mrd. S), Goldreserven 15,1 Mrd. S (-5 Mrd. S), IWF-Beteiligung 12,2 Mrd. S (+3,3 Mrd. S).

STEIGENDE FREMDWÄHRUNGSKREDIT-NACHFRAGE, HOHE LIQUIDITÄTSPRÄFERENZ UND DYNAMISCHES AUSLANDSGESCHÄFT BESTIMMEN BANKENENTWICKLUNG

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors (rund 5.900 Mrd. S) wurde im Jahresdurchschnitt 1997

²⁾ Die Detailpositionen des kurzfristigen Kapitalverkehrs wurden für 1996 beim Übergang von den vorläufig revidierten auf die endgültig revidierten Daten im Herbst 1997 (die im vorliegenden Bericht für 1996 verwendet werden) besonders stark revidiert: Die kurzfristigen Forderungen ergeben nun statt eines Kapitalabflusses von 22,8 Mrd. S einen Kapitalzufluß von 21,2 Mrd. S; umgekehrt sanken die kurzfristigen Verbindlichkeiten von 79,1 Mrd. S auf 36,3 Mrd. S.

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Kapitalbilanz

	1993	1994	1995	1996	1997	1993	1994	1995	1996	1997
	Mrd. S					Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S				
Leistungsbilanz	- 8,2	- 20,6	- 47,0	- 43,7	- 47,7	- 6,6	- 12,4	- 26,4	+ 3,6	- 5,2
Langfristiger Kapitalverkehr	75,3	9,3	78,9	- 9,4	- 20,7	+ 67,4	- 66,0	+ 69,6	- 88,3	- 9,6
Kapitalanlagen im Ausland	- 47,9	- 71,9	- 97,6	-128,9	-180,1	+ 24,5	- 24,0	- 25,7	- 31,4	- 49,6
Direktinvestitionen	- 17,1	- 13,7	- 10,5	- 14,9	- 17,7	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	- 4,3	- 2,8
Festverzinsliche Wertpapiere	- 14,0	- 39,0	- 24,5	- 69,1	- 95,3	+ 13,7	- 25,0	+ 14,5	- 44,9	- 24,6
Aktien und Investmentzertifikate	- 6,3	- 9,1	- 5,0	- 11,5	- 31,3	- 4,8	- 2,8	+ 4,1	- 6,5	- 19,8
Kredite	- 2,0	- 8,8	- 24,7	- 30,5	- 46,7	+ 11,2	- 6,9	- 15,9	- 5,7	- 16,7
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	123,2	81,2	176,5	119,5	159,4	+ 43,0	- 42,0	+ 95,3	- 57,0	+ 40,0
Direktinvestitionen	11,4	15,0	6,4	40,6	21,2	+ 1,1	+ 3,6	- 8,6	+ 34,2	- 19,0
Wertpapiere	106,0	35,2	119,2	43,2	83,4	+ 40,7	- 70,9	+ 84,0	- 76,0	+ 40,2
Aktien und Investmentzertifikate	13,8	15,2	12,6	28,5	31,6	+ 11,3	+ 1,4	- 2,7	+ 15,9	+ 2,9
Kredite	3,4	7,8	18,5	7,4	- 2,8	+ 3,8	+ 4,5	+ 10,7	- 11,2	- 10,5
Kurzfristiger Kapitalverkehr	- 34,9	24,4	- 13,9	57,5	35,9	- 48,0	+ 59,2	- 38,3	+ 71,3	- 20,4
Kapitalanlagen im Ausland	- 54,0	- 36,8	- 50,4	21,2	- 2,2	+ 2,1	+ 17,2	- 13,6	+ 71,7	+ 20,7
Ausländische Kapitalanlagen im Inland	19,1	61,2	36,6	36,3	38,1	- 50,1	+ 42,1	- 24,6	- 0,3	- 41,0
Lang- und kurzfristiger Kapitalverkehr	40,5	33,7	65,0	48,0	15,2	+ 19,4	- 6,8	+ 31,4	- 17,0	- 30,0
Veränderung der Währungsreserven	34,2	5,5	20,1	31,3	- 6,2	+ 4,2	- 28,7	+ 14,6	+ 11,2	- 37,6

Q: OeNB. 1997: vorläufig revidierte Daten. - . . . Devisenabfluß, + . . . Devisenzufluß.

mit +6,9% etwas stärker ausgeweitet als im Vorjahr; diese Tendenz resultierte in erster Linie aus der Zunahme des Auslandsgeschäfts. Die Nachfrage inländischer Nichtbanken nach Direktkrediten (+4,3%) wuchs wie in den letzten Jahren im Fremdwährungsbereich am stärksten (+25,5%). Dadurch verschob sich die Struktur des Kreditportefeuilles weiter zu den Fremdwährungskrediten. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in einigen ausländischen Währungen wurde die Schillingfinanzierung teilweise durch Fremdwährungskredite ersetzt – sie machten 1997 schon annähernd 40% des gesamten inländischen Direktkreditzuwachses aus. Der Vergleich mit dem Vorjahr kräftige Zuwachs (+7,9%) der Direktkredite an Unternehmen ging parallel mit der Verbesserung der Investitionsgüternachfrage (+3,6%) aufgrund optimistischerer Produktions- und Absatzerwartungen im Konjunkturaufschwung. Im Zuge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte (Budgetdefizit des Bundes 1996 89,4 Mrd. S, 1997 67,2 Mrd. S) verringerte sich die Direktkreditnachfrage des Staates um 8,4%.

Die Struktur der Mittelaufbringung verschob sich 1997 wohl aufgrund niedriger Opportunitätskosten durch niedrige kurzfristige Zinssätze weiter zum sehr liquiden Bereich. Termineinlagen (-4,4%) verloren weiter an Attraktivität, und die Spareinlagen (+2,4%) hätten ohne den starken Zuwachs des Bausparens (+9,3%) annähernd stagniert. Der bereits seit einigen Jahren kräftige Anstieg der Sichteinlagen drückt eine hohe Liquiditätspräferenz der Sparer aus. Spiegel der gegenwärtigen Polarisierung des Anlegerverhaltens ist die zugleich weiter dynamische Entwicklung der Investmentfonds (siehe dazu weiter unten).

Das Auslandsgeschäft entwickelte sich sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite besser als das Inlandsgeschäft (Auslandsaktiva +18,6%, Auslandspassiva +22,2% gegenüber dem Vorjahr). Der Zuwachs der Bilanzsumme war damit aktiv- (60%) wie passivseitig

(77%) überwiegend auf die Ausweitung des Auslandsgeschäfts zurückzuführen.

Die erweiterte Geldbasis stieg mit +2,5% nicht einmal halb so stark wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre und betrug 256,5 Mrd. S. Die Geldmengenaggregate M1' und M3' wuchsen um 5,5% bzw. 2,1%; die höhere Rate von M1' ging auf die größere Dynamik der Sichteinlagen bei verhaltenem Wachstum der Spareinlagen zurück.

 ERTRÄGE DER ÖSTERREICHISCHEN BANKEN
STAGNIEREN

Die Ertragslage des österreichischen Bankensystems (ohne Bausparkassen) hat sich 1997 gegenüber dem Vorjahr nicht verbessert, das Betriebsergebnis stagnierte bei 47,8 Mrd. S.

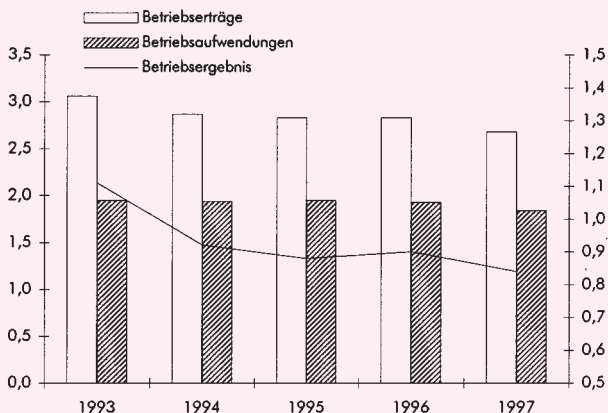
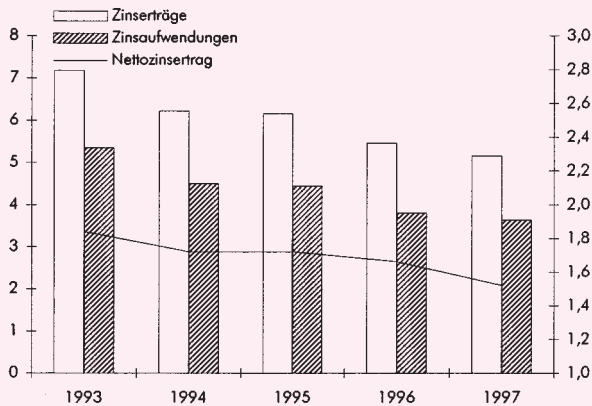
Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

	1995	1996	1997	1995	1996	1997
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>						
Sichteinlagen	228,1	262,6	282,0	+10,0	+15,1	+ 7,4
Termineinlagen	111,4	105,5	100,9	+10,0	- 5,3	- 4,4
Spareinlagen	1.501,9	1.550,2	1.588,1	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,4
Bauspareinlagen	167,0	177,7	194,3	+ 8,2	+ 6,4	+ 9,3
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	685,4	710,3	717,2	+10,3	+ 3,6	+ 1,0
<i>Inländische Mittelverwendung</i>						
Direktkredite	2.353,4	2.497,2	2.603,4	+ 5,7	+ 6,1	+ 4,3
An den öffentlichen Sektor	456,5	491,0	450,0	+ 9,9	+ 7,6	- 8,4
An Unternehmen	1.271,6	1.285,6	1.387,0	+ 4,0	+ 1,1	+ 7,9
An Private	526,1	578,6	614,8	+ 5,1	+10,0	+ 6,3
Fremdwährungskredite	127,3	157,7	197,9	+10,0	+23,9	+25,5
Schillingkredite	2.226,1	2.339,5	2.405,5	+ 5,4	+ 5,1	+ 2,8
Titrierte Kredite an inländische Nichtbanken	392,6	414,8	412,4	+10,9	+ 5,7	- 0,6
<i>Auslandsgeschäft</i>						
Auslandsaktiva	1.107,7	1.218,4	1.445,3	+ 4,4	+10,0	+18,6
Auslandspassiva	1.162,0	1.319,2	1.612,4	+ 3,6	+13,5	+22,2
Bilanzsumme	5.221,1	5.506,2	5.885,1	+ 5,5	+ 5,5	+ 6,9

Q: OeNB.

Ertragslage des Bankensystems ohne Bausparkassen

In % der durchschnittlichen Bilanzsumme

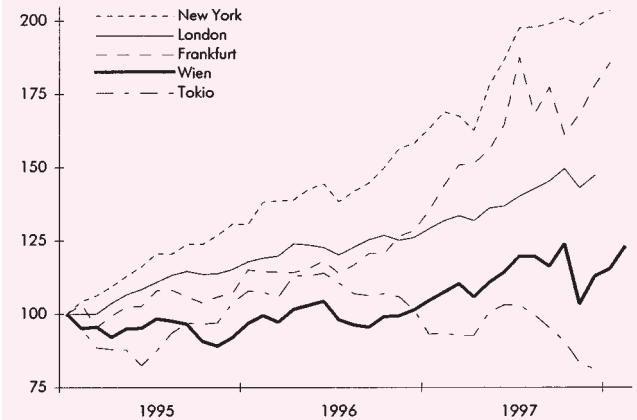


Der Nettozinsbeitrag (86,2 Mrd. S) sank 1997 um 2,3%: Zum einen stagnierten die Zinserträge aufgrund der fallenden Kreditzinsen; da die Einlagenzinssätze weniger stark zurückgingen, erhöhten sich zum anderen die Zinsaufwendungen. Nach Angaben der OeNB fiel die Zinsmarge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft von 3,02 Prozentpunkten 1996 auf 2,72 Prozentpunkte (1995 3,25 Prozentpunkte). Dieser Rückgang wurde durch nicht zinsbedingte Erträge mehr als ausgeglichen – die Erträge aus nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen waren um 25,2% höher als im Vorjahr, der Saldo des Provisionsgeschäfts stieg um 7,4%. Die Betriebsbeiträge übertrafen das Vorjahresniveau deshalb um 1,2%.

Die Betriebsaufwendungen waren um 1,7% höher als im Vorjahr (1996 +4,5%), wobei der Personalaufwand – bei leicht rückläufiger Beschäftigung (-0,6%) – um 2% (1996 +3,3%) zunahm. Der in den letzten Jahren beobachtete Anstieg des Aufwands für die Altersvorsorge (1997 +28%) und der Rückgang des Aufwands für Pensionsrückstellungen (1997 -39,9%) lassen sich auf eine gemeinsame Ursache zurückführen: den Übergang von direkten Pensionszusagen zu Pensionskassenlösungen.

Internationale Börsenindizes

Jänner 1995 = 100



Q: IFS.

STEIGENDE KONZENTRATION IM ÖSTERREICHISCHEN KREDITSEKTOR

Die Übernahme der Creditanstalt durch die Bank Austria und der GiroCredit durch die Erste Österreichische Spar-Casse verstärkte die Konzentration im österreichischen Bankwesen, hatte aber keine Auswirkungen auf die im internationalen Vergleich hohe Bankstellendichte – das Netz der Zweigstellen blieb mit 4.691 (-3) nahezu unverändert. Verringert hat sich 1997 nur die Zahl der Hauptanstalten (um 24 auf 995). Dieser Rückgang ist überwiegend auf den Raiffeisensektor zurückzuführen (-17, davon -6 in Oberösterreich und -7 in Niederösterreich), in dem kleinere Banken von größeren Instituten übernommen wurden, um regional schlagkräftigere Einheiten zu bilden.

Ende 1997 unterhielten österreichische Banken 24 Filialen im Ausland (davon 13 in der EU). Das Geschäft in Osteuropa wird über Bankenbeteiligungen (14 österreichische Kreditinstitute sind mit zumindest 25% an 32 ostmitteleuropäischen Banken beteiligt) und Repräsentanzen österreichischer Kreditinstitute (21) betrieben.

BOOM AUF DEM AKTIENMARKT – DYNAMISCHE INVESTMENTFONDS

Der österreichische Aktienmarkt entwickelte sich 1997 sehr gut, wiewohl die Entwicklung hinter anderen wichtigen Aktienmärkten zurückblieb. Die einigermaßen parallele Aufwärtsentwicklung in Europa und Nordamerika – u. a. bedingt durch die sehr gute Konjunktur in den USA, die allmähliche Konjunkturbelebung in Europa mit einem bisher einzigartigen Fusionsvolumen – wurde durch zwei Ereignisse (kurz) unterbrochen: Nach den Warnungen des Vorsitzenden der Federal Reserve, Greenspan, vor übertriebenen Kursentwicklungen und der Erhöhung der Federal Funds Rate im März wurden

die Kurse kurzfristig korrigiert. Die Kurseinbrüche der Asienkrise weiteten sich im Herbst auf westliche Börsen aus. Beide Rückschläge waren aber nur von kurzer Dauer. Im Jahresverlauf 1997 stiegen sowohl der Index der Wiener Börse (+12,1%) als auch der ATX (+13,5%).

Mit einer Zunahme des Fondsvolumens um 31,5% behaupteten Investmentfonds ihre Dynamik auf dem österreichischen Kapitalmarkt. Im fünften Jahr mit zweistelliger Zuwachsrate erreichte das Fondsvermögen Ende 1997 ein Niveau von über 567 Mrd. S. Der Hauptanteil des Zuwachses geht auf eine Steigerung des Vermögensbestands von Wertpapieren in Fremdwährung um 55% zurück.

Josef Baumgartner
Statistik: Christa Magerl

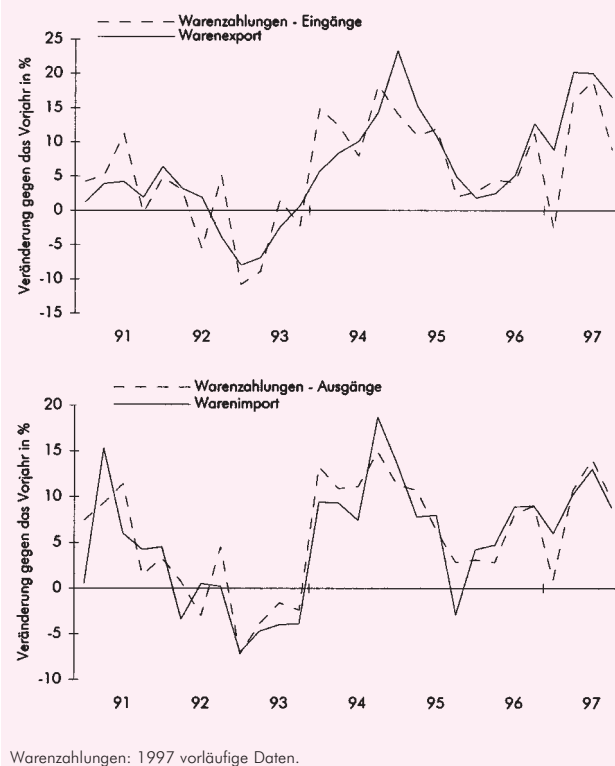
AUSSENHANDEL EXPANDIERT 1997 STARK

Nach den seit kurzem verfügbaren – noch nicht revidierten – Daten über den österreichischen Außenhandel war 1997 ein überaus kräftiges Wachstum besonders der Exporte zu verzeichnen. Die nominelle Zuwachsrate von 16,4% war die höchste seit 1979 (+17,1%). Sie entsprach einem realen Anstieg von 14,9%. Die Importe wurden mit nominell +9,5% (real +7,9%) weniger deutlich ausgeweitet. Durch diese asymmetrische Entwicklung hat sich die Handelsbilanz 1997 sprunghaft verbessert, das Handelsbilanzdefizit verringerte sich von 100,6 Mrd. S 1996 auf 68,1 Mrd. S, also von etwa 4,2% auf 2,7% des BIP.

Der Außenhandel mit den EU-Ländern wuchs zwar kräftig, war aber nicht der Träger des Exportbooms. Unterdurchschnittlich entwickelten sich vor allem die Handelsbeziehungen mit Deutschland (Exporte +8,6%, Importe +6,3%). Der Anteil der Ausfuhr nach Deutschland sank von 37,4% 1996 auf 34,9% der Gesamtexporte, jener der Importe aus Deutschland von 42,9% auf 41,6%. Innerhalb der EU waren Österreichs Exporteure am erfolgreichsten in Großbritannien (+36,6%), Irland (+25,2%) und den Niederlanden (+22,4%). Besonders im Handel mit Großbritannien und Irland könnte dies auch auf die Bedeutung multinationaler Unternehmen zurückzuführen sein.

Der Außenhandel mit den Nicht-EU-Ländern in der OECD nahm etwas stärker zu als der EU-Handel, wegen des viel geringeren Gewichts (Anteil am gesamten österreichischen Export und Import rund 13%, EU: Export 61,9%, Import 68,7%) prägte er das Gesamtergebnis entsprechend schwächer. Österreichs Export in die Türkei (+29,3% gegenüber 1996) spiegelt den Abbau der Handelshemmnisse durch die Freihandelsabkommen zwischen EU und Türkei von 1996 wider.

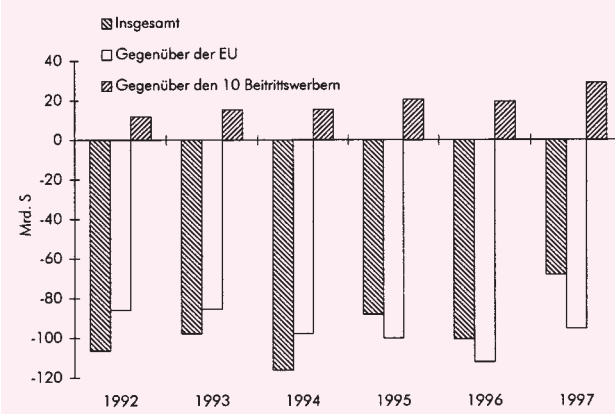
Österreichs Außenhandel seit 1991



Im Intra-OECD-Handel Österreichs nahm – aufgrund der kräftigen Aufwertung des Dollars – der Außenhandel mit der NAFTA und besonders mit den USA deutlich zu. Der Handel mit Fernost entwickelte sich unterschiedlich: Während die Außenhandelsbeziehungen mit den „Vier Tigern“ einen ähnlichen Zuwachs brachten wie der Intra-EU-Handel Österreichs, schrumpften die Exporte nach Japan um etwa 5% (die Importe stiegen mit +1% nur unwesentlich). Das Nachlassen der Importnachfrage der ASEAN-Länder in der zweiten Jahreshälfte (Jahresdurchschnitt –3,3%) hängt mit dem Beginn der Asienkrise zusammen.

Die Ausweitung der Exporte in die Oststaaten um 33,7% und der Importe aus dieser Region um 22,4% trug 1997 wegen der engen Außenhandelsverflechtung (18% der

Österreichs Handelsbilanz



Regionalstruktur des Außenhandels

	1997	Export			1997	Import			1997
	Mrd. S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1996	Mrd. S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1996	Saldo
OECD	535,2	75,1	+ 4,4	+13,1	635,2	81,4	+ 5,2	+ 7,6	-100,0
OECD einschließlich 3 Oststaaten ¹⁾	603,0	84,6	+ 5,2	+15,0	684,2	87,7	+ 6,2	+ 8,7	- 81,2
EU (Intra-Handel)	441,1	61,9	+ 2,7	+12,3	536,4	68,7	+ 4,7	+ 6,3	- 95,3
OECD ohne EU	94,1	13,2	+13,3	+17,0	98,8	12,7	+ 8,2	+15,2	- 4,7
Sonstiges Westeuropa	48,6	6,8	+ 6,5	+14,9	33,3	4,3	+ 0,3	+ 7,0	15,3
EFTA	42,0	5,9	+ 1,1	+13,1	28,6	3,7	- 1,2	+ 5,2	13,4
Schweiz	37,8	5,3	- 1,9	+13,6	27,2	3,5	- 0,4	+ 5,2	10,6
Andere	6,6	0,9	+72,3	+27,9	4,8	0,6	+12,1	+19,4	1,9
Industriestaaten in Übersee	45,5	6,4	+21,9	+19,3	65,5	8,4	+13,2	+19,9	- 20,0
NAFTA	32,6	4,6	+15,8	+31,3	47,6	6,1	+16,4	+29,0	- 14,9
USA	26,2	3,7	+13,3	+34,5	42,0	5,4	+12,2	+32,0	- 15,8
Japan	9,0	1,3	+24,6	- 5,1	17,4	2,2	+ 4,6	+ 1,0	- 8,4
Oststaaten	126,0	17,7	+14,2	+33,7	87,2	11,2	+19,2	+22,4	38,8
Ost-Mitteleuropa ²⁾	77,4	10,9	+16,4	+31,5	57,1	7,3	+24,0	+24,9	20,3
Südosteuropa ³⁾	33,3	4,7	+13,3	+42,8	14,2	1,8	+20,2	+24,4	19,1
Frühere UdSSR	15,2	2,1	+ 6,1	+26,8	15,9	2,0	+ 5,3	+12,6	- 0,7
10 EU-Beitrittswerber ⁴⁾	97,0	13,6	+13,9	+30,9	68,1	8,7	+22,8	+24,6	28,9
Entwicklungsländer	51,3	7,2	+ 1,3	+14,1	58,1	7,4	+ 9,1	+13,9	- 6,9
OPEC	13,2	1,9	+ 9,9	+18,0	14,7	1,9	+30,6	+16,8	- 1,5
NOPEC	36,0	5,1	- 0,1	+13,5	38,8	5,0	+ 1,0	+15,4	- 2,7
AKP und Überseedepartements ⁵⁾	2,0	0,3	-16,0	+ 3,5	4,7	0,6	+24,7	- 3,9	- 2,6
„Vier Tiger“ ⁶⁾	11,8	1,7	- 5,5	+13,6	12,2	1,6	- 0,8	+ 7,5	- 0,4
Extra-Handel ⁷⁾	271,3	38,1	+11,0	+23,6	244,1	31,3	+12,0	+17,4	27,2
Insgesamt	712,4	100,0	+ 5,5	+16,4	780,5	100,0	+ 6,7	+ 9,5	- 68,1

¹⁾ Ungarn, Polen, Tschechien. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen. – ⁵⁾ Assoziierte Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik. – ⁶⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁷⁾ Drittstaaten ohne EU.

Gesamtexporte Österreichs) wesentlich zum Exportboom bei. Bei einem Anteil von etwa 11% an der Gesamtausfuhr schlug sich dabei das Wachstum der Exporte nach Ost-Mitteleuropa (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei; +31,5%) am stärksten nieder. Besonders erfolgreich waren die österreichischen Exporteure in Ungarn (+44%, Importe +27%). Ungarn übernahm damit von der Schweiz den dritten Rang unter den wichtigsten Exportzielen Österreichs. Bei einem geringeren Anteil an den Gesamtexporten wuchsen die Lieferungen nach Südosteuropa (Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien) noch stärker (+42,8%). Auch in die frühere UdSSR wurde um etwa 27% mehr exportiert als im Vorjahr. Die Ausfuhr in die GUS wuchs dabei um 25%, jene in die Baltischen Staaten sogar um 59% (allerdings bei einem Anteil von lediglich 0,2% an den österreichischen Gesamtexporten). Ein wichtiger Grund für die Ausweitung der Handelsbeziehungen mit dem Baltikum dürfte in der Antizipation des EU-Beitritts Estlands liegen: Die Exporte nach Estland überstiegen das Vorjahresniveau um fast 150% (Importe +55%). Für die 10 EU-Beitrittswerber ergaben sich ein Exportzuwachs von 30,9% und ein Importzuwachs von 24,6%. Das hatte eine Verbesserung der Handelsbilanz mit diesen Ländern um 9,5 Mrd. S auf +28,9 Mrd. S zur Folge.

Wegen des immer wieder drastischen Revisionsbedarfes (größtenteils aufgrund von Spätmeldungen der Unternehmen) muß eine Diskussion der Monatsdaten ausbleiben, zumal nicht bloß die rezenteren Werte, sondern auch Daten vom Jahresbeginn mitunter großen Änderungen unterworfen sind.

ENTWICKLUNG DER WARENSTRUKTUR IM ÖSTERREICHISCHEN AUSSENHANDEL 1997

Überdurchschnittlich nahmen 1997 die Exporte von konsumnahen Fertigwaren (+21,7%) und chemischen Erzeugnissen zu. Im Gegensatz zu 1996 war in keiner der Warengruppen auf Einstellerebene (SITC 0 bis 9) ein Rückgang zu verzeichnen. Erfreulich ist die kräftige Ausweitung der Exporte in Bereichen, die mit anspruchsvolleren Technologien, höherem Humankapitaleinsatz und relativ höheren Forschungsausgaben assoziiert werden und in denen Produktdifferenzierung und Marktmacht eine größere Rolle spielen. Auch die Exporte von Rohstoffen und bearbeiteten Waren (besonders Papier, Eisen und Stahl) stiegen 1997 zum Teil mit zweistelligen Wachstumsraten nachdem sie 1996 geschrumpft waren. Auf der Importseite war die Expansion am größten im Handel mit Rohstoffen (+19,5%), Nahrungsmitteln (+13,4%) und chemischen Erzeugnissen (+12,1%), vorwiegend Waren niedrigeren Fertigungsgrades (mit Ausnahme der chemischen Erzeugnisse), geringerer Kapital-, Forschungs- und Humankapitalintensität und geringeren Grades der Produktdifferenzierung.

Nach +13% 1996 importierte Österreich 1997 um 0,3% weniger Straßenfahrzeuge als im Vorjahr. Dies spiegelt sich u. a. in der sehr niedrigen Wachstumsrate der Importe aus Japan. Aufgrund der Dollaraufwertung im Jahr 1997 stiegen die Importe von Erdöl und -erzeugnissen wesentlich schwächer als im Vorjahr (+11,4%, 1996 +31,7%).

Warenstruktur des Außenhandels

	1997	Export			1997	Import			1997
	Mrd. S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	das Vorjahr	Mrd. S	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Saldo	
Nahrungsmittel	31,8	4,5	+15,0	+16,8	48,5	6,2	+ 9,2	+13,4	-16,7
Rohstoffe	25,5	3,6	- 7,6	+14,6	32,0	4,1	-13,7	+19,5	- 6,5
Holz	13,5	1,9	-10,5	+17,7	7,7	1,0	-13,0	+11,8	5,7
Brennstoffe	8,5	1,2	+29,3	+13,5	41,0	5,3	+28,6	+ 7,8	-32,5
Chemische Erzeugnisse	69,0	9,7	+ 7,2	+20,7	82,6	10,6	+ 3,3	+12,1	-13,6
Bearbeitete Waren	184,2	25,9	- 1,5	+10,8	143,5	18,4	+ 0,3	+10,8	40,7
Papier	36,2	5,1	- 5,6	+ 5,8	16,2	2,1	+ 1,7	+ 8,1	20,1
Textilien	23,4	3,3	+ 2,3	+10,5	21,5	2,8	- 2,6	+ 7,0	2,0
Eisen, Stahl	33,1	4,6	-11,0	+12,3	19,3	2,5	-10,8	+11,1	13,8
Maschinen, Fahrzeuge	293,4	41,2	+9,9	+17,9	297,9	38,2	+ 9,6	+10,4	- 4,5
Konsumnahe Fertigwaren	98,8	13,9	+ 4,8	+21,7	131,6	16,9	+ 8,2	+ 3,8	-32,8
Alle Waren	712,4	100,0	+ 5,5	+16,4	780,5	100,0	+ 6,7	+ 9,5	-68,1

Auch die Veränderung der Warenhandelsstruktur ist mit Vorsicht zu interpretieren: Besonders für jene Warengruppen, in denen der Anteil Osteuropas am österreichischen Gesamtexport sehr hoch ist (Brennstoffexporte), sowie in Warengruppen mit großem Gewicht der MOEL und großem Anteil der Warengruppe am österreichischen Gesamtexport (Maschinen und Fahrzeuge, bearbeitete Waren, konsumnahe Fertigwaren) könnten Probleme im Bereich der Extra-EU-Statistik die Ergebnisse verzerren. Die besonders großen Veränderungsrate z. B. im Bereich der Rohstoffe oder der bearbeiteten Waren könnten auch auf Fehler in der Vorjahresstatistik hinweisen.

PROBLEME DER AUSSENHANDELSSTATISTIK

Die bislang noch nicht revidierten Ergebnisse der Außenhandelsstatistik sind nur mit Vorbehalt zuverlässig. Besonders der Rückgang der Bedeutung Deutschlands als Exportpartner Österreichs um 2,5 Prozentpunkte ist mit ökonomischen Argumenten schwer zu rechtfertigen. In einer Analyse der Spiegelstatistiken der meisten OECD-Länder erweisen sich die Daten für Österreichs Handel als zumindest nicht unplausibel (die Veränderungsrate für Österreichs Exporte in die USA und für die Importe der USA aus Österreich unterscheiden sich jedoch um 10 Prozentpunkte¹⁾). Die deutsche Statistik stellt der österreichischen Exportwachstumsrate von 8,6% eine deutsche Importwachstumsrate von 1,3% gegenüber – ein Indiz für schwerwiegende Probleme der deutschen Außenhandelsstatistik.

Problematisch erscheinen die Daten für den Extra-EU-Handel, soweit sie die Außenhandelsbeziehungen Österreichs mit den 5 MOEL (Tschechien, Slowakei, Ungarn, Polen und Slowenien) betreffen. Die österreichische Außenhandelsstatistik zeigt eine Zunahme der Ex-

porte um 31,4% und der Importe um 23,6%. Die osteuropäischen Spiegelstatistiken weisen für die Importe aus Österreich +14,2% und für die Exporte nach Österreich +29,3% aus.

Der Export nach Tschechien wurde nach der österreichischen Statistik um 18,3% gesteigert (Import +22,5%); nach der tschechischen Außenhandelsstatistik ergibt sich allerdings für die Importe eine negative Veränderungsrate von etwa -15% (Export +19,1%). Ungarn ist nach den neuesten Daten der drittgrößte Exportpartner Österreichs (vor der Schweiz); der Exportausweitung laut österreichischer Außenhandelsstatistik (+43,7%) steht jedoch in der ungarischen Importstatistik nur eine Rate von +30,6% gegenüber. Die ungarischen Exporte wuchsen umgekehrt mit +45,9% deutlich stärker als die Importe Österreichs (+27,4%). Für Polen liegen die von

Österreichs Export im Spiegel der Statistiken ausgewählter Länder

	1995	1996	1997	1996	1997
	Mill. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Deutschland					
Österreichs Export	222.474	229.042	248.800	+ 3,0	+ 8,6
Import aus Österreich ¹⁾	183.338	192.077	194.601	+ 4,8	+ 1,3
Tschechien					
Österreichs Export	15.881	17.752	21.006	+11,8	+18,3
Import aus Österreich	17.615	16.838	14.348	- 4,4	-14,8
Slowakei					
Österreichs Export	5.700	7.738	9.642	+35,8	+24,6
Import aus Österreich	4.517	5.693	6.084	+26,0	+ 6,9
Ungarn					
Österreichs Export	21.116	24.338	34.978	+15,3	+43,7
Import aus Österreich	16.677	20.752	27.099	+24,4	+30,6
Polen					
Österreichs Export	7.901	9.058	11.823	+14,6	+30,5
Import aus Österreich ²⁾	7.427	8.623	10.129	+16,1	+17,5
Slowenien					
Österreichs Export	9.815	9.864	12.905	+ 0,5	+30,8
Import aus Österreich	9.264	8.840	9.629	- 4,6	+ 8,9
5 MOEL					
Österreichs Export	60.413	68.750	90.354	+13,8	+31,4
Import aus Österreich	56.051	61.770	70.565	+10,2	+14,2

Q: ÖSTAT, DBB, WIIW, nationale Statistiken. Österreichs Export im Vergleich mit den Importen der jeweiligen Länder. – ¹⁾ 1997 hochgerechnet mit der kumulierten Veränderungsrate Jänner bis Oktober. – ²⁾ 1997 hochgerechnet mit der kumulierten Veränderungsrate Jänner bis November.

¹⁾ Für die Importe der USA wurden dabei kumulierte Werte auf Schillingbasis für die ersten 11 Monate 1997 verwendet.

Österreichs Import im Spiegel der Statistiken ausgewählter Länder

	1995	1996 Mill. S	1997	1996 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1997
Deutschland					
Österreichs Import	291.202	305.560	324.823	+ 4,9	+ 6,3
Export nach Österreich ¹⁾	293.683	320.472	320.482	+ 9,1	+ 0,0
Tschechien					
Österreichs Import	12.629	14.364	17.594	+13,7	+22,5
Export nach Österreich	14.376	14.907	17.754	+ 3,7	+19,1
Slowakei					
Österreichs Import	5.282	6.539	8.095	+23,8	+23,8
Export nach Österreich	4.297	5.652	7.675	+31,5	+35,8
Ungarn					
Österreichs Import	12.583	19.152	24.408	+52,2	+27,4
Export nach Österreich	13.120	18.144	26.477	+38,3	+45,9
Polen					
Österreichs Import	6.373	5.663	7.015	-11,1	+23,9
Export nach Österreich ²⁾	4.917	5.098	5.655	+ 3,7	+10,9
Slowenien					
Österreichs Import	5.262	5.943	6.760	+13,0	+13,7
Export nach Österreich	5.390	5.830	6.895	+ 8,2	+18,3
5 MOEL					
Österreichs Import	42.128	51.660	63.871	+22,6	+23,6
Export nach Österreich	41.972	49.745	64.322	+18,5	+29,3

Q: ÖSTAT, DBB, WIW, nationale Statistiken. Österreichs Import im Vergleich mit den Exporten der jeweiligen Länder. – ¹⁾ 1997 hochgerechnet mit der kumulierten Veränderungsrate Jänner bis Oktober. – ²⁾ 1997 hochgerechnet mit der kumulierten Veränderungsrate Jänner bis November.

Österreich gemeldeten Exporte (+30,5%) wie die Importe (+23,9%) deutlich über den polnischen Vergleichswerten (Importe +17,5%, Exporte +10,9%). Eklatant sind auch die Abweichungen für die österreichischen Exporte nach Slowenien (die Importzahlen stimmen weitgehend überein): Zwischen dem von Österreich gemeldeten Exportwachstum (+30,8%) und dem von Slowenien registrierten Importwachstum (+8,9%) klafft eine Differenz von 22 Prozentpunkten. Ähnliches gilt für die Ausfuhr in die Slowakei (+24,6% bzw. +6,9%).

Das kräftige Wachstum der österreichischen Exporte erscheint demnach zwar realistisch; vermutlich aufgrund mangelnder Qualität der Statistiken der Vorjahre kann aber die Veränderung der Regional- wie auch der Warenstruktur verzerrt sein. Die statistischen Probleme der Außenhandelsstatistik dürften auf Niveaueffekte seit der Umstellung anlässlich des EU-Beitritts und auf die zum Teil schlechte Meldemoral der Unternehmen zurückzuführen sein (daraus ergibt sich immer wieder großer Revisionsbedarf).

Die Statistik der Wareneinfuhren weicht besonders für die Exporte mit +11,4% (vorläufig revidierter Wert) deutlich von der Außenhandelsstatistik ab. Dies könnte u. a. auf Verschiebungen der Zahlungsziele zurückzuführen sein, doch sprechen die oben genannten Indikatoren für eine Überschätzung der Zuwachsraten in der Außenhandelsstatistik.

Peter Egger
Statistik: Irene Langer, Gabriele Wellan

ERHOLUNG DER TOURISMUSWIRTSCHAFT

Nach den seit Anfang der neunziger Jahre verzeichneten Problemen im österreichischen Tourismus belebte sich die Nachfrage nach Österreich-Aufenthalten in der zweiten Jahreshälfte 1997. Damit entspannte sich die schwierige Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft spürbar, die Marktanteilsverluste im internationalen Reiseverkehr schwächten sich ab.

Erstmals seit 1992 stiegen damit die Tourismuseinnahmen im Jahresdurchschnitt wieder deutlich (+2¼%), sie erreichten rund 183 Mrd. S. Daß diese Umsatzzuwächse trotz eines beträchtlichen Rückgangs der Nächtigungszahlen (-3½%) realisiert wurden, signalisiert Strukturverbesserungen. Eine steigende Kurzreiseintensität, der allgemeine Trend zu einer nachfragestärkeren zweiten Sommerhälfte und die günstige Wettersituation in den Monaten August bis Oktober 1997 trugen gleichermaßen zur Erholung der Tourismusnachfrage bei. Zusätzlich wirkte sich die dynamische Nachfrage der Inländer nach Österreich-Aufenthalten positiv aus (1997 Ausgabewachstum +3¾%, 1996 -¾%).

Die Auslandsreisetätigkeit schwächte sich gegenüber 1996 weiter ab, sodaß das Wachstum der Ausgaben für Auslandsreisen (+5½%) jenes im Binnenreiseverkehr 1997 nur mehr wenig überstieg (1996 +7 Prozentpunkte). Der Überschuß in der Reiseverkehrsbilanz sank im Vorjahresvergleich um knapp 4 Mrd. S und betrug im Jahr 1997 18,8 Mrd. S.

Die österreichische Tourismuswirtschaft profitierte 1997 zudem erheblich von makroökonomischen Faktoren (internationaler Konjunkturaufschwung, Verbesserung der relativen preisbestimmten Wettbewerbsposition im Zuge der bevorstehenden Errichtung der Europäischen Währungsunion), die den Erholungsprozeß maßgeblich unterstützen.

UNTERNEHMER VORSICHTIG OPTIMISTISCH

Die Entspannung der Situation zeigt sich auch in verschiedenen Befragungen. So signalisiert eine Erhebung des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zu Beginn der Wintersaison 1997/98 eine deutliche Trendwende zu einer optimistischeren Grundhaltung der Unternehmer in der gehobenen Hotellerie (3-, 4- und 5-Stern-Betriebe):

Sowohl auf Basis der Umsätze als auch bezüglich der Nächtigungsentwicklung schätzten die Unternehmer die Sommersaison 1997 rückblickend günstiger ein als ein Jahr zuvor. Mit steigender Betriebsgröße und zunehmender Qualitätsstufe zeigt sich eine Tendenz zur Verbesserung der Umsatzposition.

Die Unternehmer investierten 1997 deutlich mehr in den Einsatz von Informationstechnologie als 1996, der Parti-

Entwicklung von Einnahmen und Nächtigungen

	Einnahmen ¹⁾						Nächtigungen ²⁾					
	Inländer	Ausländer Mill. S	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer In Mill.	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt
Winterhalbjahr												
1979/80	8.161	32.823	40.984	+ 3,0	+12,4	+10,4	11,523	28,274	39,798	+ 5,1	+ 6,8	+ 6,3
1984/85	9.769	47.290	57.060	+ 3,8	+ 8,3	+ 7,5	10,994	34,315	45,309	- 3,7	+ 3,9	+ 2,0
1989/90	11.705	66.048	77.753	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,4	10,917	37,931	48,847	- 4,0	- 2,9	- 3,2
1990/91	13.488	71.898	85.385	+15,2	+ 8,9	+ 9,8	11,603	39,786	51,389	+ 6,3	+ 4,9	+ 5,2
1991/92	14.562	76.279	90.841	+ 8,0	+ 6,1	+ 6,4	11,927	41,149	53,075	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,3
1992/93	14.687	78.350	93.036	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,4	11,824	42,227	54,051	- 0,9	+ 2,6	+ 1,8
1993/94	15.718	80.230	95.947	+ 7,0	+ 2,4	+ 3,1	11,987	40,911	52,898	+ 1,4	- 3,1	- 2,1
1994/95	15.499	76.374	91.873	- 1,4	- 4,8	- 4,2	12,056	39,351	51,407	+ 0,6	- 3,8	- 2,8
1995/96	15.340	75.576	90.916	- 1,0	- 1,0	- 1,0	11,725	38,777	50,502	- 2,7	- 1,5	- 1,8
1996/97	15.264	75.641	90.905	- 0,5	+ 0,1	± 0,0	11,193	37,613	48,807	- 4,5	- 3,0	- 3,4
Sommerhalbjahr												
1980	8.973	47.523	56.496	- 3,2	+ 8,5	+ 6,5	16,991	61,235	78,226	+ 2,0	+ 5,3	+ 4,6
1985	10.848	55.691	66.539	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	16,460	51,240	67,700	- 0,5	- 3,3	- 2,6
1990	14.024	78.633	92.657	+ 6,8	+ 9,9	+ 9,4	17,769	56,134	73,903	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,5
1991	15.875	81.131	97.006	+13,2	+ 3,2	+ 4,7	18,776	59,341	78,117	+ 5,7	+ 5,7	+ 5,7
1992	16.068	82.550	98.618	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	18,736	58,662	77,398	- 0,2	- 1,1	- 0,9
1993	16.278	80.422	96.700	+ 1,3	- 2,6	- 1,9	18,362	55,217	73,580	- 2,0	- 5,9	- 4,9
1994	15.720	72.219	87.939	- 3,4	-10,2	- 9,1	18,225	51,376	69,601	- 0,7	- 7,0	- 5,4
1995	15.995	70.507	86.501	+ 1,7	- 2,4	- 1,6	17,994	47,580	65,574	- 1,3	- 7,4	- 5,8
1996	16.147	70.639	86.787	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,3	17,017	44,863	61,880	- 5,4	- 5,7	- 5,6
1997	16.853	73.933	90.786	+ 4,4	+ 4,7	+ 4,6	17,154	42,891	60,045	+ 0,8	- 4,4	- 3,0

Q: ÖSTAT, OeNB, eigene Berechnungen. – 1) Einnahmen aus Inländertourismus und Gesamteinnahmen: einschließlich Einnahmen im Zuge von Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften. – 2) Inländernächtigungen und Nächtigungen insgesamt: ohne unentgeltliche Unterkünfte.

zipationsgrad an elektronischen Informations- und Reservierungssystemen hat sich verdoppelt. Insgesamt machten die Investitionen der Betriebe 1997 knapp 8 Mrd. S aus, 1998 werden sie hochgerechnet ein Volumen von fast 10 Mrd. S erreichen. Die Schwerpunkte der geplanten Investitionen liegen überwiegend in Qualitätsverbesserungen, der Pflege des äußeren Erscheinungsbildes des Betriebs, energiesparenden Maßnahmen sowie in der Schaffung von Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen.

STAGNATION DER WINTERUMSÄTZE

In der Wintersaison 1996/97 stagnierten die Umsätze (rund 91 Mrd. S), die Einnahmen gingen real um 2% zurück.

Die Aufwendungen der Österreicher im Zuge von Auslandsreisen stiegen im Winterhalbjahr 1996/97 mit nominell +3¼% zwar deutlich schwächer als im Vorjahr; die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen von Auslands- und Inlandsreisen (-½%) der Österreicher zeigen jedoch die anhaltende Verschiebung zu ausländischen Reisezielen und teilweise auch die Kaufkraftabflüsse.

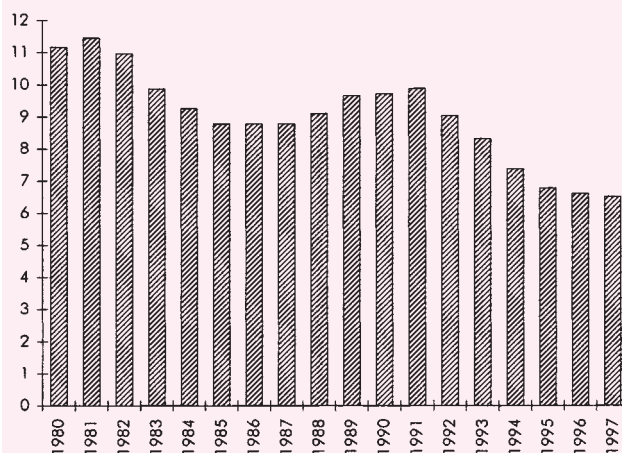
Im Winterhalbjahr 1996/97 blieb die Zahl der Übernachtungen um rund 3½% unter dem Vorjahreswert. Nominell wandten die Gäste pro Nächtigung um 3½% mehr auf als im Vorjahr (1995/96 +¾%). Die realen Einnahmen pro Nacht nahmen um 1½% zu, nachdem im Vorjahr ein leichter Rückgang (-1%) zu verzeichnen gewesen war.

Auf fast allen wichtigen Herkunftsmärkten erlitt die österreichische Tourismuswirtschaft Einbußen. Die Zunahme

der Nächtigungen von Gästen aus Polen (+33¼%), Rußland (+22%), Tschechien und der Slowakei (+18%), Rumänien (+5¼%), Italien (+2¾%) und Ungarn (+¾%) bildete eine Ausnahme. Auffallend ist die deutliche Abnahme der Aufenthaltsdauer von Inländern (-4¼%; Ausländer -½%) – einer Stagnation der Ankünfte stand hier ein Nächtigungsrückgang von 4½% gegenüber.

Die Nächtigungszahlen der Landeshauptstädte lagen leicht über dem Vorjahreswert (+1¼%). In Bregenz, Graz und Eisenstadt wurden kräftige Zuwächse erzielt, in Salzburg und Wien fielen die Steigerungsraten mäßig aus.

Österreichs Wettbewerbsposition im internationalen europäischen Tourismus
Reale Marktanteile in %



Q: IMF, eigene Berechnungen. Gemessen an den internationalen Zahlungsströmen, zu Preisen und Wechselkursen von 1985; 1997: Schätzung.

Entwicklung der Nächtigungen in Österreich nach der Herkunft

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	In 1.000					Anteile in %						
<i>Insgesamt</i>	130.416	127.040	122.360	117.115	112.936	109.066	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.659	30.216	30.144	30.123	28.719	28.504	23,51	23,78	24,64	25,72	25,43	25,43
Wien	9.199	8.891	8.667	8.528	7.942	7.644	7,05	7,00	7,08	7,28	7,03	7,03
Andere Bundesländer	21.460	21.325	21.477	21.595	20.777	20.860	16,46	16,79	17,55	18,44	18,40	18,40
<i>Ausländer insgesamt</i>	99.758	96.824	92.216	86.991	84.217	80.562	76,49	76,22	75,36	74,28	74,57	74,57
Belgien	3.010	2.852	2.705	2.615	2.564	2.370	2,31	2,24	2,21	2,23	2,27	2,27
Dänemark	928	851	820	803	792	781	0,71	0,67	0,67	0,69	0,70	0,70
Deutschland	64.715	64.979	61.992	58.430	56.304	52.822	49,62	51,15	50,66	49,89	49,85	49,85
Finnland	196	132	104	112	124	140	0,15	0,10	0,08	0,10	0,11	0,11
Frankreich	2.846	2.636	2.354	2.134	2.011	1.851	2,18	2,07	1,92	1,82	1,78	1,78
Griechenland	135	119	128	135	141	157	0,10	0,09	0,10	0,12	0,12	0,12
Großbritannien	4.068	3.680	3.190	2.716	2.370	2.478	3,12	2,90	2,61	2,32	2,10	2,10
Italien	3.609	2.783	2.638	2.211	2.274	2.378	2,77	2,19	2,16	1,89	2,01	2,01
Niederlanden	8.999	8.443	8.019	7.516	7.029	6.728	6,90	6,65	6,55	6,42	6,22	6,22
Norwegen	168	135	110	127	119	170	0,13	0,11	0,09	0,11	0,11	0,11
Schweden	1.356	1.047	810	710	620	613	1,04	0,82	0,66	0,61	0,55	0,55
Schweiz	3.121	2.926	2.875	2.903	2.972	2.783	2,39	2,30	2,35	2,48	2,63	2,63
Bulgarien	49	72	74	72	66	50	0,04	0,06	0,06	0,06	0,06	0,06
Polen	303	287	336	391	484	587	0,23	0,23	0,27	0,33	0,43	0,43
Rumänien	69	59	70	72	90	74	0,05	0,05	0,06	0,06	0,08	0,08
Tschechien, Slowakei	373	240	403	488	579	649	0,29	0,19	0,33	0,42	0,51	0,51
Ungarn	625	649	615	623	568	600	0,48	0,51	0,50	0,53	0,50	0,50
Australien, Neuseeland	194	167	175	180	178	204	0,15	0,13	0,14	0,15	0,16	0,16
Japan	453	441	478	498	539	558	0,35	0,35	0,39	0,43	0,48	0,48
Kanada	208	205	162	152	154	140	0,16	0,16	0,13	0,13	0,14	0,14
USA	1.526	1.371	1.393	1.328	1.412	1.411	1,17	1,08	1,14	1,13	1,25	1,25
Andere Länder	2.807	2.750	2.765	2.775	2.827	3.018	2,15	2,16	2,26	2,37	2,50	2,50

Q: ÖSTAT; Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Unter den Bundesländern verzeichnete nur Wien eine leichte Steigerung der Nächtigungszahlen, in Kärnten und der Steiermark entsprach das Ergebnis dem Vorjahreswert, während die Tourismuswirtschaft in den anderen Bundesländern Verluste erlitt.

ERHOLUNG IN DER SOMMERSAISON

Erstmals seit 1992 brachte die Sommersaison einen deutlichen Umsatzzuwachs: Die Tourismusumsätze überstiegen das Vergleichsniveau des Vorjahres um 4½% und erreichten 90,8 Mrd. S. Damit sind die Umsätze der Winter- und der Sommersaison etwa gleich hoch.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen erhöhten sich mit +6½% stärker als die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr (+4¾%); die Reiseverkehrsbilanz der Sommersaison ergab mit -1,2 Mrd. S ein leichtes Minus, nachdem sie 1996 noch ausgeglichen gewesen war. In der Wintersaison 1996/97 betrug der Überschuß 19,9 Mrd. S.

Die Ausgaben der Inländer für Österreich-Aufenthalte nahmen mit +4½% etwa im gleichen Ausmaß zu wie die Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr. Während der Einnahmewachstum im internationalen Reiseverkehr bei stark rückläufiger Nächtigungszahl (-4½%, Ankünfte -2½%) erwirtschaftet wurde, stieg die Zahl der Übernachtungen im Binnenreiseverkehr leicht (+¾%). Diese Tendenz war wie in der Wintersaison 1996/97 von einem kräftigen Rückgang der Aufenthaltsdauer

(-3¾%) bei zunehmender Gästezahl (+4¾%) begleitet. Die relativ kräftige Nachfragedynamik in den Unterküpfen der Kategorien A und B (Nächtigungen +4¼%, Ankünfte +6%) bestätigt die große Bedeutung des Inlandsmarktes für den Qualitätstourismus im Kurzurlaubssegment.

Die Nächtigungsbilanz nach Herkunftsmärkten zeigt eine relativ kräftige Steigerung der Nachfrage aus Rußland (+15¾%), Großbritannien (+11¼%), Spanien (+8%), Polen (+7¾%), Ungarn (+7¼%), Japan (+6½%), Tschechien und der Slowakei (+5½%) sowie Italien (+3¼%). Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus den USA und Schweden stagnierte. Wie in der Wintersaison sanken die Übernachtungen der Gäste aus Deutschland überdurchschnittlich (-6½%).

Im Städtetourismus verzeichneten Linz, Eisenstadt und Graz deutliche Zuwächse, in Bregenz und Innsbruck stagnierte die Übernachtungszahl. Insgesamt sanken die Nächtigungen im Städtetourismus um 1¼% – überdurchschnittlich in Wien, Salzburg und Klagenfurt. Mit Ausnahme der Steiermark erlitten alle Bundesländer Nächtigungseinbußen.

NOTWENDIGE MASSNAHMEN

Die Tourismusedwicklung des Jahres 1997 zeigt eine eindeutige Verbesserung. Die Strukturprobleme wurden jedoch insgesamt nicht gelöst, sondern nur deutlich vermindert. Die künftige Entwicklung wird entscheidend davon abhängen, ob die „Atempause“ für weitere Um-

strukturierungsmaßnahmen genutzt wird. Sie könnten darauf aufbauen, daß die strategische Neupositionierung entschieden weiter verfolgt wird¹⁾).

Egon Smeral
Statistik: Sabine Fragner

RÜCKLÄUFIGE EINKOMMEN DÄMPFEN KONSUMWACHSTUM

Die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Österreich wurde in den letzten zwei Jahren durch das Programm zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gedämpft. Erste Maßnahmen traten etwa zur Jahresmitte 1996 in Kraft, weitere Schritte folgten Anfang 1997.

In Zeiten gedämpfter Einkommensentwicklung reagieren die Konsumenten in Österreich üblicherweise mit einer Verringerung der Sparquote. Dies kann einerseits damit erklärt werden, daß sie solche Phasen als vorübergehend ansehen, andererseits mit dem Bestreben, vorrangig die Konsumziele zu befriedigen, und/oder einer verzögerten Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Effekte eines Vorsichts- oder Angstsparens waren in Österreich in der Vergangenheit in Summe nicht zu beobachten.

Die Ankündigung der fiskalischen Maßnahmen löste im 1. Halbjahr 1996 deutliche Vorziehkäufe an dauerhaften Konsumgütern aus – eine Reaktion, wie sie in der Vergangenheit mehrfach zu beobachten war. Meist werden solche Vorziehkäufe durch Kaufausfälle in ähnlicher Größenordnung innerhalb von einem Jahr ausgeglichen. Dieses Reaktionsmuster und die Dämpfung der Einkommensentwicklung durch weitere restriktive Maßnahmen ließen für den privaten Konsum im Jahr 1997 allenfalls geringe reale Zuwächse erwarten, auch wenn wahrscheinlich war, daß ein Teil der Einkommenslücke durch eine Verringerung der Sparquote kompensiert wurde.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurden mit 1. Jänner 1997 folgende Maßnahmen wirksam:

- Auf der Einnahmenseite wurde der allgemeine Absetzbetrag für ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen zwischen 200.000 S und 500.000 S „einschleifend“ abgeschafft. Die Sozialversicherungsbeiträge für die sonstigen Bezüge (13. und 14. Gehalt) mindern nicht mehr die Steuerbemessungsgrundlage des laufenden Bezugs, und die zweite Etappe der Tabaksteuererhöhung wurde wirksam.
- Auf der Ausgabenseite wurde die Anpassung des Pflegegeldes ausgesetzt und die Geburtenbeihilfe abge-

¹⁾ Die vom WIFO vorgeschlagenen Maßnahmen werden detailliert diskutiert in Smeral, E., „Sinkender Reiseverkehrsüberschuß“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(11).

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen ¹⁾	Konsumkredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S	
1994	+5,1	+5,0	+84,85	+18,21
1995 ³⁾	+4,4	+2,7	+89,46	+49,10
1996	+5,0	+0,9	+45,75	+32,17
1997	+2,7	+0,1	+44,09	+29,14
1997, IV. Quartal	+2,9	-0,5	+40,61	+10,50

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – ²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis. – ³⁾ Sparen und Konsumkredite enthalten seit dem IV. Quartal 1995 Institutionen ohne Erwerbscharakter.

schafft (für einkommenschwache Eltern ist nun aber eine Kleinkinderbeihilfe vorgesehen). Der Bundeszuschuß zur gewerblichen Sozialversicherung wurde gesenkt und die Pensionsanpassung für 1997 durch eine (geringe) Einmalzahlung ersetzt.

Diese Maßnahmen senkten nach Modellrechnungen die Einkommen der Österreicher 1997 real um rund 2%.

Die Österreicher gaben 1997 rund 1.413 Mrd. S für Konsumzwecke aus, um 2,7% mehr als ein Jahr zuvor. Nach Ausschaltung der Preissteigerungen (gemessen am impliziten Preisindex des privaten Konsums) ergibt sich eine reale Steigerung des privaten Konsums um 0,7%. Der Zuwachs liegt deutlich unter dem mittel- (Durchschnitt der letzten fünf Jahre +2,1%) bis langfristigen Durchschnitt (Durchschnitt 1976/1995 +2,4%) und ist auch im EU-Vergleich relativ niedrig¹⁾.

Nach den Vorziehkäufen 1996 unterschritten die Ausgaben der Österreicher das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr 1997 real um 0,5%. Im 2. Halbjahr zog die Nachfrage deutlich an (+1,8%), weil sie auch Konjunkturimpulse erhielt (saisonbereinigte Steigerung vom 1. auf das 2. Halbjahr). Noch ausgeprägter ist dieses Entwicklungsmuster für die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Jahresdurchschnitt 1997 -2,3%, 1. Halbjahr -6,7%, 2. Halbjahr +2,5%; Pkw: Jahresdurchschnitt -8,6%, 1. Halbjahr -15,7%, 2. Halbjahr +4,8%), die ja sowohl auf fiskalische Maßnahmen als auch auf Konjunkturschwankungen relativ stark reagiert. Die Ausgaben für die anderen Waren und Leistungen folgen mit einigen Ausnahmen (z. B. Urlaubsausgaben) eher einem relativ glatten Trend; sie waren sowohl in der ersten (+0,5%) als auch in der zweiten Jahreshälfte (+1,7%) höher als ein Jahr zuvor (Jahresdurchschnitt 1997 +1,2%). Die Ausgaben für Auslandsurlaube nahmen auch 1997 überdurchschnittlich zu.

¹⁾ Die Oxford Economic Forecasting Ltd schätzt in ihrer jüngsten Prognose vom Februar 1998 das reale Konsumwachstum in der EU für das Jahr 1997 auf durchschnittlich 2,6%.

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1976/ 1995	1996	1997	1997 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungsmittel und Getränke	+1,4	-1,4	+0,3	- 0,2
Tabakwaren	+0,1	-2,4	+6,8	+18,0
Kleidung	+0,4	±0,0	-0,4	+ 4,2
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+2,0	+3,2	+1,3	+ 1,5
Heizung und Beleuchtung	+2,6	+6,8	-4,0	- 1,6
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+4,2	+1,7	+1,5	+ 1,2
Verkehr	+2,7	+7,9	±0,0	+ 1,6
Privater Konsum insgesamt	+2,4	+2,4	+0,7	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+2,6	+8,0	-2,3	+ 0,8

Q: ÖSTAT, eigene Berechnungen; vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung.

Das mäßige Konsumwachstum wurde erst durch einen Rückgang der Sparquote ermöglicht. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) 1997 um 0,1% zu, also deutlich schwächer als die Konsumausgaben. Da sich die anderen Einkommensteile konjunkturbedingt günstiger entwickelten, ging die Sparquote 1997 insgesamt um 0,7 Prozentpunkte zurück – aus der Gegenüberstellung von Masseneinkommens- und Konsumententwicklung wäre eine noch größere Verringerung zu erwarten gewesen. Mit 7,9% (d. h. die Konsumenten sparten 1997 7,9% ihres persönlich verfügbaren Nettoeinkommens und verwendeten 92,1% für Konsumausgaben) erreichte die Sparquote den niedrigsten Wert seit 1976. Allerdings wird das Niveau durch einen unplausibel hohen Rückgang im Jahr 1992 unterschätzt²⁾.

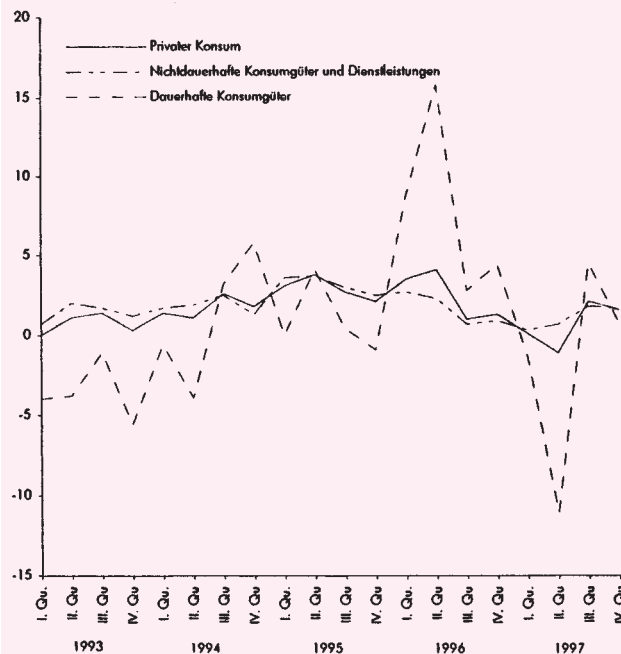
Die schwache Spartätigkeit der Österreicher prägte auch das Bankensparen. Der Zuwachs der Geldkapitalbildung sowie der Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten war 1997 geringer als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig war die Kreditnachfrage wegen der insgesamt gedämpften Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern 1997 mäßig. Das Volumen der Konsumkredite (Kredite an private Haushalte ohne Bausparkredite) erhöhte sich etwas weniger als 1996.

Die Verringerung der Sparneigung dürfte auch mit einer Besserung des Konsumklimas zusammenhängen. Nach den von der EU-Kommission geförderten Erhebungen von Fessel + GfK war der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Anschaffungen von Konsumgütern) 1997 um 7,2% höher als im Vorjahr. Optimistischer wurde im Zuge des Aufschwungs die Arbeitslosigkeit gesehen, pessimistischer hingegen die Preisentwicklung.

²⁾ Näheres zur Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) und ihren Konsequenzen für die Sparquotenentwicklung siehe Wüger, M., „Gedämpfter Optimismus für das Weihnachtsgeschäft. Vorübergehender Konsumrückgang im 1. Halbjahr 1997“, WIFO-Monatsberichte, 1997, 70(12).

Nachfrageentwicklung nach Güterarten des privaten Konsums

Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %, zu Preisen von 1983



UMSÄTZE STAGNIERTEN IM EINZELHANDEL, STEIGEN IM GROSSHANDEL

Obwohl die Konsumausgaben trotz der gedämpften Einkommensentwicklung 1997 leicht zunahm, stagnierten die Einzelhandelsumsätze real. Der Grund dieser Entwicklung lag hauptsächlich in der überdurchschnittlichen Ausweitung der Ausgaben der Österreicher im Ausland bei rückläufigem Ausländertourismus in Österreich. Nach den Vorziehkäufen des Vorjahres blieben die Umsätze des Einzelhandels im 1. Halbjahr (-2,1%) unter dem Niveau von 1996, im 2. Halbjahr (+2,0%) nahmen sie – auch konjunkturbedingt – zu. Saisonbereinigt verstärkte sich die Nachfrage.

Nachdem der Großhandel in den letzten zwei Jahren Umsatzeinbußen erlitten hatte, profitierte er 1997 vom

Umsätze im Groß- und Einzelhandel

Real

	Ø 1973/ 1995	1996	1997	1997 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Großhandel	+3,3	-1,2	+3,3	+3,2
Agrarzerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+2,3	+2,9	+0,8	-1,1
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+1,2	-7,3	+1,4	+2,8
Fertigwaren	+4,8	-1,9	+5,4	+5,5
Einzelhandel	+1,9	+2,1	+0,0	+2,1
Dauerhafte Konsumgüter	+3,1	+5,5	+0,5	+2,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+1,5	+0,4	-0,2	+1,9

Q: Indizes des ÖSTAT, Ø 1973 = 100.

Umsätze und Wareneingänge im Groß- und Einzelhandel

Nominell

	Ø 1973/ 1995	1996	1997	1997 IV. Quartal
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Großhandel				
Umsätze	+5,5	-1,8	+2,7	+3,3
Agrarerzeugnisse, Lebens- und Genußmittel	+4,0	-1,5	+0,1	+0,4
Rohstoffe und Halberzeugnisse	+4,4	-4,3	+3,6	+4,5
Fertigwaren	+6,8	-1,8	+3,5	+3,9
Wareneingänge	+5,4	-1,9	+1,8	+1,0
Einzelhandel				
Umsätze	+5,1	+2,1	-0,1	+2,0
Dauerhafte Konsumgüter	+5,9	+4,6	-1,5	+0,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+4,8	+1,0	+0,5	+2,7
Wareneingänge	+4,9	+3,0	+0,6	+1,8

Q: Indizes des ÖSTAT, Ø 1973 = 100; Nettowerte (ohne Mehrwertsteuer).

lebhaften Außenhandel und der günstigen Entwicklung der Industrieproduktion. Außerdem reagieren seine Umsätze stärker als die des Einzelhandels auf Konjunkturschwankungen.

Sie übertrafen das reale Vorjahresniveau 1997 um 3,3%. Besonders stark nahm die Nachfrage nach Fertigwaren zu (+5,4%).

Die Lager des Großhandels wurden 1997 tendenziell abgebaut, die des Einzelhandels aufgestockt. Die Wareneingänge wuchsen im Großhandel (nominell +1,8%) schwächer als die Umsätze (nominell +2,7%); im Einzelhandel stagnierten die Umsätze (-0,1%), während die Wareneingänge (+0,6%) etwas höher waren als 1996.

Die Preise stiegen 1997 im Handel gemessen an den impliziten Deflatoren im Durchschnitt nicht (Einzelhandel -0,1%, Großhandel -0,6%). Neben Rationalisierungsmaßnahmen angesichts des verschärften Wettbewerbs ist diese Entwicklung auch auf die insgesamt mäßige Nachfrageentwicklung zurückzuführen.

Die durch den EU-Beitritt bedingte Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen ließ in den letzten Jahren die Produktivität im Handel steigen und dämpfte die Beschäftigungsentwicklung. Im Großhandel setzte sich der Produktivitätsanstieg 1997 fort, und die Beschäftigung ging zurück; im Einzelhandel kam der Produktivitätsanstieg zum Stillstand und die Beschäftigung nahm zu. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Statistik die Zahl der Beschäftigten erfaßt; die Ausweitung der Beschäftigung betraf im Einzelhandel nach Umfragen hauptsächlich Teilzeitstellen und dürfte auch mit der Liberalisierung der Öffnungszeiten zusammenhängen.

Von der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten waren 1997 keine deutlichen Auswirkungen zu erwarten, weil die Umsatzentwicklung wesentlich stärker vom Einkommensverlauf (der 1997 fiskalisch gedämpft wurde) als von Änderungen der Öffnungszeiten beeinflußt wird. In Anspruch genommen wird die Liberalisierung insbeson-

dere von Großbetrieben des Einzelhandels, die die Öffnungszeiten als zusätzliches Instrument im Kampf um Marktanteile einsetzen. Der lange Einkaufssamstag wird stärker genutzt als die Abendöffnungszeiten. Auf der Konsumentenseite machen vor allem Jüngere, Berufstätige, Einkommensstärkere sowie Bewohner größerer Städte von den längeren Öffnungszeiten Gebrauch.

Michael Wüger

Statistik: Martina Einsiedl

VERLANGSAMUNG DER INFLATION

Im Jahr 1996 ließ der Preisaufrtrieb in fast allen Industrieländern nach, im Durchschnitt der OECD-Länder (ohne Türkei) ging die Inflationsrate auf 2,8% zurück. Auch in Österreich schwächte sich der Lohn- und Preisaufrtrieb ab. Zum ersten Mal seit mehreren Jahren fiel die Rate der Geldentwertung in Österreich niedriger aus als in Westdeutschland.

LEICHTER ANSTIEG DER ROHSTOFFPREISE

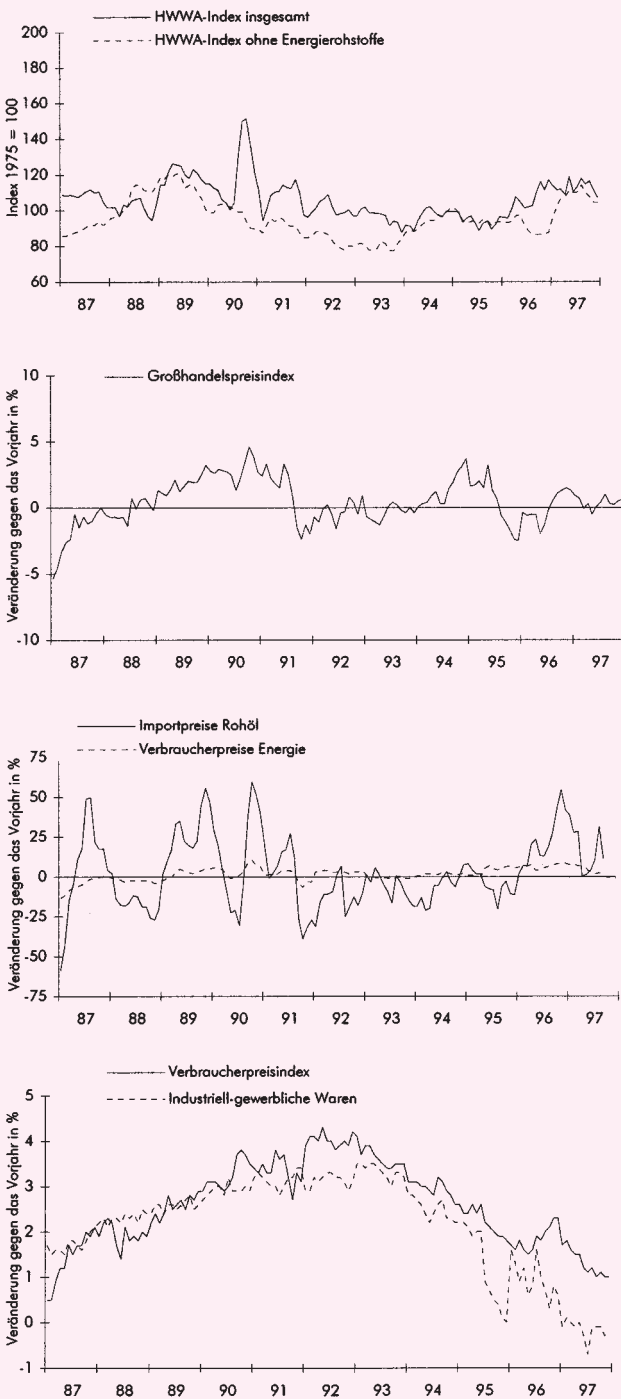
Rohstoffe wurden laut HWWA-Index auf Dollarbasis um fast 2% billiger. Der Gesamtindex verdeckt allerdings eine gesplante Entwicklung: Während sich nichtenergetische Rohstoffe um 0,6% verteuerten, unterschritten die Preise von Energierohstoffen das Vorjahresniveau um 3,4%. Die Kostenbelastung der heimischen Verarbeiter fiel jedoch wesentlich höher aus, da der Dollar um mehr als 15% aufwertete. Energierohstoffe verteuerten sich auf Schillingbasis um 11%, nichtenergetische Rohstoffe um 16,1%.

Auf der Ebene des Großhandels hielt dennoch die Preisstabilität, die seit 1991 vorherrscht, an. Dazu trug freilich auch die günstige Entwicklung der Lohnstückkosten bei. Der Großhandelspreisindex erhöhte sich 1997

Entwicklung der Preise

	Ø 1987/1997	1996	1997
	Jährliche Ver- änderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Weltmarktpreise insgesamt			
Dollarbasis	+ 0,7	+ 6,5	- 1,8
Schillingbasis	+ 0,4	+11,9	+13,0
Ohne Energierohstoffe	+ 1,8	- 4,1	+16,1
Nahrungs- und Genußmittel	+ 4,8	+ 2,2	+22,2
Industrierohstoffe	+ 0,5	- 6,9	+13,7
Agrarische Industrierohstoffe	± 0,0	- 7,9	+11,3
NE-Metalle	+ 0,2	-11,5	+17,8
Energierohstoffe	- 0,5	+21,3	+11,0
Preisindex des Bruttoinlandsproduktes			
Importpreise, Waren	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,5
Exportpreise, Waren	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,3
Preisindex des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens			
Anlageinvestitionen	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,6
Bauten	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,7
Ausrüstungen	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,3
Privater Konsum	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,3
Privater Konsum	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,0

Überblick über die Preisentwicklung



um nur 0,4%. Die etwas stärkere Verteuerung der Konsumgüter (+0,6%) wurde dabei durch geringe Preissteigerungen der Investitionsgüter und Intermediärgüter wettgemacht.

TEUERUNGSRATE SINKT UNTER DIE MARKE VON 1%

Im Jänner 1997 trat ein neuer Verbraucherpreisindex in Kraft, der VPI 96. Anders als frühere Indexrevisionen brachte der Übergang vom VPI 86 auf den VPI 96 nur

Vergleich der Gewichte der Verbrauchsgruppen

	VPI 96	VPI 86
Ernährung und Getränke	21,7018	23,268
Tabakwaren	1,7244	2,512
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	16,5008	13,056
Beleuchtung und Beheizung	5,0352	5,405
Hausrat und Wohnungseinrichtung	8,2888	7,582
Bekleidung und persönliche Ausstattung	8,6713	10,694
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	1,4589	1,402
Körper- und Gesundheitspflege	6,3439	6,006
Freizeit und Bildung	13,3755	14,302
Verkehr	16,8994	15,773

geringe Verschiebungen der Gewichte (d. h. der Anteile an den Konsumausgaben) für die einzelnen Verbrauchsgruppen. Dies entspricht dem schwachen Wachstum der realen Konsumausgaben zwischen 1984 und 1994, den Jahren der Konsumerhebung: Die realen Verbrauchsausgaben der Haushalte erhöhten sich in diesem Zeitabschnitt um nur rund 20%.

Die Ausgabenanteile der Gruppen Ernährung und Tabakwaren gingen, dem langfristigen Trend folgend, zurück; auch jene Gruppen, die überwiegend Industrieprodukte enthalten, verloren an Gewicht. Eine Ausnahme ist hier die Erhöhung der Gewichte für eigene Verkehrsmittel (vor allem Pkw), die das Gewicht der Gruppe Verkehr anhebt. Die größte Veränderung betrifft allerdings die Gruppe Wohnung (Errichtung, Miete und Instandhaltung von Wohnungen), deren Preise in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen sind. Die Anhebung der Gewichte dieser Gruppe könnte vermuten lassen, daß der neue Index der Tendenz nach eine höhere Inflationsrate ausweisen wird. Eine Aufgliederung nach Warenart bietet allerdings ein differenzierteres Bild, das nur geringe Auswirkungen erwarten läßt¹⁾. Insgesamt dürfte daher die Einführung des neuen Verbraucherpreisindex nur eine geringfügige Veränderung in der Messung der Inflation mit sich bringen.

Im I. Quartal 1997 setzte sich die Preisberuhigung, die im Herbst 1996 unterbrochen worden war, fort. Der Rückgang des Preisauftriebs von 2,3% im Dezember 1996 auf 1,7% ist neben dem erwähnten statistischen Effekt auf einen Basiseffekt im Vorjahresvergleich zurückzuführen: Der starke Anstieg des Index von Dezember 1995 auf Jänner 1996 (kräftige Verteuerung der Nahrungsmittel und der Dienstleistungen zu Jahresanfang) fiel im Jänner 1997 aus dem Vorjahresvergleich heraus; da sich der Indexstand von Dezember auf Jänner kaum veränderte, verringerte sich der Vorjahresabstand merklich. Mit dem Wegfall des Effekts der Energie-

¹⁾ Zwar wurde das Gewicht des Wohnungsaufwands (Miete einschließlich Betriebskosten), also jener Position mit der höchsten Steigerungsrate, von 5,250 auf 7,7145 angehoben; gleichzeitig wurde auch das Gewicht von Baumaterialien, deren Preise in letzter Zeit nahezu unverändert waren, um 1,5 Prozentpunkte erhöht; das Gewicht von lohnintensiven Arbeiten und Reparaturleistungen wurde um fast 1 Prozentpunkt verringert.

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1987/1997 Jährliche Ver- änderung in %	1996 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1997
Index der Verbraucherpreise	+2,7	+1,9	+1,3
Saisonwaren	+1,5	-1,2	+3,4
Nichtseasonwaren	+2,7	+1,9	+1,3
<i>Verbrauchsgruppen</i>			
Ernährung und Getränke	+2,0	+0,8	+1,7
Tabakwaren	+2,5	+3,4	+3,3
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,3	+4,2	+2,2
Beleuchtung und Beheizung	+1,3	+5,3	+3,3
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+2,2	+0,5	+0,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+2,5	-0,8	+0,3
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,2	+0,9	-0,5
Körper- und Gesundheitspflege	+3,8	+1,7	+0,1
Freizeit und Bildung	+2,7	+1,0	+0,8
Verkehr	+2,8	+3,2	+1,0
<i>Gliederung nach Warenart</i>			
Nahrungsmittel	+1,5	+0,1	+1,6
Tabakwaren	+2,5	+3,4	+3,3
Industrielle und gewerbliche Waren	+2,1	-0,1	-0,1
Dienstleistungen	+3,6	+2,5	+1,8
Energie	+2,0	+6,4	+3,0
Mieten	+4,9	+6,1	+4,0
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,4	+2,2	+0,6

steueränderung im Juni fiel die Inflationsrate schließlich von 1,5% auf 1,2%. Ein vorläufiger Tiefpunkt wurde im Juli 1997 erreicht, als der Verbraucherpreisindex eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von nur 1,1% auswies. Im August hoben Benzinverteuerungen den Index wieder an, die Inflationsrate betrug 1,2%. Die Inflationsabschwächung setzte sich mit einer Rate von 1,0% im IV. Quartal fort. Ohne Saisonwaren (Kartoffeln, Obst und Gemüse) erreichte der Preisauftrieb in den letzten drei Monaten des Jahres 1997 einen Wert von nur 0,9%. Mit diesen Inflationsraten trat Österreich wieder in den Kreis jener Länder ein, die innerhalb der Europäischen Union die niedrigsten Inflationsraten aufweisen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Teuerungsrate 1,3%.

Nahrungsmittel verteuern sich seit Mitte 1996. Im II. Quartal lag die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr mit +1,2% bereits nahe der durchschnittlichen Inflationsrate. Im III. Quartal beschleunigte sich der Preisauftrieb auf 2,0% und weiter auf 2,5% im IV. Quartal. Im Jahresdurchschnitt erreichte die Inflationsrate 1,6%. Dagegen hielt in der Gruppe der *industriellen und gewerblichen Waren* der mittelfristige Stabilitätstrend an, wie im Vorjahr waren die Preise leicht rückläufig. Niedrige Lohnzuwachsrate sowie die Auswirkungen der Integration Österreichs in die EU dämpften 1997 die Teuerung der *Dienstleistungen*: Im Jahresdurchschnitt betrug die Inflationsrate nur mehr 1,8%.

Der Index für den *Wohnungsaufwand* (Mieten einschließlich Betriebskosten) wies in den letzten Jahren die höchsten Steigerungsraten auf. Der Höhepunkt wurde im IV. Quartal 1995 mit 8,1% erreicht. Seitdem flaut der Preisauftrieb ab; dies dürfte einerseits dem reichlichen Angebot an Neuwohnungen, andererseits – soweit die

Mieten an den Verbraucherpreis gebunden sind – der Dämpfung der Inflation zuzuschreiben sein. Der bisherige Tiefpunkt wurde im III. und IV. Quartal 1997 mit einer Rate von 3,5% erreicht. Die Preisentwicklung von *Dienstleistungen und Sachgütern im Bereich der Wohnung* verstärkte den Abwärtstrend in der Gruppe *Errichtung, Miete und Instandhaltung von Wohnungen*. Die Teuerungsrate ging von gut 4% im IV. Quartal 1995 auf 2,0% im IV. Quartal 1996 zurück. Dieser Trend hielt auch 1997 an (Jahresdurchschnitt 0,6%). Insbesondere Baumaterialien, die weiterhin im Verbraucherpreisindex enthalten sind, dämpften den Preisauftrieb. Auch die kommunalen Abgaben (einschließlich Rauchfangkehrergebühren) blieben im Jahr 1997 stabil.

GEDÄMPFTES LOHNWACHSTUM

Die Konjunkturabschwächung seit Mitte 1995 schlug sich in der Herbstlohnrunde 1996 deutlich nieder. Die Lohnverhandlungen standen im Gefolge der Produktionsauslagerungen von Sempert unter dem Eindruck der Globalisierungs- und Standortdebatte und brachten um 1 bis 1½ Prozentpunkte niedrigere Abschlüsse als im Jahr zuvor.

Der Abschluß für Metallarbeiter und Industrieangestellte sah eine Anhebung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,6% und der Ist-Verdienste um 2,0% vor mit Differenzierungen (d. h. niedrigeren Abschlüssen) für die Angestellten einiger Branchen. Im Metallgewerbe wurden Löhne und Arbeitszeitregelung gemeinsam verhandelt: Nach langwierigen, von Abbruch und Demonstrationen begleiteten Diskussionen wurde für die Mindesttariflöhne die gleiche Erhöhung und für die Ist-Löhne mit +1,8% eine niedrigere Rate vereinbart als für die Beschäftigten der Metallindustrie. Die Arbeitszeitregelung im Metallgewerbe sieht nun bei Aufrechterhaltung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 38½ Stunden die Möglichkeit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden (tägliche Arbeitszeit bis zu 9 Stunden) bei einem Durchrechnungszeitraum von einem Jahr vor. Bis zu 40 Wochenstunden fällt kein Überstundenzuschlag an; die 41. bis 45. Wochenstunde muß mit einem Zuschlag in Form eines Zeitausgleichs von 25% (15 Minuten je Stunde) abgegolten werden. Im öffentlichen Dienst wurde – wie schon im Vorjahr vereinbart – ein einmaliger Fixbetrag von 3.600 S ausbezahlt; in ähnlicher Form erhielten die Eisenbahner 1.750 S und ab Juli 1997 monatlich 250 S. Im Handel wurden mit Jahresbeginn die Kollektivvertragsgehälter um durchschnittlich 1,95% und die Mindestlöhne der Arbeiter im Güterbeförderungs-gewerbe um 2,8% angehoben, in der Papierindustrie die Kollektivvertragslöhne um 2,2% und die Ist-Löhne um 1,8%.

Die wichtigsten Abschlüsse in der Frühjahrslohnrunde 1997 sahen für das Gastgewerbe Kollektivvertragserhöhungen um 2,1% (mindestens aber 350 S), für die Textil-

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1996	1997	1996	1997	1996	1997
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+3,1	+2,4	+2,0 ¹⁾	+1,4 ¹⁾	+2,4	+1,8
Ohne öffentlichen Dienst	+3,1	+2,4	+2,9 ¹⁾	+2,2 ¹⁾	+3,0	+2,3
Gewerbe	+3,0	+2,4	+3,3	+2,2	+3,1	+2,3
Baugewerbe	+2,9	+2,7	+2,6	+2,2	+2,8	+2,5
Industrie	+3,3	+2,4	+3,4	+3,4	+3,3	+2,8
Handel	+3,1	+2,0	+2,8	+1,9	+2,9	+2,0
Verkehr	+1,6	+2,5	+2,8 ¹⁾	+0,8 ¹⁾	+2,5	+1,1
Fremdenverkehr	+3,0	+2,3	+2,2	+1,6	+2,8	+2,2
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+2,4	+1,5	+2,4	+1,5
Freie Berufe	.	.	+2,1	+1,8	+2,1	+1,8
Land- und Forstwirtschaft	+2,4	+1,9	+2,0	+1,9	+2,3	+1,9
Öffentlicher Dienst	.	.	+0,3 ²⁾	±0,0 ²⁾	+0,3	±0,0

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Bedienstete.

industrie um 2,3% und für die Versicherungswirtschaft um 2,45% vor. Für die Bauwirtschaft war schon in der Lohnrunde ein Jahr zuvor eine Erhöhung ab 1. Mai 1997 um 2,8% vereinbart worden. In der Branche „Steine und Keramik“ einigten sich die Tarifpartner auf eine Lohnanhebung um 2,3% ab Mai 1997 und um 2,1% ab Mai 1998. Nach harten Verhandlungen wurde in der Bekleidungsindustrie eine Einigung erzielt, die ab August eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 2,1% und der Ist-Löhne um 1,8% vorsah.

Die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 1997 in der Gesamtwirtschaft um 1,8%. Damit hat sich ihr Wachstum (nach –1 Prozentpunkt im Vorjahr) weiter um gut ½ Prozentpunkt verringert. Nach einer merklichen Differenzierung Anfang der neunziger Jahre entwickeln sich in den letzten Jahren die Tariflöhne nach der sozialen Stellung in der Privatwirtschaft relativ einheitlich: Die Mindestlöhne der Arbeiter stiegen 1997 um 2,4% und die Mindestgehälter der Angestellten um 2,3%. Beträchtlich differiert aber die Entwicklung nach Sektoren: Im öffentlichen Sektor bleibt die Entwicklung seit Anfang der neunziger Jahre hinter der Privatwirtschaft zurück; sowohl 1996 als auch 1997 erhielten die Bediensteten nur Einmalzahlungen, die nicht in den Index eingerechnet werden. Der Tariflohnindex verzeichnet daher für den öffentlichen Sektor 1997 keine Zunahme, nach nur +0,3% im Vorjahr. Am stärksten stiegen die Mindestlöhne wieder in der Sachgüterproduktion (Industrie +2,8%, Gewerbe +2,3% und Baugewerbe +2,5%). Der Tourismussektor hob die Tariflöhne um 2,2% an, der Handel um 2,0%. Deutlich schwächer entwickelten sich die Mindestlöhne für die Beschäftigten der freien Berufe (+1,8%), in der Geld- und Kreditwirtschaft (+1,5%) und im Verkehr (+1,1%). Im Durchschnitt der Privatwirtschaft erhöhten sich die Tariflöhne um 2,3% nach +3,0% im Vorjahr.

Die Belebung der Konjunktur im Jahr 1997 schlug sich in der Entwicklung der Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft noch nicht nieder. Die Leistungseinkommen je unselbständig Beschäftigten entwickelten sich mit +1,6% sogar etwas schwächer als 1996 (+1,7%, 1995 +3¼%).

Effektivverdienste

	Ø 1985/1995 Jährliche Veränderung in %	1996 ¹⁾ In S	1997 ²⁾
			Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Industrie</i>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	+5,0	33.301	+2,3
Bruttostundenverdienst je Arbeiter	+4,9	159	+2,1
<i>Bauwirtschaft</i>			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	+4,8	31.054	+2,5
Bruttostundenverdienst je Arbeiter	+5,0	165	+1,1

¹⁾ Ab 1996 Konjunkturstatistik des ÖSTAT. – ²⁾ Durchschnitt Jänner bis November.

Hatte sich aber 1996 noch eine negative Lohndrift von rund ¾ Prozentpunkten ergeben, so blieben die Effektivverdienste 1997 kaum mehr hinter der Steigerungsrate der Tariflöhne zurück (–0,2 Prozentpunkte). Unter Berücksichtigung des Preisauftriebs und der erhöhten Abgabenbelastung durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sanken die Lohneinkommen netto real nach –2,2% im Vorjahr nochmals um 2,4%.

Die Konjunkturbelebung zeichnete sich in einer merklichen Zunahme der Arbeitszeit in der Sachgüterproduktion ab: So entwickelten sich nach den Daten der Verdiensterhebung (aus der mit der EU harmonisierten Konjunkturstatistik) die Bruttomonatsverdienste in der Industrie (+2,3%) und in der Bauwirtschaft (+2,5%) im Durchschnitt der Monate Jänner bis November 1997 merklich günstiger als die Stundenverdienste (Industrie +2,1%, Bauwirtschaft +1,1%).

NETTOMASSENEINKOMMEN 1997 REAL WEITER GESUNKEN

Obwohl sich 1997 das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer weiter leicht abschwächte, beschleunigte sich durch die Zunahme der Beschäftigung (+0,4%) das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme von 1,3% im Jahr 1996 auf 2,0%. Diese Belebung blieb aber auf die private Lohn- und Gehaltssumme (+2,2%) beschränkt. Die Zunahme des Personalaufwands der öffentlichen Hand (+1,3%) wurde durch die Maßnahmen im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte weiter gedämpft. Davon waren auch die Transferzahlungen an die privaten Haushalte betroffen: Nach +5½% p. a. im vergangenen Jahrzehnt sank ihre Wachstumsrate im Vorjahr auf 2,8% und 1997 auf 1%. Da sich aber durch die einnahmenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen die Abzüge dynamischer entwickelten als in der Vergangenheit (1996 +5,0%, 1997 +6,9%), stagnierten die nominellen Nettomasseneinkommen 1997 (1996 +0,9%). Bei einer Teuerungsrate von 2,5% im Jahr 1996 und 2,0% im Berichtsjahr (gemessen am Deflator des privaten Konsums) schrumpfte damit die reale Kaufkraft der Lohn- und Transferleistungsbezieher nach diesen vorläufigen Daten um 1,6% 1996 und 1,8% 1997.

Löhne und Einkommen

	Ø 1987/1997 Jährliche Ver- änderung in %	1996 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1997
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten			
Brutto nominell	+3,9	+1,7	+1,6
Brutto real ¹⁾	+1,1	-0,8	-0,4
Netto nominell	+3,2	+0,3	-0,4
Netto real ¹⁾	+0,5	-2,2	-2,4
Lohn- und Gehaltssumme insgesamt	+4,7	+1,3	+2,0
Privat	+4,7	+1,3	+2,2
Öffentlich	+4,8	+1,4	+1,3
Transfereinkommen, brutto	+5,4	+2,8	+1,0
Abzüge insgesamt	+6,5	+5,0	+6,9
Masseneinkommen, netto	+4,5	+0,9	+0,1
Real ¹⁾	+1,7	-1,6	-1,8

¹⁾ Deflationiert mit dem Preisindex des privaten Konsums.

HERBSTLOHNRUNDE 1997

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Herbstlohnrunde 1997 waren durch die Dämpfung der Inflation um rund 1 Prozentpunkt gegenüber dem Herbst 1996 und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote geprägt. Trotz der spürbaren Konjunkturbelebung hielten daher die Lohnabschlüsse die Größenordnung des Vorjahres.

Während die Herbstlohnrunde traditionell mit dem Abschluß der Metallindustrie beginnt, kam diesmal bereits im September ein Abschluß für den öffentlichen Dienst zustande: Nach einer Pause von zwei Jahren wurden die Gehälter mit 1. Jänner 1998 brutto um 466 S erhöht; das entspricht im Durchschnitt einer Gehaltserhöhung um 1,7%. Da aber in den Jahren 1996 und 1997 einmalige Fixbeträge von 2.700 S bzw. 3.600 S ausbezahlt wurden, beträgt die Gehaltssteigerung gegenüber dem Vorjahr 0,7%.

Nachdem im Metallgewerbe schon im Frühjahr 1997 eine Einigung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit erzielt worden war, wurde zu Beginn der Herbstlohnrunde der Metallarbeiter die gleiche Vereinbarung auch für die Industrie getroffen (siehe oben). In den folgenden Lohnverhandlungen, die – wie schon seit einigen Jahren – gemeinsam für Metallarbeiter und Angestellte einiger Industriebranchen geführt wurden, beschlossen die Tarifpartner, die Mindestlöhne und -gehälter mit November 1997 um 2,7% und die Ist-Verdienste um 2,1% anzuheben. Zudem wurde eine „Verteilungsoption“ vereinbart, um der Forderung der Arbeitgeber nach größerer Lohnflexibilität entgegenzukommen: Die Ist-Löhne mußten generell um nur 1,9% erhöht werden, wenn sich Betriebsleitung und Betriebsrat bis zum 20. Dezember 1997 über eine innerbetriebliche Verteilung von zusätzlich 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme einigten, die vorrangig (junge) Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen und guter Leistung berücksichtigen sollte. Damit besteht auf Basis einer Betriebsvereinbarung die Möglichkeit zu einer stärkeren individuellen Förderung bei einem höheren Ge-

Lohnrunde 1997

Arbeiter	Kollektivvertragsabschluß		
	Zeitpunkt	Mindestlöhne ¹⁾	Ist-Löhne Erhöhung in %
Metallgewerbe	Jänner	+2,6	+1,8
Erdölverarbeitung	Februar	+2,3	+2,0
Druck und Graphik	März	+2,2	
Textilindustrie	April	+2,3	
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,3	+1,9
Bauwirtschaft	Mai	+2,8	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+1,2 ²⁾	
Holzverarbeitung	Mai	+2,4	+1,9
Chemische Industrie	Mai	+2,4	+2,0
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,3	
Glasindustrie	Juni	+1,6 ³⁾	
Bekleidungsindustrie	August	+2,1	
Metallindustrie	November	+2,7	+2,1 ⁴⁾
Angestellte			
Handel	Jänner	+1,9	
Banken	Februar	+0,3	
Holzverarbeitung	April	+2,2	
Versicherungen	April	+2,5	
Textilindustrie	April	+2,1	+1,0 ⁵⁾
Papierindustrie	Mai	+1,6 ⁶⁾	
	November	+2,4	+1,9 ⁴⁾
Glasindustrie	Mai	+1,0 ⁶⁾	
	November	+1,9	+1,7 ⁴⁾
Chemische Industrie	Mai	+1,5 ⁶⁾	
	November	+2,7	+1,9 ⁴⁾
Metallindustrie	Mai	+1,9 ⁶⁾	
	November	+2,6	+2,1 ⁴⁾
Stein- und keramische Industrie	Mai	+1,4 ⁶⁾	
	November	+2,3	+1,6 ⁴⁾

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ August +0,3%. – ³⁾ Jänner +0,3%. – ⁴⁾ Mit einer Verteilungsoption, die eine höhere Ist-Lohnanhebung bewirken kann. – ⁵⁾ Mindestens +200 S. – ⁶⁾ Erhöhung aufgrund einer Schemareform.

samtlohnabschluß. Wurde keine Einigung über die „Verteilungsoption“ erzielt, so waren die Ist-Verdienste um 2,1% anzuheben. Diese Regelungen gelten für die Arbeitnehmer im Metallbereich generell und für die Industrieangestellten der anderen Branchen mit Differenzierungen (Kollektivvertragslöhne zwischen +1,8% und +2,7%, Ist-Löhne zwischen +1,6% und +2,1%).

Zum Jahresbeginn treten traditionell eine Reihe von Kollektivvertragsvereinbarungen in Kraft: Im Metallgewerbe wurden die Mindestlöhne um 2,7%, die Mindestgehälter um 2,0% und die Ist-Verdienste für beide Gruppen um 1,9% angehoben. Im Handel stiegen die Kollektivvertragsgehälter unter Begünstigung der niedrigen Einkommen um 1,6% bis 1,8%. Der Abschluß der Eisenbahner sah eine Gehaltserhöhung mit 1. Jänner 1998 um 1,7%, mit 1. Juli 1998 um 0,4% und mit 1. Dezember 1998 eine Einmalzahlung von 700 S vor. In der Papierindustrie wurden für die Arbeiter die Kollektivvertragslöhne um 2,5% und die Ist-Löhne um 2,0% angehoben; der Abschluß der Angestellten trat schon im November in Kraft und sah eine Erhöhung der Mindestgehälter um 2,45% und für die Ist-Gehälter ein flexibles Modell zwischen +1,7% und +2,3% vor („Verteilungsoption“).

Für die Beschäftigten der Erdölindustrie gilt seit 1. Februar 1997 ein neuer Kollektivvertrag, der den Regelungen in der Metallindustrie entspricht; mit 1. März wurden in der papier- und pappeerzeugenden Industrie die Kol-

lektivvertragslöhne um 2,4% und die Ist-Löhne um 1,7% erhöht. Schließlich ist seit 1. April im graphischen Gewerbe ein Lohn- und Gehaltsabschluß in Kraft, der heuer eine Anhebung der Mindestlöhne um 2,2% und ab 1. April 1999 um 2,3% vorsieht.

Laut Tariflohnindex ergibt sich für die ersten zwei Monate 1998 eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Tariflöhne um 2,4%, für die Privatwirtschaft um 2,4% und für den öffentlichen Dienst um 2,2%.

Alois Guger, Wolfgang Pollan
Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

TROTZ BELEBUNG DER ARBEITSKRÄFTE-NACHFRAGE WEITERER ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Nach dem Beschäftigungsrückgang in den zwei Jahren zuvor belebte sich die Arbeitskräftenachfrage 1997 leicht. Die Zahl aller Erwerbstätigen über der Geringfügigkeitsgrenze stieg um 8.800 (+0,3%, 1996 -23.800, -0,7%, 1995 -12.300, -0,4%). Das Angebot an Arbeitskräften reagierte 1997 allerdings stärker als die Nachfrage, die Arbeitslosigkeit nahm deshalb zu.

1995 war der Rückgang der Erwerbstätigenzahl primär auf die Entwicklung der Selbständigen und Mithelfenden in der Land- und Forstwirtschaft (-9.300) zurückzuführen gewesen, 1996 auf den Einbruch der Nachfrage nach unselbständig Beschäftigten (-20.900). 1997 zeichnete sich in beiden Gruppen eine Trendwende ab:

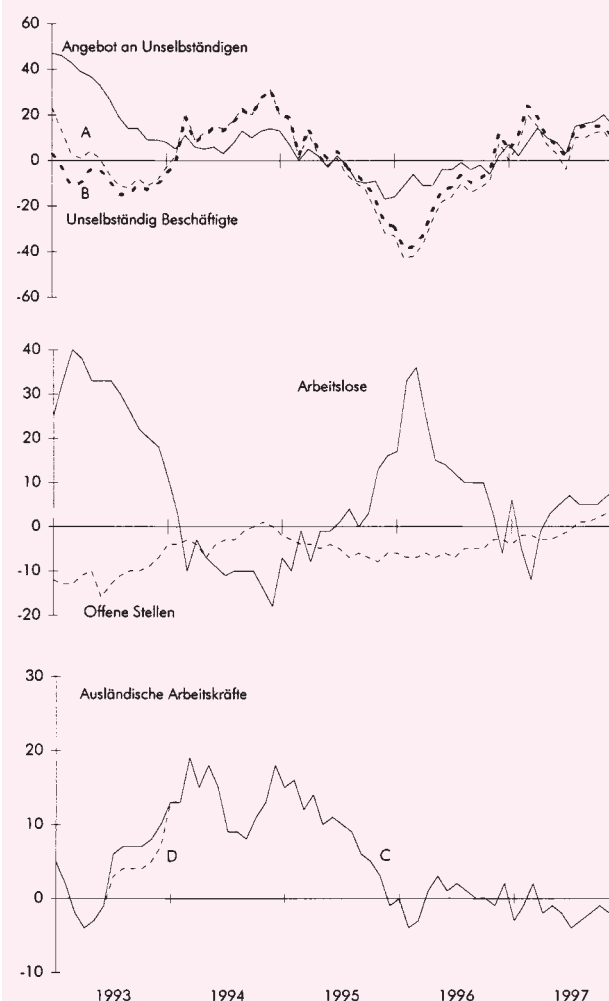
Die Abnahme der Zahl der Selbständigen verlangsamte sich in der Land- und Forstwirtschaft und wurde durch einen Anstieg in Gewerbe und freien Berufen sogar wettgemacht (Selbständige und Mithelfende 1997 insgesamt +500). Damit kam die seit Jahrzehnten beobachtete Abwanderung aus der Selbständigkeit 1997 erstmals zum Stillstand. Zu dieser Entwicklung dürften institutionelle Veränderungen, insbesondere die Sozialversicherungspflicht von Werkverträgen, wesentlich beigetragen haben.

Auch die Nachfrage nach unselbständig Beschäftigten über der Geringfügigkeitsgrenze nahm 1997 erstmals seit 1994 wieder zu (gegenüber 1996 +8.300 bzw. +0,3%). In den Wirtschaftsklassen waren im Jahresdurchschnitt sogar um 12.800 mehr Beschäftigungsverhältnisse aufrecht als im Vorjahr (+0,4%), während die Zahl der beschäftigten Bezieher von Karenzurlaubsgeld neuerlich abnahm. Die größte Dynamik verzeichneten allerdings weiterhin geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit einer Ausweitung gegenüber 1996 um rund 11%; auch absolut nahm ihre Zahl stärker zu als die Beschäftigung über der Geringfügigkeitsgrenze.

Seit August 1997 steigt die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen wieder – ein weiterer Indikator für

Der Arbeitsmarkt seit 1993

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A... offizielle Beschäftigung einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld, B... Beschäftigung ohne Bezieher von Karenzurlaubsgeld, C... offizielle Zeitreihe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, ab 1994 laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, D... bereinigt um statistische Brüche (WIFO-Schätzung). – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Karenz stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich.

die Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften im aktuellen Konjunkturaufschwung.

BESCHÄFTIGUNGSRÜCKGANG IM PRODUZIERENDEN SEKTOR VERLANGSAMT

Der Beschäftigungsabbau im produzierenden Sektor verlangsamte sich 1997 deutlich (-7.600, 1996 -23.000). Im Jahresdurchschnitt verzeichnete allerdings die Bauwirtschaft als einzige Branche einen Anstieg gegenüber 1996 (+1.800, +0,7%). Dazu trug vor allem der relativ frühe Saisonaufbau der Beschäftigung in den ersten 4 Monaten bei; in der zweiten Jahreshälfte und vor allem im IV. Quartal blieb die unselbständige Beschäftigung unter dem Vorjahresniveau.

Die meisten produzierenden Branchen schränkten ihren Arbeitskräftebestand 1997 ein. Am höchsten war der

Der Arbeitsmarkt 1997

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzurlauber	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1993	3,054.900	- 900	84.100	222.300	+29.200	32.900	-11.200
Ø 1994	3,070.700	+15.800	85.400	214.900	- 7.300	30.200	- 2.700
Ø 1995	3,068.200	- 2.500	82.800	215.700	+ 800	25.000	- 5.200
Ø 1996	3,047.300	-20.900	78.800	230.500	+14.800	19.400	- 5.600
Ø 1997	3,055.600	+ 8.300	75.000	233.300	+ 2.800	19.000	- 400
1997, Ø I. Quartal	2,993.100	+ 9.200	76.200	281.100	- 3.500	17.000	- 2.700
Ø II. Quartal	3,050.100	+ 8.400	75.300	213.700	+ 2.400	20.200	- 2.400
Ø III. Quartal	3,125.400	+ 5.300	73.800	195.200	+ 5.700	20.300	+ 500
Ø IV. Quartal	3,053.600	+10.400	74.700	243.400	+ 6.800	18.600	+ 3.100

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

Beschäftigungsrückgang in der Erzeugung von Textilien, Bekleidung und Lederwaren (-5,5%) sowie von langlebigen Konsumgütern (Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sport- und Spielwaren: -2,5%) und in der Chemie (-2,3%). Die Beschäftigung der Nahrungs- und Genussmittelherstellung sinkt seit mehr als einem Jahrzehnt (1997 -2,2%).

GRÖSSTE NACHFRAGEDYNAMIK IN UNTERNEHMENSBEZOGENEN DIENSTLEISTUNGEN

Im tertiären Sektor stieg die unselbständige Beschäftigung über der Geringfügigkeitsgrenze um 1,0% (+20.000). Weiterhin am dynamischsten entwickelte sich der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (+5,9%) – auf ihn entfiel rund die Hälfte des Beschäftigungsaufbaus im Dienstleistungssektor – vor den sonstigen öffentlichen und privaten Diensten (+2,1%) und der öffentlichen Verwaltung (+1,1%).

Daß der Anstieg in der öffentlichen Verwaltung sogar höher erscheint als im Unterrichtswesen oder im Gesundheits- und Sozialwesen, ist nicht auf tatsächliche Personalaufstockungen zurückzuführen, sondern beruht auf dem Zusammenspiel zweier Faktoren:

- Ein Teil der vom Arbeitsmarktservice geförderten Personen in Schulungen wird als Beschäftigte dem öffentlichen Sektor zugezählt (im Jahresdurchschnitt 1997 11.383 Personen). Die Zahl der als beschäftigt erfaßten Personen in Schulungen nahm in den letzten Jahren besonders kräftig zu: zwischen Dezember 1995 und Dezember 1996 um 12,6%, zwischen Dezember 1996 (+1.203 Personen) und Dezember 1997 um 21,0% (+2.266 Personen).
- Eine zweite wesentliche Ursache des Anstiegs der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung liegt in der veränderten Wirtschaftsklassenzuordnung einzelner Beschäftigtengruppen. Dies betrifft etwa einen Teil der Beschäftigten in Landeskrankenanstaltenfonds. Bis 1997 dem Gesundheitswesen zugerechnetes Personal wurde zum öffentlichen Dienst umgestuft.

Der anhaltende Strukturanpassungsprozeß im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (-0,8%) sowie im Kredit- und Versicherungswesen (-0,6%) hat einen weiteren Rückgang der unselbständigen Beschäftigung zur Folge. Allerdings hat sich das Tempo der Personalreduktion in diesen beiden Branchen 1997 verlangsamt.

Im Handel stieg die Beschäftigung von Unselbständigen über der Geringfügigkeitsgrenze nur leicht (+0,2%, +849). Dem steht ein Anstieg der Zahl der geringfügig Beschäftigten um mehr als 20% gegenüber.

Unselbständig Beschäftigte 1997 nach Wirtschaftsklassen

	1996		1997	
	Stand	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Absolut	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	25.879	26.191	+ 312	+1,2
Bergbau, Industrie und Gewerbe	936.336	928.767	- 7.569	-0,8
Bergbau, Steine und Erden	14.578	14.455	- 123	-0,8
Nahrung, Getränke, Tabak	81.302	79.552	- 1.750	-2,2
Textilien, Bekleidung, Leder	48.174	45.530	- 2.644	-5,5
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	84.980	84.410	- 570	-0,7
Chemie, Recycling	59.077	57.716	- 1.361	-2,3
Stein- und Glaswaren	30.836	30.252	- 584	-1,9
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	271.754	271.024	- 730	-0,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	48.691	47.497	- 1.194	-2,5
Energie- und Wasserversorgung	32.050	31.623	- 427	-1,3
Bauwesen	264.894	266.708	+ 1.814	+0,7
Dienstleistungen	1,993.539	2,013.550	+20.011	+1,0
Handel, Reparatur	477.651	478.500	+ 849	+0,2
Gaststättenwesen	141.915	142.767	+ 852	+0,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	224.763	222.854	- 1.909	-0,8
Kredit- und Versicherungswesen	110.264	109.626	- 638	-0,6
Unternehmensnahe Dienstleistungen	192.540	203.874	+11.334	+5,9
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	464.336	469.651	+ 5.315	+1,1
Unterrichtswesen	117.060	117.624	+ 564	+0,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	135.234	136.305	+ 1.071	+0,8
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	125.096	127.693	+ 2.597	+2,1
Private Haushalte	4.680	4.656	- 24	-0,5
Präsenzdiener	12.753	12.082	- 671	-5,3
Bezieher von Karenzurlaubsgeld	78.750	74.981	- 3.769	-4,8
Insgesamt	3,047.253	3,055.569	+ 8.316	+0,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO. Die Bereinigung der Wirtschaftsklassenzuordnung in Oberösterreich vom Juli 1997 erforderte eine rückwirkende Korrektur für den Zeitraum Jänner 1995 bis Juni 1997.

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt ¹⁾		Anteile an der Gesamtbeschäftigung ¹⁾ in %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %		Stand	Veränderung gegen das Vorjahr Absolut	In %
Ø 1993	276.000	+ 2.100	+0,8	9,0	27.100	+5.100	+23,2
Ø 1994	291.000	+15.000	+5,4	9,5	25.400	-1.600	- 6,1
Ø 1995	300.300	+ 9.300	+3,2	9,8	24.900	- 600	- 2,2
Ø 1996	300.400	+ 100	+0,0	9,9	27.600	+2.700	+10,9
Ø 1997	298.800	- 1.600	-0,5	9,8	27.500	- 100	- 0,3
1997, Ø I. Quartal	288.200	- 400	-0,1	9,6	38.300	-1.700	- 4,2
Ø II. Quartal	301.700	- 1.700	-0,6	9,9	24.300	- 0	- 0,2
Ø III. Quartal	309.900	- 3.000	-1,0	9,9	17.900	+ 600	+ 3,7
Ø IV. Quartal	295.300	- 1.100	-0,4	9,7	29.700	+ 800	+ 2,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1993 WIFO-Schätzung der realen Beschäftigungsentwicklung.

ERSTMALS SEIT 1984 GERINGERES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT VON AUSLÄNDERN

Der Gesamtanstieg der unselbständigen Beschäftigung war von einer Abnahme der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte begleitet (-0,5%). Da gleichzeitig die Zahl der vorgemerkten arbeitslosen Ausländer im Jahresdurchschnitt geringer war als 1996, ist 1997 das Arbeitskräfteangebot von Ausländern erstmals seit 1984 gesunken.

Während die Beschäftigung von EWR-Bürgern, die nicht der Quotenregelung der Ausländerbeschäftigung unterliegen, leicht gestiegen ist, waren weniger Angehörige von Drittstaaten beschäftigt als im Vorjahr. Zu diesem Ergebnis trugen einerseits die Schranken für einen Zutritt auf den österreichischen Arbeitsmarkt bei, andererseits Einbürgerungen und der Übergang in die versteckte Arbeitslosigkeit. Einbürgerungen werden in den Beschäftigungsstatistiken des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger jedoch nur im Fall eines Dienstgeberwechsels erfaßt; daher dürfte sich die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte tatsächlich noch stärker verringert haben.

Der Anstieg des statistisch erfaßten Arbeitskräfteangebotes um insgesamt rund +11.700 resultierte aus dem Zusammenspiel demographischer und institutioneller Faktoren: der starken Besetzung der Altersgruppen mit der höchsten Erwerbsbeteiligung (35 bis 45 Jahre) einerseits

und des Wirksamwerdens der Maßnahmen zur Anhebung des Pensionszugangsalters andererseits (Aufhebung der allgemeinen Sonderunterstützung, Anhebung der Altersgrenze für eine vorzeitige Alterspension wegen Erwerbsunfähigkeit für Männer von 55 auf 57 Jahre, erschwerter Zugang in eine vorzeitige Alterspension).

ZUNEHMENDE DAUER DER ARBEITSLOSIGKEIT BEI LEICHTEM RÜCKGANG DER ZAHL DER BETROFFENEN

Trotz der Belebung der Arbeitskräftenachfrage war aufgrund der Angebotsreaktionen keine Entlastung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Ab dem II. Quartal überstieg die Zahl der als arbeitslos Vorgemerkten die Vergleichswerte des Vorjahres zunehmend. Im Jahresdurchschnitt waren mit rund 233.300 um 2.800 Personen mehr registriert als 1996. Obwohl die Beschäftigung sich 1997 für Frauen günstiger entwickelte als für Männer (Männer +800, Frauen +7.500), stieg die Arbeitslosigkeit von Frauen stärker als jene von Männern (Männer +600, Frauen +2.300). In der Folge stagnierte die Arbeitslosenquote von Männern (nach traditioneller Berechnung 6,9%), die der Frauen erhöhte sich weiter (von 7,3% auf 7,4%).

Davor war vor allem die Altersgruppe der über 50jährigen betroffen: 11,1% der 50- bis 54jährigen Frauen sind bereits arbeitslos, wegen des verringerten Arbeits-

Die Arbeitslosigkeit 1997

	Stand	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose		Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
		Veränderung gegen das Vorjahr	In %	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr		
Ø 1993	126.700	+19.500	+15,4	95.600	+ 9.700	222.300	+29.200
Ø 1994	120.600	- 6.100	-5,1	94.400	- 1.200	214.900	- 7.300
Ø 1995	120.000	- 600	-0,5	95.700	+ 1.300	215.700	+ 800
Ø 1996	128.000	+ 8.000	+6,3	102.500	+ 6.800	230.500	+14.800
Ø 1997	128.600	+ 600	+0,5	104.800	+ 2.300	233.300	+ 2.800
1997, Ø I. Quartal	176.700	- 6.500	-3,7	104.400	+ 3.000	281.100	- 3.500
Ø II. Quartal	111.200	+ 500	+0,4	102.500	+ 1.800	213.700	+ 2.400
Ø III. Quartal	96.900	+ 3.300	+3,4	98.300	+ 2.400	195.200	+ 5.700
Ø IV. Quartal	129.500	+ 4.900	+3,8	113.900	+ 1.900	243.400	+ 6.800

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

kräfteangebotes aber „nur“ 8,5% der gleichaltrigen Männer. Am stärksten stieg die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 55- bis 59jährigen: Frauen +36%, Männer +24%; die Arbeitslosenquote der Männer dieser Altersgruppe beträgt 11,3% (1996 9,9%), jene der Frauen 7,6% (1996 6,0%).

Insgesamt waren rund 705.000 Personen zumindest einmal von Arbeitslosigkeit betroffen, um 3.800 weniger als 1996. Während die Betroffenheit von unter 30jährigen um rund 9.400 abnahm, stieg sie für die über 50jährigen um rund 4.600. Der insgesamt leicht sinkenden Tendenz der Betroffenheit steht eine zunehmende Dauer der Arbeitslosigkeit gegenüber (im Durchschnitt von 121 auf 122 Tage). Rund 27% aller Betroffenen waren mindestens 6 Monate arbeitslos (+3,8% gegenüber 1996), 11% mindestens ein Jahr (+5,2%). Mit steigendem Alter sinken die Wiederbeschäftigungschancen nach einem Arbeitsplatzverlust. So nahm im Vorjahresvergleich die Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) von 55- bis 59jährigen am stärksten zu (+14,9%).

Hedwig Lutz
Statistik: Christine Braun

INDUSTRIE 1997 AUF WACHSTUMSKURS

Die österreichische Industrie befindet sich 1997 wieder auf einem steilen Wachstumspfad. Die Wachstumsschwäche des Jahres 1996 wurde erstaunlich schnell überwunden. Dank der Konjunkturdynamik im 2. Halbjahr 1996 wuchs die Industrieproduktion 1996 um 1,9% (vorläufiges Ergebnis). Für 1997 läßt die bisher bis Oktober vorliegende Produktionsstatistik wie auch die überwiegend positive Konjunkturschätzung der Unternehmen einen realen Anstieg der Industrieproduktion um 4,3%, für 1998 um 5% erwarten.

Insgesamt wiesen 1997 alle im WIFO-Konjunkturtest erhobenen Indikatoren auf eine optimistische Konjunkturschätzung der Unternehmen hin. Der Aufschwung der österreichischen Industrie ist 1997 breiter geworden und hat die meisten Sektoren erreicht. Nur die Hersteller traditioneller Konsumgüter und in geringerem Maß die Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln wurden von diesem Aufwärtstrend noch nicht voll erfaßt.

INDUSTRIEKONJUNKTUR VON GUTER AUSLANDSNACHFRAGE GETRAGEN

Die österreichische Industrie profitierte 1997 wie auch 1996 besonders vom Wachstum der Nachfrage auf den

Auslandsmärkten. Der ungehinderte Zugang zu den EU-Märkten und die dynamische Entwicklung der Exporte in die osteuropäischen Transformationsländer waren wichtige Determinanten dieser Entwicklung. Andererseits verschärfte sich durch die zunehmende Globalisierung des Wirtschaftens, vor allem aber durch neue Konkurrenz aus den Transformationsländern die Intensität des Wettbewerbs. Mit der Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs und der weiteren Verbesserung der Wettbewerbsposition der österreichischen Industrie ist für 1997 nach Prognose des WIFO eine Steigerung der Cash-flow-Umsatz-Relation (als Indikator der Ertragslage) um 0,5 Prozentpunkte auf 9,3% wahrscheinlich. Endgültige Werte liegen noch nicht vor. Die Ausweitung der Exporte und die Verbesserung der Ertragslage in der österreichischen Industrie wurden neben der anziehenden Nachfrage auch durch eine Kostenentlastung möglich. Die Senkung der Lohnstückkosten auf Schillingbasis um 3,8%, der Rohstoffkosten um 1,8% und der Rückgang des real-effektiven Wechselkurses um 2% verbesserten 1997 die Wettbewerbsposition der österreichischen Industrie im Ausland spürbar. Der Rückgang der Arbeitskosten geht überwiegend auf Produktivitätszuwächse (Stundenproduktivität +6%) und im internationalen Vergleich auf die Abwertung des Schillings gegenüber den Währungen der Handelspartner (real -2,2%) zurück. In geringerem Maße konnte auch eine Erhöhung der Industriepreise durchgesetzt werden (+1,5%).

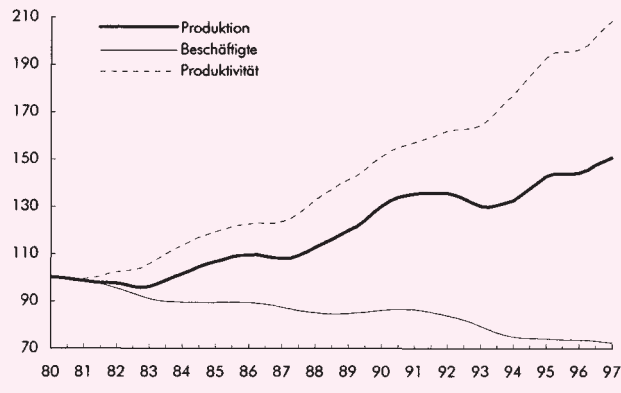
Die österreichische Industrie hat schon in den letzten Jahren kräftig investiert. Eine wichtige Rolle spielten Großinvestitionen der Papierindustrie und der Autozulieferer. In anderen Wirtschaftsbereichen machte der verstärkte Wettbewerbsdruck seit der Ostöffnung und dem EU-Beitritt umfangreiche Rationalisierungsinvestitionen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig. Nach den Ergebnissen des WIFO-Investitionstests erreichten die Industrieinvestitionen 1997 mit 66 Mrd. S ein ähnlich hohes Niveau wie 1996. Die befragten Unternehmen haben ihre ursprünglichen Investitionspläne für 1997 etwas gekürzt, sodaß sich real gegenüber 1996 nur ein marginaler Zuwachs ergibt.

Die hohen Produktionssteigerungen bei anhaltenden Rationalisierungsbemühungen bedeuteten 1997 nach den vorläufigen Daten einen Produktivitätszuwachs von 5,8% (nach +2,7% 1996). Der Beschäftigtenstand wurde etwas stärker reduziert als 1996, der Rückgang wird wahrscheinlich über 2% betragen. Die höchsten Produktivitätszuwächse erzielten die Bauzulieferer, die Basisindustrie und die Hersteller traditioneller Konsumgüter.

Der Basissektor dürfte nach den Angaben der Unternehmen im WIFO-Investitionstest seine Umsätze 1997 nominell um 9,0% gesteigert haben. Die Unternehmen beurteilen im WIFO-Konjunkturtest ihre Auftragsbestände und ihre Geschäftslage zunehmend optimistisch und erwarten eine Verbesserung von Produktionsentwicklung

Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der österreichischen Industrie

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1980=100



und Verkaufspreisen. Die stabile Aufwärtstendenz spiegelt sich jedoch noch nicht in optimistischeren Ertragswartungen. Die Kapazitätsauslastung lag 1997 über dem Industriedurchschnitt. Nach hohen Investitionen 1996 fiel die Zunahme des Investitionsvolumens 1997 geringer aus (nominell +3,4%).

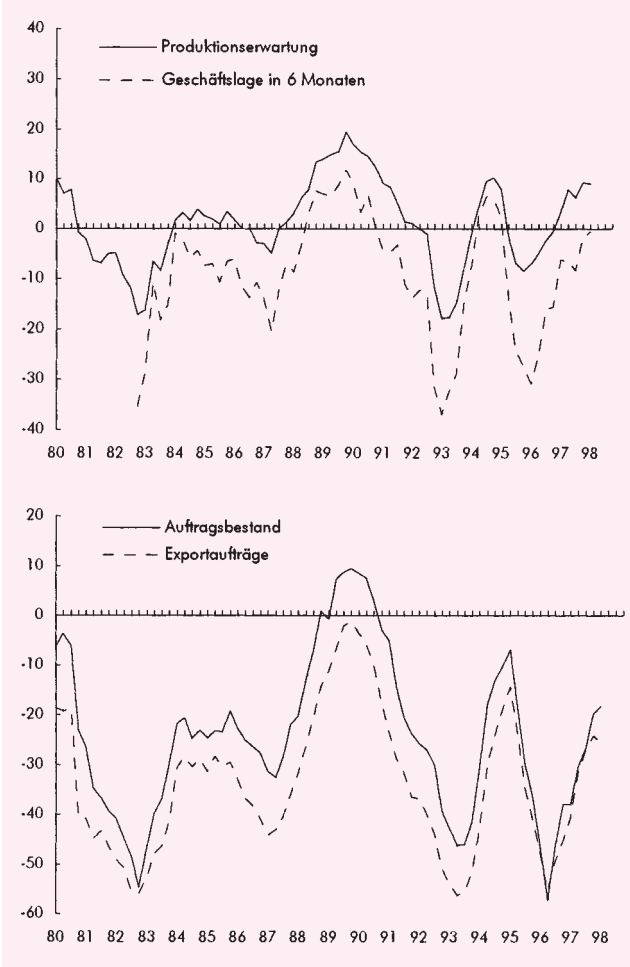
Mit einem realen Umsatzanstieg von 7,6% verzeichnete die Chemieindustrie 1997 wie auch 1996 eine ausgezeichnete Entwicklung. Gemäß der Befragung der Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI) hat sich die Ertragslage (gemessen an der Cash-flow-Umsatz-Relation) 1997 von 8,7% auf 9,1% verbessert. Die Einschätzung der Auftragslage und die Produktionserwartungen wurden im Jahresverlauf zunehmend optimistischer. Auch die Kapazitätsauslastung hat zugenommen. Wie 1996 wurden die Investitionen 1997 überdurchschnittlich ausgeweitet (nominell +19,1%).

Die Bauzulieferer konnten ihre Umsätze 1997 bei guter Inlandsentwicklung in der ersten Jahreshälfte deutlich steigern. Die vorläufige Industriestatistik weist für die ersten drei Quartale ein reales Produktionswachstum gegenüber den Vorjahresquartalen von 2,2% aus. Dieser Wert dürfte die tatsächliche Entwicklung unterschätzen, im WIFO-Investitionstest ergibt sich eine realer Umsatzzuwachs von 13,1%. Im Laufe des Jahres wurden Auftragsbestände, Produktion, Preisentwicklung und Geschäftslage zunächst günstiger beurteilt. Der WIFO-Konjunkturtest deutet jedoch auf stärkeren Druck auf Verkaufspreise und Ertragsentwicklung im 2. Halbjahr 1997 hin. Insgesamt rechnen die von der VÖI befragten Unternehmen dieses Sektors für 1997 mit einer Cash-flow-Quote von 13,7%. Das Investitionsvolumen dürfte aufgrund der umfangreichen Investitionsvorhaben in der Stein- und keramischen Industrie und der Glasindustrie nominell um 21,9% höher gewesen sein als 1996.

Die Cash-flow-Quote der technischen Verarbeiter ist nach Angaben der von der VÖI befragten Unternehmen

Konjunkturbeurteilung der Unternehmer

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischere und pessimistischere Meldungen der Unternehmen



1997 auf 7,8% gestiegen (1996 6,5%). Die Unternehmen beurteilten ihre Auftragslage etwas günstiger als der Industriedurchschnitt. Auch die Produktionserwartungen haben sich verbessert. Aufgrund starken Preisdrucks und einer nach wie vor unbefriedigenden Einschätzung der Geschäftslage wurden die Investitionspläne für 1997 im WIFO-Investitionstest vom Herbst 1997 etwas nach unten revidiert. Das Wachstum der Produktion lag 1997 unter dem Industriedurchschnitt.

Die Hersteller traditioneller Konsumgüter gaben im WIFO-Investitionstest für 1997 einen realen Umsatzzuwachs von 3,0% an. Der Konjunkturtest des WIFO und auch der starke Beschäftigungsrückgang 1996 und 1997 zeigen, daß dieser Sektor noch nicht voll vom Aufschwung der Industriekonjunktur profitierte. Neben der schwachen Inlandsnachfrage ist der Umstrukturierungsdruck durch die verschärften Wettbewerbsbedingungen des EU-Binnenmarktes und die Ostöffnung ausschlaggebend für die Stagnation der Erträge. Nach Angaben der Unternehmen in der VÖI-Umfrage betrug die Cash-flow-Quote in diesem Sektor 1997 7,6% (nach 7,5% 1996). Die Kapazitätsauslastung lag deutlich un-

ter dem Industriedurchschnitt, die Investitionen waren rückläufig.

QUALITÄT UND DEFIZITE DES INDUSTRIESTANDORTES ÖSTERREICH

Im Sommer des vergangenen Jahres schloß das WIFO eine Unternehmensbefragung über Qualität und Defizite des Industriestandortes Österreich im internationalen Vergleich ab¹⁾.

Zielgruppe der Befragung waren Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder der wichtigsten in Österreich tätigen Industrieunternehmen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Einbeziehung von in Österreich tätigen multinationalen Konzernen gelegt. Insgesamt konnten 171 Fragebögen ausgewertet werden. Sie waren inhaltlich in drei Fragen und eine Liste von insgesamt 66 Faktoren gegliedert, die den Einfluß auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Landes wiedergeben.

Unter den Einflußfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit heben die Unternehmen vor allem die zuverlässige, effektive und kosteneffiziente Erfüllung der öffentlichen Aufgaben als grundlegendes Fundament eines attraktiven Industriestandortes hervor. Die großen integrationspolitischen Weichenstellungen (EU-Binnenmarkt und Währungsunion) finden dabei die volle Unterstützung der vom WIFO befragten Führungskräfte, während die Qualität der Arbeitskräfte als der Schlüsselfaktor für die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit schlechthin angesehen wird.

Österreich zeichnet sich durch eine Reihe von Vorzügen aus, welche die befragten Manager auch im internationalen Vergleich mit alternativen Standorten als Qualitäten bezeichnen. Die „weichen“, d. h. schwer meßbaren Umfeldfaktoren *Politische Stabilität, öffentliche Sicherheit, Kultur- und Freizeitangebot, Umweltqualität und Rechtssicherheit* sowie die *konsensorientierte Lösung von Arbeitskonflikten* nehmen die ersten sechs Plätze in der Reihung der österreichischen Standortvorteile ein. Auch die *soziale Einkommensverteilung* wird mit dem 13. Platz im internationalen Vergleich positiv bewertet.

Die *Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte* sowie jener mit *guter Ausbildung* belegt in der Reihung der

österreichischen Stärken im Vergleich mit alternativen Standorten den 7. bzw. 8. Rang. Auch die Qualität von Management und Mitarbeitern, die in ihrer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit als der wichtigste Standortfaktor schlechthin eingestuft wurde, gilt als Vorteil Österreichs.

Eine Besonderheit Österreichs, die dem Standort auch international Profil verleiht, liegt in seiner wirtschaftlichen Verflechtung mit West- und mit Osteuropa: Im Vergleich mit alternativen Standorten in Osteuropa wiegt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, im Vergleich mit vielen alternativen Standorten in Westeuropa die besondere Nähe zu den Ostmärkten als Vorteil.

Drei Aspekte dominieren derzeit die Standortqualität Österreichs: hohe Lebensqualität verbunden mit stabilen sozialen und politischen Rahmenbedingungen, qualifizierte und einsatzbereite Arbeitskräfte sowie wirtschaftliche Integration in West- und Osteuropa. Im Gegensatz dazu sehen die befragten Manager die größten Defizite des Industriestandortes Österreich im Vergleich mit alternativen Standorten in der Kostenbelastung durch öffentliche Verwaltung und ineffiziente Regulierung, fehlenden komplementären Leistungen in Innovation und Finanzierung sowie in der mangelnden Flexibilität der Arbeitszeiten.

Die Kosten, die den Unternehmen aus der Erfüllung administrativer Auflagen entstehen, sowie die mangelnde Effizienz von Genehmigungsverfahren für Betriebsanlagen werden im Vergleich mit alternativen Standorten mit Abstand am schlechtesten beurteilt. Zusätzlich beklagen die Befragten die hohen Telekommunikationskosten, Umweltauflagen und die Energiekosten. Die Arbeitskosten für hochqualifizierte Mitarbeiter und solche mit guter Ausbildung werden im Vergleich mit alternativen Standorten als durchschnittlich hoch eingeschätzt. Im Vergleich der Arbeitskosten gelten nur jene für Beschäftigte mit geringer Ausbildung als ausgeprägter Standortnachteil.

Die zweite große Gruppe an Standortnachteilen wurde in der Verbindung *Innovation und Finanzierung* geortet: Die Verfügbarkeit von Risikokapital, das Angebot an Forschungseinrichtungen von internationalem Format sowie die Offenheit der Finanzmärkte sind an alternativen Standorten wesentlich besser ausgeprägt als in Österreich.

*Michael Peneder, Michael Pfaffermayr
Statistik: Dagmar Guttmann*

¹⁾ Die Ergebnisse werden im Detail diskutiert in Aiginger, K., Peneder, M., Qualität und Defizite des Industriestandortes Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien, 1997.

ABSCHWÄCHUNG DER BAU-KONJUNKTUR IM 2. HALBJAHR 1997

Die reale Wertschöpfung der Bauwirtschaft wuchs 1997 um rund 3%. Dies ist das Ergebnis der neuen Berechnungen aufgrund der nun erstmals vorliegenden Produktionswerte für das Jahr 1997 nach der EU-harmonisierten Statistik. Durch die Umstellung der Statistik fiel die Wachstumsrate höher aus, als ursprünglich angenommen wurde. Die Produktionssteigerung konzentrierte sich auf das I. Quartal 1997, in dem die Umsätze dank der besonders günstigen Witterung außergewöhnlich kräftig zunahmen. In den Folgemonaten ließ die Dynamik hingegen deutlich nach und gegen Ende 1997 (Oktober und November) blieb der Produktionswert unter dem Vorjahresniveau.

Die Indikatoren für die Bauwirtschaft bestätigen diese Abschwächung seit dem 2. Halbjahr 1997: Sowohl die Einschätzung der Konjunktur im WIFO-Konjunkturtest als auch Auftragsbestände, Baustoffproduktion und Beschäftigtenzahl verschlechterten sich. Hinweise auf ein Mitziehen der Bauwirtschaft mit dem Konjunkturaufschwung fehlen derzeit.

Die Nachfrage nach Sanierungs- und Adaptierungsleistungen entwickelte sich überdurchschnittlich. Aufgrund des noch hohen Bestands an Baubewilligungen und Förderungszusagen stiegen die Umsätze im Wohnungsneubau auch 1997 noch, obschon sich bereits eine rückläufige Tendenz der Nachfrage abzeichnete. Die Wohnbauproduktion erreichte somit 1997 ein sehr hohes Niveau. Die Nachfrage ist weitgehend befriedigt, wobei die Sättigungstendenzen regional unterschiedlich ausgeprägt sind. Die Förderungszusicherungen im Geschoßbau wurden in einigen Bundesländern merklich eingeschränkt, in den Ballungszentren verlagert sich der Schwerpunkt vom Neubau zu Sanierungsarbeiten. Der Industriebau setzte 1997 weniger um als im Vorjahr, während der sonstige Hochbau kräftig wuchs. Im Tiefbau kamen verstärkt Sonderfinanzierungen zum Tragen, die besonders den Straßenbau und Bahnbau stimulierten. Allerdings bedeutete die vorsichtige Ausgabenpolitik vor allem der Länder und Gemeinden eine Ein-

*Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt
Zu Preisen von 1983*

	Bauwesen Veränderung gegen das Vorjahr in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegen das Vorjahr in %
1992	+2,8	+1,3
1993	+2,5	+0,5
1994	+7,6	+2,5
1995	-0,2	+2,1
1996	+2,8	+1,6
1997	+3,0	+2,5
1998	+1,0	+2,7
1999	+2,0	+3,0

Q: WIFO-Prognose vom März 1998.

Umstellung der Produktionsstatistik

Die Baustatistik des ÖSTAT, die die Produktions- und Umsatzentwicklung der Bauwirtschaft erfaßt, wurde 1996 grundlegend umgestellt. Mit dem Berichtsjahr 1996 führt das ÖSTAT die Konjunkturstatistiken für den produzierenden Bereich und die Bauwirtschaft nach den EU-harmonisierten Gesetzen. Erstmals sind nun konsistente Vergleiche zwischen den EU-Ländern möglich¹⁾.

Der Begriff „Baugewerbe“ wurde durch den globalen Begriff „Bauwesen“ ersetzt, die Berechnungen basieren nicht mehr auf der Betriebssystematik 68, sondern auf der EU-Nomenklatur der Wirtschaftsaktivitäten (NACE). Damit wird nicht mehr nur der Rohbau im Hoch- und Tiefbau, sondern zusätzlich das gesamte „Baunebengewerbe“ wie Bauinstallationen, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe monatlich erfaßt. Der wesentliche Unterschied zur bisherigen Datenlage besteht darin, daß die Konjunkturbeobachtung sich nun einerseits auf die Produktionswerte nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE), andererseits nach dem Güteransatz (GNACE) stützen kann. Der Güteransatz (GNACE) entspricht etwa der Gliederung der früheren Baustatistik nach Bausparten. Neben den Produktionswerten werden nach dem Prinzip der NACE auch Auftragsbestände, Auftragseingänge, Zahl der Betriebe, Arbeitskräfte, Arbeitsstunden, Löhne und Gehälter sowie die Umsätze nach Inlandsumsatz und Auslandsumsatz (in den EU-Staaten und Drittländern) erfaßt.

Weiters werden nicht nur die Baubetriebe, sondern auch die dazu gehörigen Unternehmen befragt. Die Darstellung auf Betriebsebene läßt demnach regionale Analysen zu.

Anlaufschwierigkeiten in der Umstellungsphase haben zur Folge, daß die Ergebnisse für das I. Quartal 1997 im Vorjahresvergleich nur mit Vorbehalt zu interpretieren sind: So war der Produktionswert im Hoch- und Tiefbau nach GNACE im I. Quartal 1997 um 22,1% höher als im Vorjahr, im II. Quartal um nur mehr 2,9% und im III. Quartal um 2,3%.

¹⁾ Details zur Umstellung der Statistik publiziert das ÖSTAT in den Statistischen Nachrichten.

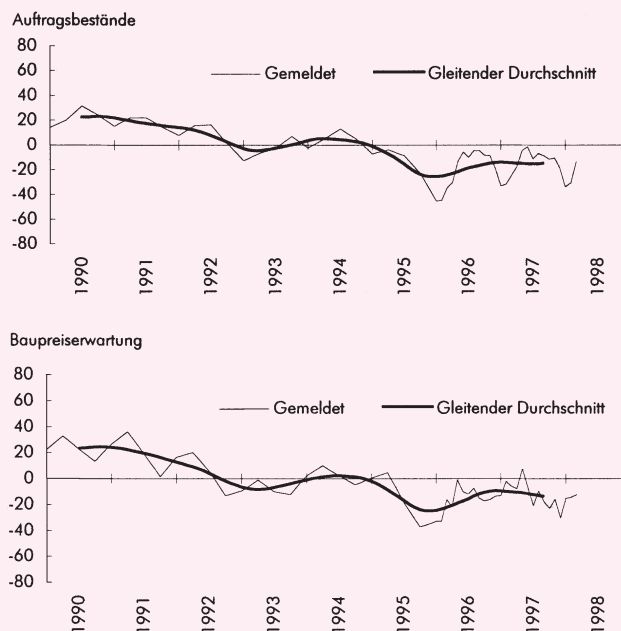
schränkung der Nachfrage nach Wasserbauten und sonstigen Tiefbauleistungen. Insgesamt war das Bauhauptgewerbe besser ausgelastet als die Bauindustrie; diese Tendenz wird sich 1998 fortsetzen.

DEUTLICHE ABSCHWÄCHUNG NACH GUTEM I. QUARTAL

Der Produktionswert stieg im Hoch- und Tiefbau (laut GNACE) in den ersten elf Monaten 1997 nominell um

Konjunktüreinschätzung in der Bauwirtschaft

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischere und pessimistischere Meldungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest in Kooperation mit der EU (DG II/4).

4,8%. Nach der außerordentlich hohen Rate im I. Quartal (+22,1%) verringerte sich das Wachstum im II. Quartal auf 2,9% und im III. Quartal auf 2,3%. Im Oktober und November blieb die Bauproduktion um 0,1% bzw. 0,2% unter dem Vorjahresniveau. Im Wohnungsneubau und im Bereich der Adaptierungen wurde in den ersten elf Monaten um 5,9% mehr umgesetzt als 1996, im sonstigen Hochbau um 7,9%, während der Industrie- und Ingenieurbau einen markanten Rückgang von 13,2% verzeichnete. Insgesamt wuchsen der Hochbau um 4% und der Tiefbau um 6%. Im Straßenbau erhöhte sich der Produktionswert – von einem stark reduzierten Niveau aus – erstmals kräftiger (+9%), im Eisenbahnoberbau um 29%. Die hohen Zuwachsraten spiegeln die nun wieder rege Auftragsvergabe wider: Für Ausbau und Sanierung des Schienen- und Straßennetzes stehen durch die Ausgliederung von Sondergesellschaften und durch zusätzliche Mauteinnahmen mehr Mittel zur Verfügung als in den vorangegangenen zwei Jahren. Die Aufträge der Gemeinden für Wasserwirtschaftsbauten sind allerdings wegen deren Budgetknappheit weiterhin schwach; die Umsätze der Branche verringerten sich in den ersten elf Monaten 1997 um 14,6%, im sonstigen Tiefbau um 5,8%.

Nach der Umstellung der Baustatistik auf ÖNACE und GNACE stehen erstmals monatliche Informationen über den Produktionswert im Bauinstallations-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe („Baunebengewerbe“) zur Verfügung. Von Jänner bis Oktober 1997 produzierte das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe um 4,4% mehr als im Vorjahr, das

Produktionswert des Bauwesens

	1996		1997			Ø Jänner bis November
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Oktober		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Laut ÖCPA	.	+17,5	+3,2	+2,6	± 0,0	.
Hoch- und Tiefbau	.	+22,9	+3,9	+2,8	-0,3	.
Baunebengewerbe ¹⁾	.	+7,0	+0,6	+2,5	+0,5	.
Laut GNACE	+3,8	+22,1	+2,9	+2,3	-0,1	+4,8
Hochbau	+2,0	+18,8	+0,2	+2,6	+0,2	+4,0
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+5,8	+31,3	+3,4	+1,2	+0,1	+5,9
Sonstiger Hochbau ²⁾	-4,9	-2,3	-6,5	+4,6	+6,6	+0,6
Adaptierungen im Hochbau	+8,4	+38,4	+5,7	+1,9	-11,8	+5,9
Tiefbau	+6,9	+29,0	+7,1	+2,2	-1,0	+6,1
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	+3,9	+57,6	+13,1	+7,6	+0,1	+11,7
Sonstiger Tiefbau ³⁾	+8,6	+21,1	+3,9	-2,1	-1,0	+2,8
Laut ÖNACE	+4,4	+21,8	+3,2	+2,4	± 0,0	+5,0
Bauindustrie	+5,6	+18,3	-0,8	-0,4	-3,4	+2,0
Baugewerbe	+4,6	+25,1	+5,6	+4,4	+2,1	+6,8

Q: ÖSTAT. Wert der abgesetzten Produktion. ÖCPA... statistische Güterklassifikation laut EU. – ¹⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. – ²⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau. – ³⁾ Einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten.

Bauinstallationsgewerbe um 2,0%. Insgesamt stieg der Produktionswert im Baunebengewerbe mit +2,7% schwächer als im gesamten Bauwesen nach ÖNACE (+5,9%).

Eine Sonderauswertung der neuen Statistik der Auftragsbestände und Auftragseingänge im gesamten Bauwesen zeigt einen geringfügigen Anstieg der Auftragsbestände der Bauindustrie im Laufe des Jahres 1997 und einen Rückgang im Baugewerbe. Im Hoch- und Tiefbau blieben die Auftragsbestände im III. Quartal um 3,8% unter dem Vorjahresniveau, das Baunebengewerbe weist eine Zunahme von 0,5% aus. Insgesamt lagen die Bestände um 3,0% unter dem Vergleichswert von 1996. Im WIFO-Konjunkturtest melden die Bauunternehmen keine merkliche Belebung der Auftragslage.

BAUSTOFFPRODUKTION 1997 GESTIEGEN

Als Indikator für die Baustoffproduktion kann die Entwicklung der Stein- und keramischen Industrie sowie der Glasindustrie und der Holzverarbeitung herangezogen werden. In den ersten drei Quartalen 1997 erzeugte die Stein- und keramische Industrie mehr als im Vorjahr; da-

Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft

1997

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
I. Quartal	+11,5	+2,0	-0,4
II. Quartal	+7,7	+6,6	+14,3
III. Quartal	± 0,0	+5,5	+8,0
1. Halbjahr	+9,1	+4,3	+7,3
Jänner bis November	+4,4	+6,5	+7,4

Q: ÖSTAT, ÖNACE, Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1990	229.769	+ 3,8
Ø 1995	267.937	- 0,5
Ø 1996	264.514	- 1,3
Ø 1997	266.518	+ 0,8
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1990	23.255	+ 1,3
Ø 1995	31.785	+ 8,8
Ø 1996	34.826	+ 9,6
Ø 1997	34.182	- 1,8
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1990	6.343	+36,9
Ø 1995	3.171	-30,7
Ø 1996	2.569	-19,0
Ø 1997	2.116	-17,6

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; 1995: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 1) Einschließlich Baunebengewerbe. – 2) Zuletzt in einem Betrieb des Bauwesens beschäftigte Arbeitslose.

bei ergab sich nur für das I. Quartal (+11½%) und das II. Quartal (+7½%) ein Anstieg, im III. Quartal stagnierte die Produktion. Der Output der Glasindustrie und der Holzverarbeitung war etwas höher als 1996; allerdings ist hier der Anteil der für die Bauwirtschaft relevanten Baustoffe nicht gesondert ausgewiesen.

AUSWEITUNG DER BESCHÄFTIGUNG UND LEICHTER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Aufgrund der außergewöhnlichen Entwicklung zum Jahresbeginn stieg die Baubeschäftigung im 1. Halbjahr 1997 um 2½%. Im Laufe des 2. Halbjahres ging sie aber deutlich zurück, sodaß im Jahresdurchschnitt nur eine marginale Ausweitung um 0,8% auf 266.518 aus-

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände aus dem In- und Ausland		
	Hoch- und Tiefbau	Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe Mill. S	Insgesamt
1996, I. Quartal	64.117	11.106	75.469
II. Quartal	70.533	10.984	81.803
III. Quartal	68.663	11.479	80.412
IV. Quartal	62.137	9.988	72.432
1997, I. Quartal	62.559	10.000	72.918
II. Quartal	68.745	11.890	80.979
III. Quartal	66.029	11.542	77.882
1. Halbjahr	65.652	10.945	76.949
Jänner bis Oktober	65.485	11.122	76.937
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1997, I. Quartal	-2,4	-10,0	-3,4
II. Quartal	-2,5	+ 8,2	-1,0
III. Quartal	-3,8	+ 0,5	-3,1
1. Halbjahr	-2,5	- 0,9	-2,1
Jänner bis Oktober	-3,0	- 0,3	-2,5

Q: ÖSTAT, ÖNACE, monatliche Erhebungen.

Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1986 = 100

	1993	1994	1995	1996	1997	1997 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Hochbau	+3,0	+2,9	+2,3	+1,8	+1,6	+1,6
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+3,1	+3,0	+2,3	+1,5	+1,3	+1,3
Baumeisterarbeiten	+3,9	+2,5	+2,1	+0,8	+0,8	+0,7
Sonstige Bauarbeiten	+3,0	+2,9	+2,7	+2,3	+2,0	+2,0
Tiefbau	+2,3	+2,0	+2,6	+3,0	+3,3	+2,5
Straßenbau	+2,3	+2,5	+3,0	+3,0	+3,6	+2,8
Brückenbau	+1,5	+2,9	+3,4	+4,1	+2,7	+1,5
Hoch- und Tiefbau	+2,5	+3,0	+2,5	+2,2	+2,4	+1,9

Q: ÖSTAT. – 1) Neue Revision des Baupreisindex, neue Gewichtung der Bausparten, neue Basis: 1996 = 100.

gewiesen wird. Die Arbeitslosigkeit ist 1997 in der Bauwirtschaft erstmals seit Jahren geringfügig gesunken. Im Jahresdurchschnitt waren 34.182 Bauarbeiter arbeitslos, um 1,8% weniger als im Jahr zuvor. Teilweise dürfte diese Tendenz auch auf die Einführung eines Jahresdurchrechnungsmodells für die Arbeitszeit zurückzuführen sein.

UNTERNEHMEN ERWARTEN NACHLASSEN DES PREISAUFTRIEBS IM HOCH- UND TIEFBAU

Der Baupreisindex wurde 1997 revidiert, die Gewichtung der Bausparten angepaßt. Nach dem neuen Index (auf Basis 1996) verteuerten sich Bauleistungen 1997 im Durchschnitt um 1,9% (Hochbau +1,6%, Straßenbau +2,8%, Brückenbau +1,5%). Der Preisindex für den Wohn- und Siedlungsbau erhöhte sich um nur 1,3%. Laut WIFO-Konjunkturtest hat der Preisauftrieb sinkende Tendenz.

Margarete Czerny
Statistik: Monika Dusek

ENERGIEVERBRAUCH STAGNIERT INSGESAMT

Die Analyse der Situation der Energiewirtschaft im Jahr 1997 muß – wie schon 1995 und 1996 – ohne endgültige Angaben aus der Außenhandelsstatistik erfolgen (Ergebnisse liegen derzeit bis einschließlich September 1997 vor, die Daten für 1996 wurden mehrmals revidiert). 1996 erhöhte sich der energetische Gesamtverbrauch (Endverbrauch plus Nettoumwandlungseinsatz) im Vorjahresvergleich um 2,6% (Endverbrauch +2,2%), während das BIP um 1,6% wuchs (vorläufige Ergebnisse).

Der Energieverbrauch stagnierte 1997 nach ersten groben Schätzungen (+0,05%). Seine Entwicklung war – wie in den vergangenen Jahren – vor allem durch die Witterung geprägt: 1996 war gemessen an der Zahl der

Energiebilanz

	1996						1997 (vorläufig)					
	Erzeugung	Einfuhr	Aufkommen	Lager	Ausfuhr	Gesamtverbrauch	Erzeugung	Einfuhr	Aufkommen	Lager	Ausfuhr	Gesamtverbrauch
	TJ											
Kohle	12.087	123.301	135.387	2.002	80	137.310	12.128	113.540	125.668	3.576	127	129.117
Erdölprodukte	42.177	459.368	501.544	23.594	56.223	468.916	41.324	479.738	521.063	24.792	62.869	482.986
Gas	53.701	236.579	290.281	-3.340	-	286.941	51.404	216.911	268.316	10.395	-	278.711
Biomasse, brennbare Abfälle	149.669	1.841	151.510	263	251	151.522	150.582	1.841	152.423	263	251	152.434
Wärme	7.532	-	7.532	-	-	7.532	7.908	-	7.908	-	-	7.908
Wasserkraft, elektrische Energie	160.233	33.948	194.181	-	30.514	163.668	168.127	32.418	200.545	-	35.194	165.351
Energie insgesamt	425.399	855.037	1.280.436	22.519	87.067	1.215.888	431.474	844.448	1.275.922	39.025	98.440	1.216.508

Heizgradtage (der statistischen Maßzahl für die energie-relevanten Witterungsverhältnisse) ein überdurchschnittlich kaltes Jahr. 1997 sank die Zahl der Heizgradtage um 9,7%. Das dämpfte vor allem den Erdgas- und Kohleverbrauch; die Zunahme des Verbrauchs von Erdölprodukten (vor allem von Treibstoffen) kompensierte den witterungsbedingten Verbrauchsrückgang.

Im einzelnen werden die Tendenzen für die Energieträger aus einem Vergleich der vorläufigen Energiebilanz 1997 mit der (im Teilbereich der Kohlebilanz revidierten) Energiebilanz 1996 ersichtlich. Die Witterungsverhältnisse (Heizgradtage und Wasserführung der Flüsse) beeinflussen den Verbrauch der Energieträger Kohle, Gas sowie Wasserkraft und elektrische Energie. 1997 dürfte der Gesamtverbrauch von Kohle um 6%, jener von Gas um 2,9% geringer gewesen sein als im Vorjahr, jener von Wasserkraft bzw. elektrischer Energie um 1% höher. Die Energieprognose des WIFO für 1997 vom Oktober 1997 erwartete eine Abnahme des Kohleverbrauchs um 9,4% und des Gasverbrauchs um 1,5%; für den Verbrauch von Wasserkraft und elektrischer Energie prognostizierte das WIFO eine Rate von +1,8%. Das im WIFO verwendete Modell unterstellte eine stärkere Temperaturreagibilität des Verbrauchs von Erdölprodukten und errechnete einen erwarteten Verbrauchsrückgang um 4,2% (Gesamtverbrauch); die vorläufige Energiebilanz 1997 weist hingegen einen Anstieg um 3% aus. Das ist auch die wesentliche Ursache für die massive Abweichung der Einschätzung des gesamten Energieverbrauchs zwischen der Oktober-Prognose des WIFO (-2,9%) und der vorläufigen Energiebilanz 1997 (+0,05%).

Gesamtverbrauch

	1996	1997 (vorläufig)	1997
	TJ		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Kohle	137.310	129.117	-5,97
Erdölprodukte	468.916	482.986	+3,00
Gas	286.941	278.711	-2,87
Biomasse, brennbare Abfälle	151.522	152.434	+0,60
Wärme	7.532	7.908	+5,00
Wasserkraft, elektrische Energie	163.668	165.351	+1,03
Energie insgesamt	1.215.888	1.216.508	+0,05

Die Verbrauchsentwicklung 1997 erklärt sich wegen des dominierenden Einflusses der Witterung vor allem mit dem geringeren Energiebedarf der Haushalte für Heizzwecke. Der Umwandlungseinsatz zur Stromproduktion spiegelt die hohe Wasserführung der Flüsse wider (Stromproduktion aus Wasserkraft 1997 +4,9%, aus Wärmekraft +1,2%, insgesamt +3,6%).

1994 war das wärmste Jahr der neunziger Jahre, 1995 nahm die Zahl der Heizgradtage deutlich zu (auf 3.821). 1996 stieg sie neuerlich kräftig (4.178, +9,3%) und lag damit um 2,7% über dem langfristigen Durchschnitt von 4.068 (er wurde seit 1980 nur in den Jahren 1985 und 1987 erreicht). 1997 verringerte sich die Zahl der Heizgradtage wieder auf 3.771, also unter das Niveau von 1995.

Für die Zunahme des energetischen Endverbrauchs erhält man mit österreichischen Daten einen kurzfristigen Reaktionsparameter auf den Anstieg der Zahl der Heizgradtage von 0,37: Bei einem Rückgang der Heizgradtage um 9,7% wie im Jahr 1997 würde somit der energetische Endverbrauch ceteris paribus um 3,6% sinken. Ob tatsächlich der Witterungseinfluß auf den Endverbrauch durch andere Faktoren vollständig kompensiert wurde, läßt sich noch nicht exakt nachvollziehen, da die Aufteilung des geschätzten Anstiegs des Gesamtverbrauchs um 0,05% auf Endverbrauch und Umwandlungseinsatz noch nicht möglich ist.

Etwas schwieriger ist die Bereinigung des kurzfristigen Energieverbrauchs um Witterungseinflüsse. Hier ist es entscheidend, welchen Wert man als „Normaljahr“ wählt. Der in den Statistiken gewählte Wert von 4.068 Heizgradtagen berücksichtigt die seit Beginn der achtziger Jahre beobachtete Erwärmung nicht, die möglicherweise einen Trendbruch repräsentiert. Gemessen an einem Normaljahr mit 4.068 Heizgradtagen wäre der Energieverbrauch 1996 witterungsbereinigt leicht nach unten zu korrigieren und jener für 1997 erheblich nach oben.

RÜCKGANG DER ROHÖL- UND TREIBSTOFFPREISE

Der wichtigste international bestimmte Energiepreis, der Rohölpreis für Brent, sank 1997 um 7,6% von 20,66 \$

Mineralölprodukte

	1996	1997	1997
	1.000 t		Veränderung gegen das Vor- jahr in %
Erzeugung	9.517	9.517	± 0,0
Einfuhr	3.081	2.967	- 3,7
Ausfuhr	984	1.192	+21,1
Lager und Statistische Differenz	-1.466	- 871	-40,6
Verbrauch	10.147	10.421	+ 2,7
Flüssiggas	151	181	+19,9
Normalbenzin	744	710	- 4,6
Superbenzin	1.460	1.392	- 4,7
Leuchtpetroleum	3	1	-66,7
Flugpetroleum	495	511	+ 3,2
Dieseltreibstoff	3.032	3.257	+ 7,4
Gasöl für Heizzwecke	1.922	1.912	- 0,5
Heizöle	1.762	1.837	+ 4,2
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	578	620	+ 7,3

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

auf 19,1 \$ je Barrel (1996 +21,4%). Die Treibstoffpreise reagieren aus verschiedensten Gründen mit Verzögerung sowohl auf Preiserhöhungen als auch auf Preisrückgänge. Zunächst übertragen sich Veränderungen der Weltmarktpreise nicht unmittelbar auf den relevanten österreichischen Importpreis. Anhand von Jahresdaten läßt sich jedoch die Korrelation zwischen den österreichischen Importpreisen von Erdöl, Kohle und Gas und dem Weltmarktpreis von Brent nachweisen. Die durch Regressionsanalysen gestützten Zusammenhänge ergeben für 1997 einen Rückgang des Rohölexportpreises um 7,5%.

Die Auswirkungen von Veränderungen des österreichischen Importpreises auf die Treibstoffpreise werden von den Wettbewerbsbedingungen und der Bedeutung der Rohölpreise (dem Gewicht der Rohölkosten in den Gesamtkosten) in der Mineralölwirtschaft bestimmt. Angesichts des durch die Möglichkeit von Tanktourismus verschärften Wettbewerbsdrucks auf die österreichische Mineralölwirtschaft ist mit einer weiteren Senkung der Treibstoffpreise zu rechnen.

Im Jänner 1998 wurden die Preise von Superbenzin (häufigster Preis laut Erhebung der Arbeiterkammer) um 0,15 S (-1,2%) und jene von Dieselöl um 0,17 S (-1,7%) herabgesetzt. Das ist als erste Reaktion auf ein neuerliches Nachgeben des Brent-Preises im Jänner 1998 um 11,6% auf 15,1 \$ je Barrel zu sehen. Nach Einschätzung internationaler Experten ist 1998 insgesamt mit einer Stabilisierung des Rohölpreises auf dem Niveau von 1997 zu rechnen.

Die überproportionale Verteuerung von Energie im Jahr 1996 (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +1,5%, Teilindex für Energie +6,4%) schwächte sich 1997 ab (Verbraucherpreise insgesamt ohne Energie +1,2%, Teilindex für Energie +3,0%). Das war im wesentlichen auf das Nachlassen des Preisanstiegs der für Heizzwecke verwendeten Energieträger zurückzuführen

Elektrischer Strom

	1996	1997	1997
	GWh		Veränderung gegen das Vor- jahr in %
Erzeugung	54.837	56.796	+ 3,6
Wasserkraft	35.585	37.320	+ 4,9
Wärmeleistung	19.252	19.478	+ 1,2
Einfuhr	9.430	9.005	- 4,5
Ausfuhr	8.476	9.776	+15,3
Verbrauch	55.788	56.025	+ 0,4

Q: Bundeslastverteiler.

ren (vor allem Erdgas und Brennholz; Teilindex für Energie ohne Treibstoffe +3,3%, Teilindex für Treibstoffe +2,6%).

Der Benzinpreis war laut Verbraucherpreisindex 1997 um 2,7%, jener von Dieselöl um 2,2% höher als 1996. Kohle wurde um etwa 3½% teurer (Steinkohle +3,9%, Briketts +3,7%, Koks +2,1%). Heizöl extra leicht kostete um 2,7%, Heizöl leicht um 3,6%, Brennholz um 5,0% mehr als im Vorjahr. Der Preis von Erdgas und Strom stieg nach der (durch die Ausweitung der Energiesteuer auf diese Energieträger bedingten) kräftigen Verteuerung im Vorjahr 1997 nochmals um 5,2% bzw. 2,7%.

Die Produktion von Mineralölprodukten wurde bei einem Verbrauchszuwachs von 2,7% überproportional ausgeweitet (+4,7%); die Ursache dieser Tendenz ist nach vorläufiger Rechnung in steigenden Exporten zu sehen, die Exportstatistik des ÖSTAT für 1997 wird aber wahrscheinlich noch revidiert. Der Verbrauch entwickelte sich – wie in den vergangenen Jahren – nach Energieträgern stark unterschiedlich. Die Substitution zwischen Benzin und Dieselöl ist weiter zu beobachten, gleichzeitig steigt jedoch der Dieserverbrauch überproportional (Benzinverbrauch -4,7%, Dieserverbrauch +7,4%). Der Treibstoffverbrauch war insgesamt um 2,3% höher als im Vorjahr. Der erwartete Einfluß der Witterung auf die Nachfrage nach Heizöl wird nicht bestätigt: Ofenheizöl wurde etwas weniger verbraucht als 1996 (-0,5%), Heizöl sogar mehr (+4,2%). Insgesamt erhöhte sich der Verbrauch an Erdölprodukten 1997 um 2,7%.

STROMNACHFRAGE STAGNIERT

1997 nahm der Stromverbrauch nach hohen Steigerungsraten 1995 und 1996 um nur 0,4% zu. Die Nachfrage reagierte demnach schwächer als die nach anderen Energieträgern auf die Entwicklung der Heizgradtage. Dank guter Wasserführung und günstiger Witterung wurde die Stromerzeugung aus Wasserkraft überdurchschnittlich gesteigert (Wasserkraft +4,9%, Wärmeleistung +1,2%, Erzeugung insgesamt +3,6%); die kalorische Erzeugung deckt die Spitzennachfrage in der kalten Saison, und der aus Wasserkraft erzeugte Strom trägt hauptsächlich zur Verbesserung des Außenhandels

Kohle

	1996	1997	1997
	1.000 t		Veränderung gegen das Vor- jahr in %
Aufkommen	6.841	6.840	- 0,0
Erzeugung	2.663	2.653	- 0,4
Einfuhr	4.178	4.187	+ 0,2
Ausfuhr	13	17	+30,8
Lager und Statistische Differenz	115	69	-40,4
Verbrauch	6.944	6.892	- 0,7
Steinkohle	3.411	3.306	- 3,1
Steinkohlenkoks	2.255	2.339	+ 3,7
Braunkohle	1.115	1.123	+ 0,7
Braunkohlenbriketts	163	124	-23,9

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

dos mit Strom bei. Die Importe waren um 4,5% geringer und die Exporte um 15,3% höher als 1996, der Außenhandelsaldo war wieder positiv.

KOHLEVERBRAUCH WIEDER RÜCKLÄUFIG

Der Kohleverbrauch ging 1997 nach vorläufiger Rechnung um 0,7% zurück. Vor allem Braunkohlenbriketts wurden (witterungsbedingt) weniger gekauft, der Einsatz von Steinkohle sank 1997 ebenfalls. Diese vorläufige Rechnung erfaßt nur den Verbrauch an Kohle, nicht aber die bedeutenden Lagerveränderungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung. Auf der Basis einer Schätzung dieser Lagerveränderungen für die vorläufige Energiebilanz 1997 ergibt sich ein stärkerer Rückgang des Gesamtverbrauchs an Kohle. Daten über den Einsatz von Kohle für die Stromerzeugung liegen für 1997 noch nicht vor, weil die monatliche Brennstoffstatistik nicht mehr in der bisherigen Form verfügbar ist.

Erdgas

	1996	1997	1997
	Mill. m ³		Veränderung gegen das Vor- jahr in %
Förderung	1.492	1.428	- 4,3
Einfuhr	6.572	6.025	- 8,3
Ausfuhr	0	0	± 0,0
Lager und Statistische Differenz	- 296	- 14	-95,3
Verbrauch	7.768	7.439	- 4,2

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

RÜCKGANG DES ERDGASVERBRAUCHS

Die Nachfrage nach Erdgas war 1997 erstmals geringer als im Vorjahr (-4,2%). Der klimatische Effekt wird demnach vor allem im Erdgasverbrauch wirksam.

Kurt Kratena
Statistik: Susanne Kopal

 MÄSSIGER ZUWACHS IM GÜTER-
VERKEHR, ABSCHWÄCHUNG IM
PERSONENVERKEHR

Die Belebung der Industrieproduktion (+3,7% gegenüber 1996) und des Außenhandelsvolumens (+3,1%) verstärkte 1997 die Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen. Dabei stagnierten die Transporte für den Einzelhandel. Da der Anteil der *Bahnen* an den Transporten von konjunkturreagiblen Waren sehr hoch ist, profitierten sie von der leichten Wirtschaftsbelebung besonders. Die Transportleistungen der ÖBB erreichten 1997 14,8 Mrd. t-km, um 6,3% mehr als 1996. Die saisonbereinigten Quartalsreihen weisen einen besonders kräftigen Anstieg der Bahntransporte im II. Quartal 1997 aus (+19% gegenüber dem Vorquartal). In der Folge ließ die Transportnachfrage tendenziell wieder nach. Besonders günstig entwickelten sich der Einfuhr- (+11,3%) und der Inlandverkehr (+7,9%). Der Ausfuhrverkehr (+3,9%) und der Transitverkehr (+1,3%) wuchsen schwächer. Aus den Wagenstellungen kann abgeleitet werden, daß die Bahn vor allem viel mehr Holz (+16,2% gegenüber 1996), Baustoffe (+10,4%), Eisen (+7,2%) und Nahrungsmittel (+5,7%) beförderte. Kohle wurde nur halb so viel wie im Vorjahr transportiert, rückläufig waren auch die Erz- und Kunstdüngertransporte. Für Stückgut wurden 1997 etwas weniger Wagen angefordert als im Vorjahr, obschon sich die ÖBB sehr um diesen Bereich bemühten. Durch komplette Logistikangebote wollen sie ihre Stellung gegenüber den privaten Spediteuren verbessern. Bemerkenswert ist der kräftige Anstieg der Wagenstellungen für Fertigprodukte (+8%). Die vermehrten Gütertransportleistungen der ÖBB zogen einen deutlichen Einnahmewachstum nach sich. Die Tariferträge erreichten 1997 11,07 Mrd. S (+14% gegenüber 1996). Die durchschnittlichen Tariferträge je geleisteten Nettotonnenkilometer stiegen von 0,698 S im Jahr 1996 auf 0,749 S 1997 (+7,3%). Diese Entwicklung ist auch mit

Güterverkehr

		1997	1997	Ø 1991/1996
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill. n-t-km	14.791,0	+ 6,3	+2,4
Inland	Mill. n-t-km	3.298,0	+ 7,9	-1,0
Einfuhr	Mill. n-t-km	4.487,0	+11,3	+3,6
Ausfuhr	Mill. n-t-km	3.450,0	+ 3,9	+2,4
Transit	Mill. n-t-km	3.421,0	+ 1,3	+5,1
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	92.090,0	+11,4	+2,4
Fuhrgewerbe	in t	20.655,0	+18,9	+3,1
Werkverkehr	in t	71.435,0	+ 9,4	+2,2
Schifffahrt ²⁾	1.000 t	9.204,1	- 1,1	+7,3
Rohrleitungen, Mineralöl	Mill. n-t-km	7.960,4	+13,5	+1,0
Einfuhr und Inland	Mill. n-t-km	3.775,1	+ 7,5	+1,0
Transit	Mill. n-t-km	4.185,4	+19,4	+1,1
Luftfahrt ²⁾	1.000 t	112,7	+ 9,7	+8,4
AUA ¹⁾	1.000 t	39,5	+ 1,0	+8,3

¹⁾ Vorläufige Werte. - ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. - ³⁾ Fracht, An- und Abflug.

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs 1997



Strukturänderungen des Transportaufkommens (weniger niedrig tarifierte Kohle- und Erztransporte, mehr Fertigwaren) zu erklären.

Der Güterverkehr auf der *Donau* erlitt nach der günstigen Entwicklung der letzten vier Jahre leichte Einbußen (Transportaufkommen -1,1% gegenüber 1996). Dies ist zum Teil auf die Vereisung der Donau im Jänner 1997 zurückzuführen. Auf den Westverkehr wirkte sich die 44tägige Eisblockade des Main-Donau-Kanals in den ersten zwei Monaten des Jahres aus.

Nach einer Wachstumspause belebte sich der *Luftfrachtverkehr* 1997 kräftig (+9,7%). Stark nahmen die Transporte in den *Erdölrohrleitungen* zu (+13,5%). Dabei stiegen die Durchsatzleistungen im Transit um 19,4%, im Einfuhr- und Binnenverkehr um 7,5%.

Über die Transportleistungen des *Güterverkehrs auf der Straße* im Jahr 1997 liegen noch keine Daten vor. Gemessen an den Lkw-Frequenzen der Brenner-Autobahn nahm der Transitverkehr nach dem mäßigen Rückgang von 1996 wieder zu. Dem Konjunkturverlauf entspre-

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	1997	1997	Ø 1991/1996
	Stück	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
<i>Pkw</i>	275.001	-10,6	- 1,1
Bis 1.500 cm ³	64.203	-21,0	- 3,4
Über 1.500 cm ³	210.780	- 6,9	- 0,2
<i>Lkw</i>	27.179	+ 5,8	- 1,5
Bis 1.999 kg	23.552	+ 5,6	- 0,6
2.000 bis 6.999 kg	1.130	- 7,1	-16,0
7.000 kg und darüber	2.497	+15,9	+ 1,6
<i>Anhänger</i>	23.442	- 0,8	+ 5,0
Bis 2.999 kg	21.549	- 2,2	+ 5,4
3.000 bis 6.999 kg	378	+23,5	+ 0,5
7.000 kg und darüber	1.515	+17,7	- 0,9
<i>Sattelfahrzeuge</i>	2.755	+16,5	+ 8,4

chend war die Nachfrage nach Lkw sehr lebhaft, die Lkw-Neuzulassungen erreichten 1997 mit 27.179 Stück (+5,8% gegen 1996) einen neuen Höchststand. Noch kräftiger stiegen die Neuzulassungen von Sattelfahrzeugen (+16,5%). Das Fuhrgewerbe, das 1996 relativ wenig in den Fahrpark investierte, schaffte 1997 um 12,2% mehr Lkw an. Die Belegung der Investitionstätigkeit setzte im II. Quartal ein und hielt bis zum Jahresende an.

SCHWACHER PERSONENVERKEHR

Der Berufsverkehr belebte sich 1997 gegenüber dem Vorjahr zwar leicht (Zahl der Beschäftigten +0,3%), die rückläufige Tendenz im Reiseverkehr setzte sich aber unvermindert fort (Übernachtungen -3,4%). Die Abschwächung der Personenverkehrsnachfrage traf vor allem Bahn, Überlandbusse und innerstädtische öffentliche Verkehrsmittel. Die Luftfahrt wuchs weiterhin kräftig.

Die Personenverkehrsleistungen der ÖBB waren 1997 wesentlich niedriger als im Vorjahr. Die Tariferträge erreichten 7,04 Mrd. S (-1,7% gegenüber 1996). Mit 1. Jänner 1998 hoben die ÖBB die Tarife für Zeitkarten kräftig an (Wochenkarten +15,9%, Monatskarten +14,3%). Die Zeitkartentarife sind in Österreich im Vergleich mit der Schweiz und Deutschland noch immer sehr niedrig. Die Einzelfahrscheine wurden um 4,2% verteuert. Der *städtische Nahverkehr* und die *Linienbusse* stehen unter dem Einfluß des anhaltenden Rückgangs der Schülerzahlen. Die Wiener Verkehrsbetriebe transportierten 1997 etwas mehr Personen als im Vorjahr (+0,3%), Post- und Bahnbusse blieben knapp unter ihrem Vorjahresergebnis. Die *Luftfahrt* erzielte auch 1997 eine hohe Zuwachsrate. Insgesamt stieg die Zahl der an- und abfliegenden Passagiere in Österreich um 7½%, die AUA meldet einen Zuwachs von 5% und hat damit Marktanteile verloren.

Über den *motorisierten Individualverkehr* auf der Straße liegen für 1997 keinerlei Daten vor. Der Benzinabsatz kann wohl nicht mehr als Indikator für das Wachstum des Pkw-Verkehrs herangezogen werden, da immer

Personenverkehr

		1997	1997	Ø 1991/1996
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mill. Pers.-km	8.486,4	-5,0	-0,4
Linienbus Post, ÖBB ¹⁾	Mill. Pers.	204,7	-1,0	+0,9
Wiener Verkehrsbetriebe	Mill. Pers.	698,7	+0,3	+2,7
Luftfahrt ²⁾	1.000 Pers.	12.636,2	+7,5	+8,7
AUA	1.000 Pers.	3.508,8	+5,0	+3,3

¹⁾ Vorläufige Werte, Schätzung. - ²⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug.

mehr Diesel-Pkw gefahren werden. Der Anteil der dieselbetriebenen Pkw am Gesamtbestand stieg von unter 5% in den letzten Jahrzehnten auf über 35% Ende 1996. 1997 waren über 53% der neuzugelassenen Pkw mit einem Dieselmotor ausgerüstet. Der Benzinverbrauch ist in Österreich seit 1992 rückläufig, 1994 wurde erstmals mehr Dieseltreibstoff als Benzin abgesetzt.

Seit 1. Jänner 1997 wird das gesamte hochrangige Straßennetz in Österreich bemaute. Für die schon zuvor mautpflichtigen Abschnitte des Autobahn- und Schnellstraßennetzes wurde eine Streckenmaut beibehalten, für das übrige Netz gilt eine zeitabhängige Pauschale. Aus dem Vignettenverkauf nahm die ASFINAG 3,06 Mrd. S ein. Einschließlich der Währungserlöse, Ersatzgebühren und Verwaltungsstrafen betragen die Gesamteinnahmen brutto 3,17 Mrd. S. 0,92 Mrd. S (30% der Einnahmen aus dem Vignettenverkauf) fielen als Kosten für das System an, netto verblieben für den Straßenbau 2,25 Mrd. S.

Die Nachfrage nach Pkw schwächte sich im Berichtsjahr deutlich ab. Einem Zuwachs der Neuzulassungen 1996 um 10% steht im Jahr 1997 ein Rückgang von 10,6% gegenüber. Bemerkenswert ist der kräftige Anstieg der Neuzulassungen von Kleinwagen (mit einem Hubraum unter 1.000 cm³ +60%), in der Klasse von 1.000 bis 1.500 cm³ waren die größten Einbußen zu verzeichnen (-26,6%).

Wilfried Puwein
Statistik: Erna Kernreich

AGRARSEKTOR: SINKENDE ABWANDERUNG UND ANHALTENDER INVESTITIONSBOOM TROTZ EINKOMMENSVERLUSTEN

Der Agrarsektor steigerte 1997 seinen Rohertrag sowohl dem Volumen nach als auch dem Wert nach leicht. Die aus der Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen sanken (nach dem Einbruch 1996) dennoch weiter. Erheblichen Einbußen in der Landwirtschaft stand ein positives Ergebnis der Forstwirtschaft gegenüber. Die Verluste in der Landwirtschaft sind auf gekürzte Direktzahlungen aus öffentlichen Kassen zurückzuführen. Die

Waldbesitzer profitierten von der guten Holzkonjunktur mit steigenden Preisen.

Vor dem Hintergrund sinkender Einkommen sind einige Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre in der Agrarwirtschaft überraschend und besonders bemerkenswert: Die Abwanderung aus der Landarbeit hat sich seit Anfang 1996 halbiert. Die Investitionen boomen wie selten zuvor. Zugleich werden mehr Betriebe aufgelöst als früher, und die Erwartungen und Zukunftsstrategien der bäuerlichen Familien erscheinen ungewohnt polarisiert: Ein Teil setzt auf rasche Expansion; durch Aufstockung und forcierte Investitionen versuchen sie, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe zu stärken und so ihre wirtschaftliche Zukunft in der Landwirtschaft zu sichern. Ein anderer Teil scheint hingegen angesichts des schärferen Wettbewerbs auf dem EU-Binnenmarkt zu resignieren und setzt vermehrt auf Extensivierung ihrer Betriebe sowie außerlandwirtschaftlichen Zu- und Haupterwerb.

KÜRZUNG DER DIREKTZAHLUNGEN DRÜCKT AGRAREINKOMMEN

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR) des WIFO von Ende März überstieg 1997 die agrarische Endproduktion (Rohertrag) dem Volumen nach nur knapp das Vorjahresniveau. Die Erträge aus dem Pflanzenbau waren viel höher, die Tierproduktion etwas geringer als im Vorjahr, und auch der Holzeinschlag wurde leicht zurückgenommen. Die Agrarpreise stiegen im Durchschnitt um rund 2½%. Die Austauschrelationen im Vergleich zu den zugekauften Betriebsmitteln und Dienstleistungen haben sich leicht zugunsten des Agrarsektors verbessert. Vorleistungen wurden nominell etwas mehr zugekauft, die Investitionen blieben auf hohem Niveau. Diese Entwicklungen ließen den Wert der agrarischen Endproduktion und die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft 1997 um jeweils etwa 2½% steigen. Die Nettowertschöpfung (Beitrag zum Volkseinkommen) und damit die Summe der aus der Land- und Forstwirtschaft erzielten Einkommen blieb hingegen um rund 4% unter dem Wert des Vorjahres. Hauptverantwortlich für diese Einbußen waren niedrigere Direktzahlungen (Subventionen) an landwirtschaftliche Betriebe. Die höheren Erträge glichen die Kürzung der Direktzahlungen nur zum Teil aus. Die Belastung mit indirekten Steuern war 1997 etwas niedriger als im Vorjahr.

AGRARPRODUKTION KNAPP HÖHER, PREISE ZIEHEN AN

Die *Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft* war 1997 real (zu konstanten Preisen der Basisperiode Durchschnitt 1982/1984) nur wenig höher als im Vorjahr (+½%) und entsprach damit etwa dem mittelfristigen

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1996	1997	1996	1997
	Ø 1982/1984 = 100		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	90,6	96,6	-5,3	+6,6
Tierhaltung	96,8	95,7	+1,8	-1,1
Landwirtschaft	94,9	96,0	-0,4	+1,2
Forstwirtschaft	116,7	115,5	+8,0	-1,0
Land- und Forstwirtschaft	98,6	99,3	+1,1	+0,7
Minus Vorleistungen	101,1	101,9	+0,7	+0,8
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	97,2	97,9	+1,4	+0,7
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	57,3	55,7	-4,7	-2,8
Arbeitsproduktivität ¹⁾	169,6	175,8	+6,4	+3,7
Landwirtschaftliche Nutzfläche	96,1	95,9	-0,1	-0,2
Flächenproduktivität netto ²⁾	98,3	.	+0,0	.

Q: Eigene Berechnungen. 1997: vorläufige Werte. - ¹⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten. - ²⁾ Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

Trend. Die leichte Zunahme geht auf einen kräftigen Zuwachs im Pflanzenbau zurück; die realen Erträge aus der Tierhaltung und aus der Forstwirtschaft lagen hingegen etwas unter den Vorjahresergebnissen. Nach WIFO-Schätzungen kauften die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe real um etwa 1% mehr *Vorleistungen* zu als im Vorjahr. Die diskutierte Entwicklung der Endproduktion und der Vorleistungsbezüge hob den realen *Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP* (+½%) nur knapp über das Vorjahresniveau.

Infolge der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik brachen 1995 die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse massiv ein. Nach dieser abrupten Anpassung an das niedrigere EU-Niveau zogen die *landwirtschaftlichen Erzeugerpreise* wieder leicht an. 1997 waren sie im Durchschnitt um etwa 1% höher als im Vorjahr. *Holz* war im Jahresmittel 1997 um rund 10% teurer. Die gute Holzkonjunktur ließ den Gesamtindex der *Agrarpreise* um etwa 2½% steigen. Die Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und damit auch die entsprechenden Preise entwickeln sich unterschiedlich. *Pflanzliche Produkte* waren 1997 im Durchschnitt um 2% teurer als im Vorjahr. Die Getreidepreise gerieten infolge einer guten Ernte und eines weltweit reichlichen Angebotes unter erheblichen Druck (-16%). Die Preise *tierischer Erzeugnisse* stiegen um durchschnittlich 1%. Der Rindermarkt (+½%) erholt sich nur langsam vom Einbruch von Ende März 1996 infolge der BSE-Krise. Die Schweinepreise (+4%) zogen 1997 weiter an; seit Ende 1997 müssen die Mäster allerdings deutliche Preisabstriche hinnehmen. Der Milchpreis stagnierte auf dem Vorjahresniveau.

Von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zugekaufte *Vorleistungen* wurden 1997 um knapp 2%, *Investitionsgüter* um knapp 1½% teurer. Die Preise der im Agrarsektor eingesetzten Vorleistungen und Investitionsgüter stiegen damit 1997 etwas langsamer als die

Agrarpreise. Die Austauschrelationen verschoben sich leicht zugunsten der Land- und Forstwirtschaft.

HÖHERER ROHERTRAG UND BEITRAG ZUM BIP

Ein real etwas höheres Angebot und höhere Erzeugerpreise ließen den Wert der *Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft* im Jahre 1997 um rund 2½% auf 63,0 Mrd. S steigen. Mehrerträgen aus dem Pflanzenbau und aus der Forstwirtschaft stand eine Stagnation in der Tierhaltung gegenüber. Im *Pflanzenbau* (+3%) lagen die Roherträge in fast allen wichtigen Produktionssparten deutlich über dem Vorjahresergebnis. Nur die Produzenten von Zuckerrüben und Wein erlitten Einbußen. Die Erträge der *Tierhalter* stagnierten. Verluste in der Rinderhaltung (-8½%) und in der Eierproduktion (-5%) wurden durch höhere Erträge der Schweinehalter (+5%) und Geflügelmäster (+15%) etwa ausgeglichen. Das gute Ergebnis der *Forstwirtschaft* (+8%) war vom Anstieg der Holzpreise seit dem Frühjahr 1996 geprägt.

Für den Ankauf von *Vorleistungen* gaben die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1997 rund 28,1 Mrd. S aus (+2%). Eine höherer Rohertrag und ein zugleich vermehrter Einsatz von Vorleistungen ergaben eine Bruttowertschöpfung des Agrarsektors (*Beitrag zum BIP*) von rund 34,9 Mrd. S, um 2½% mehr als im Vorjahr.

DIREKTZAHLUNGEN: 20,5 MRD. S, -9,7%

An *Subventionen* wurden 1997 an landwirtschaftliche Betriebe rund 20,5 Mrd. S ausgeschüttet, um rund 2,2 Mrd. S oder fast ein Zehntel weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist primär auf die planmäßige Kürzung der degressiven Ausgleichszahlungen zurückzuführen. Weiters wurden im Rahmen der Umweltprogramme (nach dem Spitzenwert 1996) rund 750 Mill. S eingespart. Kleinere Änderungen gab es auch in einigen anderen Programmen.

Die Belastung der Land- und Forstwirtschaft mit *indirekten Steuern* blieb 1997 mit rund 2,0 Mrd. S nur knapp unter dem hohen Wert des Vorjahres. Der dominierende Posten ist seit 1995 die Nettozahllast der Land- und Forstwirtschaft aus der Umsatzsteuerpauschalierung. Die im „Europa-Abkommen“ vom April 1994 vorgesehene Überprüfung der Umsatzsteuersätze und des Vorsteuerpauschales für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die die Pauschalierung im Rahmen der Umsatzbesteuerung in Anspruch nehmen, ist bisher unterblieben. Eine (befristete) Korrektur wurde nur für die Weinproduktion vorgenommen. Hohe Investitionen in Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude ließen 1996 die Nettozahllast des Agrarsektors auf rund 1,77 Mrd. S steigen. 1997 erreichte sie nach ersten Schätzungen des WIFO bei anhaltend hohen Investitionen rund 1,70 Mrd. S.

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1996	1997	1996	1997
	Zu laufenden Preisen in Mill. S		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Endproduktion (Rohertrag)				
Pflanzenbau	16.300	16.752	- 4,8	+ 2,8
Tierhaltung	32.790	32.780	+ 2,4	+ 0,0
Landwirtschaft	49.090	49.532	- 0,1	+ 0,9
Forstwirtschaft	12.444	13.438	- 2,4	+ 8,0
Land- und Forstwirtschaft	61.534	62.970	- 0,6	+ 2,3
Minus Vorleistungen	27.488	28.080	+ 5,0	+ 2,2
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	34.046	34.890	- 4,7	+ 2,5
Plus Subventionen	22.670	20.473	- 8,5	- 9,7
Minus indirekte Steuern ¹⁾	2.106	2.032	+41,2	- 3,5
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Faktorkosten)	54.610	53.331	- 7,4	- 2,3
Minus Abschreibungen	20.062	20.162	+ 0,8	+ 0,5
Beitrag zum Volkseinkommen	34.548	33.169	-11,6	- 4,0
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %				
Zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)		1,5		1,4
Zum Volkseinkommen (zu Faktorkosten)		1,9		1,8

Q: Eigene Berechnungen. 1997: vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich Nettozahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Mehrwertsteuer aufgrund der Pauschalierung.

Die *Abschreibungen* für Ausrüstungen und Wirtschaftsgebäude waren 1997 nur geringfügig höher als im Vorjahr. Der im Agrarsektor eingesetzte reale Kapitalstock sinkt seit Jahren langsam, die Investitionsgüterpreise stiegen zuletzt trotz lebhafter Nachfrage der Landwirtschaft unterdurchschnittlich.

Die kurz vorgestellten Entwicklungen in einzelnen Teilbereichen ergeben per Saldo 1997 einen *Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen* von rund 33,2 Mrd. S, um 4% weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht den aus der Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen einschließlich öffentlicher Beihilfen. Er steht zur Entlohnung aller im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der LGR fielen demnach die Agrareinkommen (nach dem Einbruch 1996) im Berichtsjahr 1997 weiter zurück. Die Einbußen des Jahres 1997 gehen auf die diskutierte Kürzung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe zurück und treffen ausschließlich die Landwirtschaft. Wegen der niedrigeren Subventionen sind die aus der Landwirtschaft insgesamt erzielten Einkommen trotz höherer Erträge aus der Erzeugung erheblich gesunken. Die Forstwirtschaft erhält keine Direktzahlungen. Höhere Holzpreise ließen 1997 die Einkommen aus der Forstwirtschaft kräftig steigen.

INVESTITIONSBOOM HÄLT AN

Nach Einbußen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stieg die Investitionsbereitschaft der agrarischen Betriebe Anfang 1996 sprunghaft. 1997 hielt der Investitionsboom im Agrarsektor an. Mit 8.115 Stück übertrafen die

Berufstätige in der Land- und Forstwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familien- angehörige	Beschäftigte ¹⁾	Unselbständige Arbeitslose	Insgesamt	Beschäftigte ¹⁾	Berufstätige ²⁾	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft	
							In %	
In 1.000								
1995	139,7	26,0	4,0	30,1	165,7	169,8	4,8	4,6
1996	132,0	25,9	4,0	29,9	157,9	161,9	4,6	4,4
1997	127,5	25,9	3,9	29,8	153,4	157,3	4,5	4,3
Veränderung gegen das Vorjahr in % ⁴⁾								
1995	-6,2	-1,6	-1,7	-1,6	-5,5	-5,5		
1996	-5,5	-0,6	-0,5	-0,6	-4,7	-4,6		
1997	-3,4	+0,1	-4,2	-0,5	-2,8	-2,9		

Q: Berechnungen des WIFO; ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung (für 1951 bis 1971: Definition der Volkszählung 1971). Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte. – ²⁾ Selbständige, unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose. – ³⁾ Ab 1987 ohne Präsenziener, Karenzurlaubsgeldbezieher usw. – ⁴⁾ Berechnung der Veränderungsdaten mit ungerundeten Werten.

Neuzulassungen von Traktoren und Motorkarren für die Land- und Forstwirtschaft den Spitzenwert des Vorjahres um 6,2%. Insgesamt investierte die Land- und Forstwirtschaft rund 11,4 Mrd. S in Maschinen und Ausrüstungen (+3%). Auch die Investitionen in Wirtschaftsgebäude dürften 1997 das hohe Niveau des Vorjahres gehalten haben. Die überraschend kräftige Investitionswelle in der Landwirtschaft hat zwei Gründe: Deutlich verbesserte Förderungen für Investitionen nach Übernahme der EU-Strukturpolitik und (vorerst) hohe Direktzahlungen stimulieren und erleichtern zugleich den Versuch eines Teils der landwirtschaftlichen Betriebe, strukturell aufzuholen („Sprung nach vorn“) und damit ihre Wettbewerbsposition zu sichern. Der Investitionsboom der letzten zwei Jahre birgt das Risiko teurer und das Einkommen der bäuerlichen Familien belastender Fehlinvestitionen.

ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT HALBIERT

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft verlor in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit -5½% bis -6% p. a. im Vergleich zu den Jahren und Jahrzehnten davor überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte. Seit Anfang 1996 sinkt die Abwanderung aus der Landarbeit wieder. Der Rückgang war bisher überraschend ausgeprägt und hielt Ende 1997 noch an. 1997 waren im Jahresdurchschnitt nach Berechnungen des WIFO rund 153.400 Personen im Agrarsektor hauptberuflich beschäftigt, um 2,8% weniger als im Vorjahr. Dies war der niedrigste jährliche Rückgang seit Mitte der achtziger Jahre.

Die Ursachen der seit Anfang 1996 registrierten sehr erheblichen Verlangsamung der Abnahme des agrarischen Arbeitskräftepotentials sind vielfältig: zunehmende Probleme auf dem Arbeitsmarkt, die ersten Erfahrungen mit der GAP und darauf basierend eine realistischere Einschätzung der Chancen und Risiken auf dem EU-Binnenmarkt (Lösung aus der „EU-Starre“) und eventuell auch demographische Aspekte.

Die jüngste Agrarstrukturerhebung (Stichprobe) vom 1. Juni 1997 ergab 252.000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, um 12.000 oder 4,5% weniger als 1995. In den letzten zwei Jahren dürfte demnach die Bereitschaft zur Aufgabe des Betriebs gestiegen sein.

*Matthias Schneider
Statistik: Christine Wilhelm*

HOLZMARKT GEFESTIGT

Der Holzmarkt hat sich 1997 weiter kräftig belebt. Die Sägerundholzpreise steigen bereits seit Mai 1996. Der Auftrieb verstärkte sich 1997, Nadelssägerundholz war im Jänner 1998 um 14% teurer als ein Jahr zuvor. Schleifholz wurde bisher noch nicht von der Konjunkturlage erfasst; nach einem kräftigen Rückgang zum Jahreswechsel 1996/97 blieben die Preise seit Februar 1997 unverändert (Jahresdurchschnitt 1997 -5,8% gegenüber dem Vorjahr).

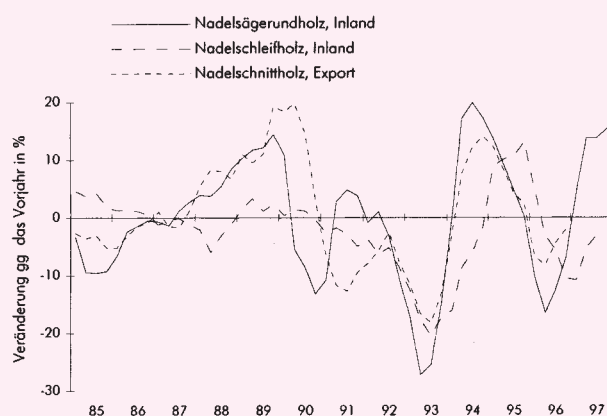
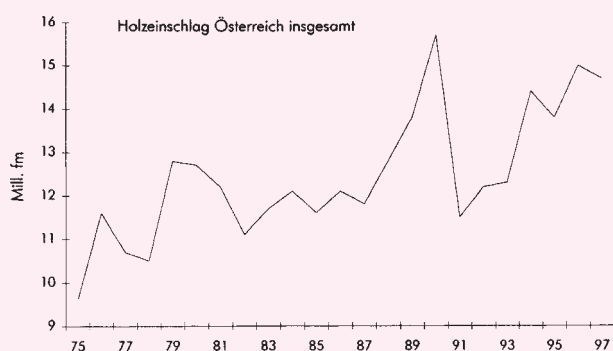
Gemäß Einschlagstatistik des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden 1997 14,7 Mill. fm Holz geschlägert, um 1,9% weniger als im Vorjahr. Aufgrund der verbesserten Sägerundholzpreise nahm der Einschlag von Starknutzholz um 4% zu. Die ungünstigen Schleifholzerlöse drückten die Vornutzung, an Schwachnutzholz wurde um 8% weniger ausgeformt. 28% der Holzerte waren Schadh Holz, der Anteil war damit we-

Holzeinschlag

	1996 1.000 fm ohne Rinde	1997	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
			1996	1997
Starknutzholz	8.195	8.530	+ 1,4	+ 4,1
Schwachnutzholz	3.018	2.772	+13,2	- 8,2
Brennholz	3.797	3.424	+24,1	- 9,8
Insgesamt	15.010	14.726	+ 8,7	- 1,9

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Holzversorgung und Holzpreise



sentlich geringer als im Vorjahr (42%). Die Holzernte wurde zum Teil durch den späten Wintereinbruch im März und die hohe Schneelage im Frühwinter 1997 be-

hindert. Die Österreichischen Bundesforste steigerten den Einschlag um fast 7%. Mit 2,4 Mill. fm liegt das Einschlagsergebnis weit über dem mehrjährigen Durch-

*Export-led Economic Growth**Austria's Economy in 1997 – Summary*

The world-wide economic upswing and the improvement in the competitive position of Austria's economy in 1997 resulted in an export boom, which also stimulated investment activity. Domestic demand remained sluggish, however, in the wake of the government's stern consolidation drive. Inflation was dampened by the weakness in consumer demand and the effects of Austria's entry into the EU; unemployment continued its upward trend despite the increase in employment.

In 1997, Austria enjoyed a strong, non-inflationary expansion. Economic growth accelerated to 2.5 percent (after 1.6 percent in 1996), attaining the medium-term growth trend. The pick-up in economic activity was mainly driven by the favorable performance of the export sector. Strong growth in Austria's export markets, as well as the improvement in the economy's price-determined competitive position, triggered an export boom.

Lively export demand boosted manufacturing output (4.6 percent) and stimulated spending on capital goods. Owing to various special factors such as clement weather in the winter season and the dissolution of rental reserves, the construction industry also recorded output gains; private and public consumption barely exceeded the level of 1996, however.

Domestic demand was depressed by the public sector's austerity policies, but the effect of the near-stagnation in disposable income was muted by a hefty decline in the saving ratio and a rise in profits in the wake of the export boom. The financial deficit of the general government declined to 2.5 percent of GDP in 1997. Thus, Austria easily met the fiscal criteria for membership in the Economic and Monetary Union.

The deficit in the current account stabilized at a level of about ATS 47.7 billion (or 1.9 percent of GDP). The deficit poses no serious threat because it is related to net payments to the EU and deficits in the transfer balance rather than being the result of a deterioration in the international competitive position.

The pick-up in economic activity had positive effects on the performance of the labor market. Dependent employment (excluding persons in military service and on parental leave) rose by 12,800 in 1997, with most of the gains, however, stemming from part-time work. For the manufacturing sector, a more sanguine development can be reported: the long-term decline in the number of jobs finally came to a halt at the end of 1997.

Price stability was maintained despite the economic upswing. With a rate of 1.3 percent, inflation reached a record low in 1997. The price-dampening effects of Austria's membership in the EU were increasingly recorded in service prices; moreover, the ample supply in housing lowered rental prices for newly rented apartments.

In an international comparison, the performance of the Austrian economy is quite impressive: in 1997, economic growth was as high as in the EU on average, but by $\frac{1}{4}$ percentage point higher than in Germany. Even during the period 1990-1997, economic growth in Austria kept up with that in the EU; this suggests that Austria's economy coped well with the financial turbulence of the 1990s, the opening of the East and accession to the EU. The rates of inflation and of unemployment are relatively low. On the downside, however, the sluggish structural adjustment as well as the stubborn budget and current account deficits must be noted.

schnitt. Trotz der niedrigen Schleifholzpreise forcierten die Bundesforste auch die Durchforstung (Vornutzung +14%). Der private Großwald (ab 200 ha) meldete einen Einschlagsrückgang von 5%. Üblicherweise wird diese marktinverse Reaktion der Waldbesitzer auf steuerliche Überlegungen zurückgeführt: Bei einem Preisanstieg wird der Einschlag verringert, um die Steuerprogression abzuschwächen. Die Forstbetriebe streben eine kontinuierliche Entwicklung des Rohertrags an, die die Fixkosten und Einkommenserwartungen der Waldbesitzer deckt. Die Kleinwaldbesitzer schlägerten mehr Holz als 1996.

Am stärksten ging der Einschlag in der Steiermark (-15,4%) und in Niederösterreich (-6,2%) zurück. In

Kärnten wurde das Vorjahresergebnis knapp verfehlt (-1,5%), in Vorarlberg (+47,6%), Tirol (+22%), Salzburg (+20,0%), dem Burgenland (+16,4%) wurde erheblich mehr geschlägert als 1996. In Oberösterreich war der Einschlag um 5,6% höher als im Vorjahr.

Die Endproduktion der Forstwirtschaft übertraf das Vorjahresniveau 1997 nach vorläufigen Berechnungen des WIFO nominell mit 13,4 Mrd. S um 8%. Die Durchschnittserlöse stiegen um etwa 9,7%, das Volumen war um 1% geringer als 1996.

Wilfried Puwein
Statistik: *Christine Wilhelm*